

Unsere Ziele.

Von

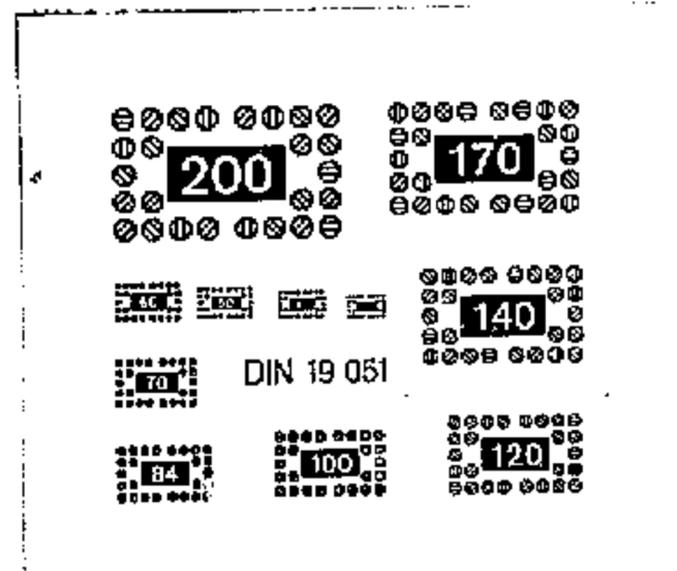
August Bebel.

Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Correspondenz“.

Separat-Abdruck aus dem „Volkstaat“, Organ der social-
demokratischen Arbeiterpartei.

Leipzig 1870.

Druck von G. Schiele.



A30445

K 2172 FES 25. 4. 4

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Vortrag, den ich am 20. November in der Viederhalle 34 Stuttgart über die soziale Frage gehalten habe, hat der „Demokratischen Korrespondenz“ Veranlassung gegeben zu drei Artikeln, in denen sie die Frage der „Staatshilfe“ erörtert und eine Reihe Bedenken gegen deren Ausführung aufstellt. Sie bebauert vor allen Dingen, daß ich, statt diese Frage gründlich zu erörtern, statt auf die Art der Ausführung mich einzulassen, mich damit begnügt habe, in allgemeinen Redewendungen dieselbe nur anzudeuten.

Dieses Verfahren meinerseits war natürlich. Ich sprach vor einem Publikum, das über die heutigen gesellschaftlichen Zustände eine von den Anschauungen der Sozial-Demokratie abweichende Meinung hatte, das in der Mehrzahl wohl gar der Meinung war, daß die von uns aufgestellten Grundsätze willkürliche, jeder vernünftigen Basis entbehrende seien. Es ergab sich also von selbst daraus für mich die Nothwendigkeit, klar und scharf nachzuweisen, daß unsere heutigen gesellschaftlichen Zustände selbst das Produkt eines langen geschichtlichen Entwicklungsprozesses sind, daß die Existenz und Verhältnisse früher wesentlich von den heutigen verschieden waren, daß es also Thorheit ist, zu behaupten und zu glauben, die heutigen sozialen Zustände seien in ihrer Grundlage unabänderlich. Ich gab also zu diesem Zwecke zunächst eine historische Schilderung der Entwicklung der gesellschaftlichen Einrichtungen und wies nach, wie nach und nach die heutigen modernen Zustände entstanden sind. Daraus ergab sich wiederum von selbst eine Beleuchtung der Folgen, welche sich naturgemäß und unausbleiblich aus unserer modernen Gesellschaftsentwicklung ergeben. Das Resultat war folgendes:

Der Feudalstaat und die während seiner Existenz aufkeimende kleinbürgerliche Produktion (das Kleingewerbe) gingen, als sie ihren Höhepunkt erreicht, in den modernen Staat und die kapitalistische Produktionsweise über. Mit anderen Worten, an Stelle des Kleinbetriebs, der für Zustände anreichte, wo es galt, nur das nächste tägliche Bedürfnis zu befriedigen, trat der Großbetrieb (die Massenproduktion) durch Manufaktur und Maschinerie, welcher die Bedürfnisse des Weltmarktes zu befriedigen hat. Die Ausdehnung der modernen Industrie vernichtet die kleinen selbstständigen Existenzen, die stets zunehmende Konzentration des Kapitals erhöht das Erfordernis, großes Kapital zu besitzen, um als selbstständiger Unternehmer in den Wettkampf der Industrie eintreten zu können. Dadurch wird die Zahl Derjenigen, welche dieses Erfordernis zu erfüllen im Stande sind, eine stets kleinere. Weiter: Die Konkurrenz des Kapitals unter sich zwingt den Kapitalisten, der auf einem Gebiete der Industrie nicht mehr konkurrenzfähig ist, ein anderes Gebiet industrieller Thätigkeit, das noch wenig oder

gar nicht ausgebeutet ist, in das Gebiet der kapitalistischen Produktion hereinanzuziehen. Dadurch wird ein Arbeitsgebiet nach dem andern in den Kreis der modernen Industrie herangezogen, die bisher auf demselben selbstständigen kleinen Existenzen vernichtet und in die Reihe der Lohnarbeiter geschleudert. Die nothwendige Folge eines solchen Gesellschaftszustandes ist die Beseitigung aller Mittelklassen und Theilung der Gesellschaft in zwei von einander scharf getrennte, in der Zahl und materiellen Stellung sehr verschiedene Klassen. Die eine Klasse, die mit der stets fortschreitenden modernen Entwicklung kleiner werdende, ist die Unternehmerklasse, die größere und sich stets vergrößernde, zuletzt die ungeheure Mehrheit umschließende zweite Klasse ist die Arbeiterklasse. Demgemäß handelt also die sogenannte Mittelklasse — der Kleinbürger- und Bauernstand — in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sich der eigentlichen Lohnarbeiterklasse anschließt, denn diese unterscheidet sich von der sogenannten Mittelklasse wesentlich nur dadurch, daß sie sich bereits faktisch in Verhältnissen befindet, die letzterer erst, aber sicher, haben. Ich führte weiter aus: die ganze Kapitalbildung beruht nur darauf, daß die Arbeitskraft nicht als alleiniger Werthherzeuger, sondern als Waare, wie jede andere Waare in der Gesellschaft von heute angesehen wird, demgemäß ist die Arbeitskraft den Gesetzen des Waarenmarktes unterworfen, durch Angebot und Nachfrage regulirt sich ihr Preis und sie erhält darnach nicht den ganzen von ihr erzeugten Werth, den Arbeitsvertrag, sondern nur einen Theil desselben, den Lohn. Die Differenz zwischen dem Lohn und dem wirklich erzeugten Werth fließt in die Tasche des Unternehmers und krystallisirt sich in dessen Tasche zu Kapital. Der Unternehmer bildet also nicht aus dem Ertrag seiner eignen Arbeit, sondern nur dadurch, daß er fremde Arbeitskraft aufkauft und den Mehrwerth, den diese Arbeitskraft erzeugt, in seine Tasche steckt, das Kapital.

Ich muß die „Demokratische Korrespondenz“ ersuchen, sich ganz besonders diese hier nur flüchtig angeführte Theorie der Kapitalbildung einzuprägen, weil ich gezwungen bin, später darauf zurückzukommen, um ihre Ausführungen von der „Naturanlage der kaufmännischen Arbeit“, wie sie sich ausdrückt, der Behauptung, daß der Kapitalist oder Fabrikant nicht aus Vergnügen, sondern aus Zwang Kapitalist und Fabrikant werde, in ihrer ganzen Wichtigkeit nachzuweisen.

Was ist nicht so ein zwangsweiser Kapitalist oder Fabrikant für ein armseliges Geschöpf gegen einen „freien“ Arbeiter; gewiß, es ist Unrecht, daß das Arbeitervolk das nicht einsehen will!

Weiter führte ich aus: Da beständig durch Einführung neuer und Verbesserung vorhandener Maschinen menschliche Arbeitskraft überflüssig wird, ist in der Regel mehr Arbeitskraft vorhanden, als gebraucht wird, die natürliche Folge ist mehr ein Sinken als Steigen des Lohnes. Erstens, das Sinken des Lohnes, wird noch dadurch befördert, daß die stets vervollkommnete Maschinerie es ermöglicht, an Stelle männlicher Arbeitskraft die weibliche, ja die Kinderarbeitskraft zu setzen. Die Concurrenz der Arbeitskräfte wird also auch hierdurch noch vermehrt und ein weiteres Sinken des Lohnes ist die natürliche Folge hiervon. Die statistischen Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in England, Frankreich, Belgien, Deutschland etc. zeigen,

in welchem Maße durch die oben angeführten Einrichtungen das Masseneleud gestiegen, wie aber in demselben Maßstabe auch der sogenannte „Nationalreichtum“ gewachsen ist. Eine scheinbar widersprechende Erscheinung, die sich aber dadurch erklärt, daß der „Nationalreichtum“ nicht gleichbedeutend mit Volksreichtum, vielmehr der Nationalreichtum nur der gesteigerte Reichtum (die riesig gewachsene Profitrate) der an Zahl geringen Unternehmerklasse (jener „gezwungenen“ als Kaufmann und Fabrikant existirenden Klasse — um mit der „Demokratischen Korrespondenz“ zu reden) ist. Gesteigerter Nationalreichtum und vermehrtes Masseneleud ergänzen also und bedingen sich gegenseitig. Eine solche Entwicklung unserer Produktion hat nun, wie nachgewiesen, große Nachtheile für die große Mehrheit der Bevölkerung im Gefolge. Das kann, von einem gewissen Grade an, auch die herrschende ökonomische Richtung nicht leugnen, und da sie mit Schrecken sieht, wie innerhalb der so unterdrückten Mehrheit die Unzufriedenheit wächst und die herrschende Klasse begreift, daß diese Entwicklung eines Tages zu ihrem eignen Verderben auszufliegen könne, so sucht sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter und der ihr nahestehenden Kleinbürger (Handwerkerklasse) durch Anwendung von allerlei kleinen Mitteln von ihrer wahren Lage abzuziehen.

Diese unter der Firma der „Selbsthilfe“ ausgebotenen und ins Leben gerufenen Heilmittel gegen die sozialen Schäden sind in ihrer materiellen Wirkung sehr zweifelhafter Natur und in jedem Falle ungenügend. Die Enthaltungstheorie, die „Sparfamkeit“, die man von jener Seite predigt, klingt wie Hohn, wenn man bedenkt, daß der Arbeitslohn in der Regel nur die Höhe des Preises der in einem Volke gewohnheitsmäßig eingebürgerten nothwendigsten Lebensbedürfnisse erreicht, wobei noch zu beachten ist, daß die Tendenz unserer modernen Produktion, die Handarbeit durch den Maschinenbetrieb zu ersetzen, es naturgemäß mit sich bringt, den Lohn mehr unter als über das eben erwähnte Maß zu drücken. Unter solchen Umständen sparen, heißt die nothwendigsten Lebensbedürfnisse sich verkümmern, heißt folgerichtig die physische und geistige Kraft des Arbeiters und seiner Familie schädigen und ist — da die Gesellschaft nur durch vermehrte Konsumtion (Verbrauch von Bedürfnissen) auch die Produktion (Erzeugung von Bedürfnisgegenständen) erhöhen kann — selbst vom Standpunkt der heute herrschenden Volkswirtschaft zu verwerfen. Bedenkt man nun, daß gerade diejenigen Arbeitsbranchen, welche materiell am tiefsten gesunken, bei denen Hülfen aber am nothwendigsten, absolut nicht in der Lage sind, etwas zu sparen, dann ergiebt sich die Hohlheit und Unzulänglichkeit dieser Spartheorie von selbst. Das Einzelne, ja vielleicht sogar einzelne Arbeitsbranchen in Folge sehr günstiger Lohnverhältnisse etwas zu „sparen“ im Stande sind, will ich nicht bestreiten, aber dies ist doch nur möglich auf Kosten ihres momentanen Wohlbefindens und in jedem Fall in viel zu unzureichendem Maße, um Erhebliches leisten zu können. Eine längere Krankheit, Unglücksfälle in der Familie etc. reichen hin, um sein „Ersparthes“ zu vernichten. Noch zu beachten ist, daß günstige Lohnsätze in einzelnen Branchen sich auf die Länge nicht halten. Günstiger Lohnsatz in einem Gewerbe zieht sowohl neue jugendliche Arbeitskraft, als auch solche, welche in andern Branchen durch

zu gedrückte Preise sich nicht halten kann, an; das Angebot von Händen steigt demgemäß, der Lohn sinkt: das ist der natürliche Lauf der Dinge unter den heutigen Verhältnissen.

Ähnlich wie mit den Spar- steht es mit den Consumvereinen. Arbeiter in kümmerlichen Verhältnissen können kaum die nöthigen Steuern für einen solchen Verein aufbringen, und treten, wie es ja oft der Fall ist, sei es durch Verderbung der Mode, politische oder geschäftliche Krisen längerer Arbeitspausen ein, so geht der Verein zu Grunde, weil er nicht im Stande ist, seinen Mitgliedern den Bedarf an Waaren zu krediren, da haars zu zahlen sie nicht im Stande sind. So kommt's denn, daß immer wieder nur die besser Situirten solchen Vereinen angehören, während der an allem Mangel leidende arme Teufel ihnen fern bleiben muß. Der materielle Nutzen der Consumvereine ist übrigens jugendstadiummaßen sehr unbedeutend; es müßte jemand eine sehr lange Zeit Mitglied sein, um ein Stückchen zusammenzubringen, daß den bescheidensten Ansprüchen Rechnung trägt; Kapitalien damit aufsparen zu wollen, wie sie zur Selbstfabrikation in unserer heutigen Industrie nothwendig sind, wäre ein lächerliches Unternehmen. Zu beachten ist noch, daß wenn durch Consumvereine ein erheblicher Theil der Arbeiter seine Lebensbedürfnisse etwas billiger erlangt, dies unzweifelhaft bei dem herrschenden Lohn-gesetz seine Wirkung üben und der Lohn um ebensoviel sinken müßte, als der Gewinn betrügt, der materielle Vortheil würde also aufgehoben. Eine gewisse moralische Wirkung auf die Arbeiter läßt die Gründung solcher Vereine nicht verkennen, indem sie als Symptome des erwachten Klassenbewußtseins zu betrachten sind und dem Arbeiter zeigen, daß er nur in treuem Zusammenhalten etwas erlangen kann. Auch insofern als sie den Arbeiter vor dem Betrug, für theures Geld schlechte und verfälschte Waare einzutauschen, bewahren, haben sie einen Nutzen.

Vorschufs- und Rohstoffvereine sind Institute nicht für den Arbeiter, sondern nur für den kleinen Gewerbetreibenden, gegründet um ihn vor der Konkurrenz des Großkapitals und dem Kreditmangel zu schützen. Beide sind, trotz der rapiden Ausdehnung, welche namentlich die ersteren in Rußland erlangt haben, das zu leisten nur sehr vorübergehend im Stande. Unser Kleingewerbe wird naturgemäß von der Großindustrie mehr und mehr verdrängt.

Die zum Aushalten der Konkurrenz nothwendigen Kapitalien kann der Gewerbetreibende nicht erlangen, weil er die nöthige Sicherheit zu leisten nicht im Stande ist und ohne Sicherheit der Rückzahlung kann der Vorschufsverein nicht bestehen. So sind die Vorschufsvereine Institute, welche, wie Lassalle sich ausdrückt, den Tobekampf des Kleingewerbes gegen die Großindustrie nur verlängern, ihn aber nicht aufhalten können. Dasselbe gilt von den Rohstoffvereinen.

Daß hiernach Produktivgenossenschaften zu gründen für die Arbeiter so gut wie unmöglich ist, liegt auf der Hand. Die bestehenden Produktivgenossenschaften bestätigen dieses Urtheil. Viele Produktivgenossenschaften sind zu Grunde gegangen, die wenigen bestehenden leiden meist an Kapital- und Kreditmangel und können sich nur erhalten, indem sie der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise Rechnung tragen, d. h. einen Theil des erzielteren Reingewinns und zwar oft den größeren

Theil an das Kapital abtreten. Die ungeheure Mehrheit der Arbeiter ist außer Stande, selbst diese Art der Produktivgenossenschaften durchzuführen.

Gleichwohl ist die genossenschaftliche Produktion das einzige Mittel, um die Gegensätze in der Gesellschaft auszugleichen. Es muß an Stelle des Arbeitslohns, wie er heute durch den Marktpreis der Waare „Arbeitskraft“ bedingt wird, der volle Arbeitsertrag treten, d. h. jeder Mensch muß des vollen Ertrags dessen, was er durch geistige oder physische Kraft hervorgebracht, theilhaftig werden. Es entsteht also die Frage, wie die Mittel zur genossenschaftlichen Produktion zu beschaffen sind. Die sogenannte Selbsthilfe bietet, wie nachgewiesen, nicht die Möglichkeit, diese Mittel zu beschaffen, weil sie dies von Menschen verlangt, die durch die heutige Produktionsweise in Noth und Abhängigkeit gerathen sind. Es ist daher nothwendig, an Stelle der Einzelnen die Gesellschaft treten zu lassen und da die Gesellschaft hierfür einer bestimmten Organisation bedarf, die bereits schon jetzt, wenn auch in falscher Form vorhandene Organisation, den Staat, zu benutzen. Durch die organisierte Gesellschaft, den Staat, sollen die Mittel also beschafft werden. Es fragt sich nun aber, ob der Staat dazu im Stande ist, ob der Staat, der jetzt schon gar große und sehr ungerecht vertheilte Anforderungen an den Einzelnen stellt, ob dieser die Mittel dazu besitzt oder ob er sie beschaffen kann. Daß der Staat große Mittel zusammenzubringen im Stande ist, davon legen unsere Staatsbudgets und unsere Staatsschulden Zeugniß ab. Der Staat von heute aber wird die Mittel zur Beseitigung des Klassen-gegensatzes nicht beschaffen, und vor allen Dingen auch nicht beschaffen wollen, weil die Staatsorganisation selbst wieder nur das Produkt der Gesellschaftsform ist. Wie aber in der Gesellschaft nur bestimmte Klassen (Minoritäten) herrschen, so auch im Staate. Diese Minoritäten suchen mit Hilfe der Staatsorganisation ihr eigenstes Klasseninteresse möglichst zu wahren; bei jeder Einrichtung, die geschaffen wird, fragen sie erst, ob sie ihnen nützt; die der Gesamtheit nutzbringenden Einrichtungen werden erst dann geschaffen, wenn sie der herrschenden Klasse nicht schaden. Die Interessen der Mehrheit werden also nur soweit gefördert, als sie mit dem Interesse der herrschenden Minderheit zusammenfallen. Das zeigen uns die Einrichtungen des Feudalstaates, in dem die großen Lehensherren (später Besitzer) des Grund und Bodens, Adel und Geistlichkeit, das Regiment führten und alle Macht und Mittel des Staates zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anwandten. Die langsam und allmählig aus dem Schooße der kleinbürgerlichen Gesellschaft des Mittelalters sich entwickelnde Bourgeoisie suchte, auf einer bestimmten Höhe ihrer Entwicklung angekommen, sich mit der herrschenden Grundbesitzerklasse in das Monopol der Staatsleitung, d. h. der Ausbeutung der innerhalb des Staats verkörperten Gesellschaft, zu theilen. Dies ist ihr nach und nach gelungen. In England wurde diese Absicht durch die Revolution von 1649 wesentlich gefördert, in Frankreich gelang sie vollständig durch die Revolution von 1789 und auch in Deutschland ist sie, wenn auch mehr auf sogenanntem legalen Wege (gefördert durch die Bewegungen von 1830 und 1848), durch die Errichtung des sogenannten konstitutionellen Staates, zu einer einflussreichen Macht geworden. Die Bourgeoisie hat in Frankreich, wo sie durch die Revolution

von 1789 unumschränkt herrschte, durch Einführung des Wahlcensus das Volk vom ersten politischen Recht ausgeschlossen, dasselbe hat sie in England, in Deutschland, im Verein mit den Resten der Feudalzeit (Oberhaus in England, Herrenhäuser, Reichsräthe und erste Kammern in Deutschland) durchgeführt. Dreiklassenwahlssystem, indirekte Wahlen, Steuerensus für actives und passives Wahlrecht, Entziehung der Diäten für die Delegirten, wie im Reichstag, legen Zeugniß davon ab. Die politische Herrschaft hat man sich aber nicht aus Liebhaberei zugelegt, sondern weil man seinen Vorthell dabei gesucht und gefunden. Direkt und indirekt hat die Bourgeoisie diese Stellung ausgebeutet. Ich führe zum Beweis hierfür verschiedene Zweige unserer Staatsgesetzgebung an. Das Steuersystem (sächsische Klassifizierung der direkten Steuern), das ganz und gar ungerichte System der indirekten Steuern. Das Militärsystem (einjähriger Dienst für die „Gebildeten“, die Söhne der Geldleute, und dreijährige Dienstzeit für die „Ungebildeten“, die Söhne des Volks). Das stehende Heer involvirt an und für sich schon eine Ungerechtigkeit, weil es die Heranziehung nur eines Theils der wehrfähigen Mannschaften bedingt; zugleich ist es das Hauptnahrungsmittel der Privilegirten (Fürsten, Adel, Bourgeoisie, Bureaucratie), ihre Sonderstellung im Staat aufrecht zu erhalten, und dient als Werkzeug zur Niederhaltung des offenen Ausbruchs der sozialen Gegensätze. Das Volksschulsystem beruht ebenfalls auf dem Klassenunterschied in der Gesellschaft; die höheren Bildungsanstalten in Staat und Gemeinden absorbiren den Löwenantheil aus den öffentlichen Budgets, d. h. aus der Tasche der Gesamtheit; für die Volksschulen geschieht sehr wenig. Das bestehende sogenannte Rechtssystem ist gleichfalls auf den Klassenunterschied d. h. den Unterschied des Besitzes basirt, sichert dem Wohlhabenden weit mehr seine Gunst als dem Nichtbesitzenden. Neben diesen indirekten Vortheilen genießt die Bourgeoisie direkte Vortheile; ich erinnere an die Binsengarantie bei Eisenbahnbauten, die Privatbanken und Aktienunternehmungen, an den Schutz der Industrie durch Prohibitivzölle (Schutzzölle), Haar-Unterstützungen, die in fast allen Staaten einzelnen Industriellen und Consortien gegen sehr billigen Zins, oft auch unverzinslich, zu Theil werden, Steuer-(Zoll-)Kredite und dergleichen mehr.

Die „Demokratische Correspondenz“ wird bei Citirung dieser Ausführungen meines Vortrags einsehen, daß sie eine große Unachtsamkeit gegen meinen Vortrag und eine große Unkenntniß der bestehenden Verhältnisse bewiesen, als sie behauptete, der Staat habe der modernen Industrie keine Unterstützung gewährt. Wohl ist es wahr, daß die Industrie vielfach mit dem Staate gekämpft; das geschah, so lange der Staat noch ein mehr oder weniger patriarchalisches war, zu einer Zeit, wo ihm noch das Gewissen schlug, der wilden Exploitationsucht (Ausbeutungsucht) des Kapitals Thor und Thür zu öffnen, zu einer Zeit, wo er noch einsah, daß der Ruin von hunderttausenden von Existenzen zu Gunsten einiger Weniger eine Ungeheuerlichkeit sei. Seitdem ist der Staat einsichtig, d. h. „modern“ geworden, modern durch das Kapital, das bis in die geheimsten Räume der Kabinete gedrungen, die Herrschaft über Herzen und Geldbeutel von Fürsten und Ministern sich erobert hat. Dort, wo das Kapital sich diese Stellung erkämpfte, da sucht es den Staat direkt in der ange deuteten Weise auszunutzen. Freilich kommt

es dabei immer noch zu kleinen Kämpfen, namentlich da, wo, wie bei uns in Deutschland, noch die Ueberreste der Feudalzeit ein gewichtiges Wort mit hineinzureden haben und nicht gewillt sind, die alten patriarchalischen Einrichtungen widerstandslos fallen zu lassen. Aber in ganz „modernen“ Staaten, wie Belgien, Frankreich, wo Feudalelemente gar nicht vorhanden oder, wie in England, macht- und widerstandslos sind, dort also, wo die Kapitalherrschaft auch im Staate die Oberhand hat, also übermächtig geworden ist, da wird der Staat, nachdem er für die Bourgeoisie seine Schuldigkeit gethan, bei Seite geschoben. Natürlich, der Staat hat dem Kapital geholfen, die Widerstandskräfte zu beseitigen, jetzt ist das Kapital mächtig genug, allein die Oberherrschaft zu erhalten. Darum weg mit allen Schranken, die sich der „Freiheit der Arbeit“, mit andern Worten dem Ausbeutungstrieb des Kapitals entgegenstellen! Wir sehen's ja auch in Deutschland. Jahrzehnte lang wurden Schutzzölle theilweise in enormer Höhe aufrecht erhalten, Industrielle auf alle Art und Weise unterstützt — ich erinnere an Borsig in Berlin, Krupp in Essen, Hartmann in Chemnitz, Gramer-Klett in Nürnberg. Nachdem die Industrie konkurrenzfähig, d. h. nachdem der Kapitalstock hinlänglich groß geworden, ein entsprechender Arbeiterstand mit allen Mitteln gezüchtet war, sucht man diese Schranken mehr und mehr zu beseitigen. Klagt nun der Arbeiter, daß er sich schlecht befinde, bei übermäßig langer Arbeitszeit niedrigen Lohn bekomme, verlangt er nach gesetzlich geregelter Arbeitszeit, dann ist die ganze Kapitalistenklasse außer sich über diese „Eingriffe“ in die „geheiligten Rechte der freien Arbeit“, und unsere, in bürgerlich-ökonomischen Begriffen großgewordene Demokratie, die stets nur sich um die politischen, wenig um die sozialen Interessen bekümmerte, weil letztere sie weniger berührten, giebt ihr Ja und Amen dazu. — Bis vor noch gar nicht langer Zeit bestanden in vielen deutschen Staaten sogenannte Lohnsteuern, welche die Höhe der Löhne bestimmten, über die hinaus Niemand verlangen, Niemand bezahlen durfte, wollte er nicht in schwere Strafe verfallen. Die Bourgeoisie hat diese Bestimmungen abgeschafft, und mit Recht, aber nicht weil sie dieselben für ungerecht hielt, sondern weil sie ihre eigene Entwicklung hemmten. Man gab an, daß die Lohnpreise früherer Zeiten bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen und den gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr genühten. Das war richtig. Aber das war nicht der Hauptgrund. Die Bourgeoisie konnte höhere Lohnpreise zahlen als das Kleingewerbe; sie brauchte viel Arbeiterhände, da standen ihr die festen Lohnsätze im Wege. Nachdem sich unsere Produktionsverhältnisse entwickelt, ein abhängiger Arbeiterstand geschaffen ist und durch die Maschinerie mehr und mehr menschliche Arbeitskraft überflüssig wird, sorgt die Großproduktion für die Regulirung der Löhne, sie werden schon ganz von selbst nicht zu hoch. Verlangten heute die Arbeiter einen Minimallohnsatz zum Schutze gegenüber den Arbeitgebern, wie früher die Arbeitgeber einen Maximallohnsatz hatten zum Schutze gegen Ueberforderungen der Arbeiter, wie würde die Bourgeoisie schreien über Beschränkung der „Freiheit“ der Arbeit. Jawohl! Freiheit für die Exploitationsucht (Ausbeutungsucht) des Kapitals und Unterdrückung jeder Einrichtung, welche die Arbeit, d. h. die Arbeiter schützt. Das ist, im Vertrauen

gesagt zur „Demokratischen Correspondenz“, ücht Manchestermännlich und stimmt ganz und gar nicht zum Nürnberger oder Eisenacher Programm, mit denen so viel gekunkert wird, wie ich später noch be weisen werde.

Doch ich kehre zur Analyse meines Vortrags zurück.

Ich habe also bewiesen, wie der heutige Staat ein Klassenstaat ist, vorzugsweise unter der Herrschaft der Bourgeoisie steht und demgemäß weder die Mittel hat, noch sie geben wird, um die genossenschaftliche Produktion durch Organisation von Produktionsgenossenschaften zu unterstützen. Thäte das die Bourgeoisie, thäten das die herrschenden Klassen, sie handelten gegen ihr eigenes Interesse, sie würden in der Arbeiterklasse nicht nur einen Konkurrenten, sondern auch einen Faktor erziehen, der sie schließlich auch aus der politischen Machtstellung verdrängt. Ihr Privilegium würde aufhören, sic, die herrschende Minorität, sank auf die Stufe der früher nichtbedeutenden Majorität. Das wäre aber in den Augen der herrschenden Minorität Selbstmord. Daraus geht also hervor, daß die Arbeiterklasse sich die Macht erobern muß, was sie sicher kann, weil die Arbeiterklasse die große Mehrheit ist und weil ihre Forderung nicht bloß Freiheit, sondern auch Gleichberechtigung heißt, also die Gerechtigkeit in sich schließt. Ich will hierbei nochmals ausdrücklich bemerken, daß ich aus den schon Eingang erwähnten Gründen nicht allein unter dieser Arbeiterklasse die Lohnarbeiter im engsten Sinne verstehe, sondern auch die Handwerker und Kleinbauern, die geistigen Arbeiter, Schriftsteller, Volksschullehrer, niedere Beamten, die, alle unter den heutigen Verhältnissen leidend, eine wenig oder gar nicht bessere Stellung haben als die Lohnarbeiter und, soweit sie sich vielleicht etwas besser sehen, wie z. B. der Handwerker- und selbstständige Bauernstand, unwiderstehlich und ohne Gnade der modernen Entwicklung zum Opfer fallen. Diese verschiedenen Klassen bilden also wirklich die ungeheure Mehrheit im Volk, und da es sich nicht um Unterdrückung der Minorität durch die Majorität handelt, sondern um Gleichberechtigung und Gleichstellung Aller, so kann also nicht von einer Klassen- oder Standesherrschaft, welche die Arbeiterklasse wollte, die Rede sein. Es ist im Gegentheil eine so vernünftige demokratische Gesellschaft, die sie erstrebt, wie sie nur je die Welt gesehen hat.

Ich habe diesen letzten Punkt ausführlich wiedergegeben, weil die „Demokratische Correspondenz“ so etwas wie Standes- oder Klassenherrschaft wittert, und weil sie in ihren Fragen in der naivsten Weise von der Welt die Neuorganisation der Gesellschaft, welche die Sozial-Demokratie verlangt, nur als ein Fiktion an der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sich denken kann.

Der Staat soll also aus einem auf Klassenherrschaft beruhenden Staat in einen Volksstaat verwandelt werden, in einen Staat, in dem es keine Privilegien irgend einer Art giebt; und in diesem Staat soll alsdann die Gesamtheit mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften die genossenschaftliche Produktion an Stelle der einzelnen Privatunternehmer treten lassen. In einem solchen Staat ist Selbsthilfe Volkshilfe, Volkshilfe Staatshilfe, Selbsthilfe und Staatshilfe also identisch, einen Gegensatz giebt es nicht. Der Volksstaat soll zunächst herbeizuführen gesucht werden durch Aufklärung der Massen über

die gesellschaftlichen und politischen Zustände, und diese Aufklärung kann wirksam betrieben werden durch Organisation (Gründung) von Parteiverbänden, Gewerkschaften zc., Gründung und Verbreitung passender Zeitungen und Schriften zc. Freilich muß diese Organisation international sein, denn da unsere Zustände nicht Merkmale einzelner Nationen, sondern allen Kulturvölkern eigen sind, Industrie, Handel und Verkehr, die ganze kapitalistische Produktion international organisiert ist, so können dieselben folglich auch nur in einer gleichen Organisation beseitigt werden.

Damit schloß ich meinen Vortrag. Wie dieser Volksstaat herzustellen sei, darüber ließ ich mich nicht weiter aus und will das auch hier nicht thun, aus sehr erklärlichen Gründen. Um den Volksstaat zu bekommen, dazu muß die Herrschaft der privilegierten Klassen und Personen gebrochen werden. Da meinen die Einen, das ginge auf sogenannte „gesetzliche“ Weise, durch Redenhalten und Beschlußfassen, die Anderen meinen, das müßte durch eine andere eben auch gesetzliche Weise — sie betrachten den Willen des Volkes auch als Gesetz, sogar als alleiniges und höchstes Gesetz — geschehen, die man im gewöhnlichen Leben Revolution nennt. Ueber den letzteren Weg sich weiter auszulassen, ist äußerst gefährlich, da der Wächter für die im heutigen Staat Interessirten, der Staatsanwalt, gar zu sehr geneigt ist, hineinzureden. Merkwürdig ist aber — und das kann ich nicht umhin, hier anzujühren, weil es geschichtliche Thatfachen sind, gegen die auch ein Staatsanwalt nicht aufkommen kann —, daß die verschiedenen Staats- und Gesellschaftsformationen nicht durch schöne Reden und Beschlüsse, sondern durch sehr ernste eiserne Gewalt sich ihre Existenz verschafft haben. So ist der alte Feudalstaat mit Gewaltmitteln aller Art auf Grund der vor ihm mehr kommunistisch gegliederten Familien- und Stammesorganisation der Gesellschaft begründet worden; der Feudalstaat ist nicht minder energischer und rücksichtsloser Weise durch die bürgerliche Gesellschaft bekämpft und unterdrückt worden. Ja, die bürgerliche Gesellschaft ging namentlich in Frankreich, wo dieser Akt im Jahre 1789 vor sich ging, in ihrem Haß gegen den Feudalstaat so weit, daß sie nicht allein die Köpfe des Feudaladels, so weit sie derselben habhaft werden konnte, abschlug, sondern auch die Wurzeln, aus denen er seine Kraft gezogen, den Grund und Boden, ihm weg nahm und konfiszierte. Das sonst in den Augen der Bourgeoisie so geheiligte Privateigenthum griff sie also selbst an, um einen sozialen und politischen Gegner zu vernichten. Sie that es im Namen der Gerechtigkeit, im Namen des unterdrückten Volkes. Ob die Arbeiterklasse, dem Beispiel des Feudaladels und der Bourgeoisie folgend, dieselben gewalthätigen Wege einschlagen, mit dem Einreißen der politischen Schranken auch beginnend, das Privateigenthum der Bourgeoisie konfisziern und in Gesamteigenthum verwandeln wird, um so mit einem gewaltigen Ruck über den allnächtlichen Prozeß der Umwandlung der Privat-Produktion in gesellschaftliche Produktion sich hinwegzuschwingen, das ist schwer zu behaupten. Der Verlauf dieser Entwicklung hängt von der Intensität (Kraft) ab, mit der die beteiligten Kreise die Bewegung erfassen, er hängt von dem Widerstande ab, den die Bewegung an ihren Gegnern findet. Das Eine steht fest: je heftiger der Widerstand, um so gewalthätiger die Herbeiführung des neuen Zustandes. Mit Sprengen von Rosenwasser wird die Frage auf keinen Fall gelöst.

Eben so wenig, wie ich mich über das „Wie“ der Schaffung des Volkspaaßes ausgesprochen, eben so wenig habe ich dies über die nächste Anwendung der Gesellschafts- oder Staatshilfe gethan, denn, wohlgemerkt, diese beiden Begriffe sind für mich identisch.

Und hier komme ich auf einen Hauptdifferenzpunkt zu sprechen, der zwischen uns, der Sozial-Demokratie und der bürgerlichen Demokratie, wie sie die „Demokratische Korrespondenz“ vertritt, existirt. Die bürgerliche Demokratie geht von der Ansicht aus, daß die politische Freiheit eigentlich Alles sei, was der Mensch verlangen könne, höchstens habe der Staat für eine ausreichende Bildung aller Staatsbürger zu sorgen und die Steuern so einzurichten, daß keiner ungerichtet betroffen würde. Das sind drei Dinge, die wir akzeptiren, die aber nicht ausreichen. Der Staat soll allerdings — so meinen die Sozial-Demokraten — die Freiheit garantiren, aber auch darauf sehen, daß die Freiheit des Einen der Freiheit des Andern keinen Schaden bringe. Die politische Freiheit aber kann keine gleiche sein, wenn ökonomische Ungleichheit existirt. Der ökonomisch besser Gestellte wird stets einen moralischen Druck auf den schlechter Gestellten ausüben. Ist nun gar ein Abhängigkeitsverhältnis vorhanden, wie in der jetzigen Gesellschaft, ist der Arbeiter einem Brodherrn unterworfen, von dem seine Existenz abhängt, dann liegt auch auf der Hand, daß dieser Brodherr die Gewalt in den Händen hat, das politische Recht des Arbeiters zu verkümmern, es in der ihm, dem Unternehmer, gut dünkenden Weise anzubereichern. Aber ganz abgesehen davon: an einem Staat, in dem die politische Freiheit bloß der Zweck ist, hat der Arbeiter wenig Interesse. Was ihn drängt und treibt, die politische Freiheit und Gleichberechtigung zu erobern, ist die Unflucht, mit ihrer Hilfe auch die ökonomische Unabhängigkeit zu gewinnen.

Was nützt ihm die bloße politische Freiheit, wenn er dabei hungert, wenn seine Lage sich nicht verbessert, er vor wie nach der vom Kapitalisten ausgebeutete Mensch ist, der seit ganzem Leben sich plagen und abrackern muß, um schließlich elend zu Grunde zu gehen? Daß aber zu einer besseren sozialen Stellung die bloße politische Freiheit ihm nicht verhilft, dafür sind schlagende Beispiele die Schweiz und Amerika, — von England und Belgien ganz zu schweigen, die ja auch in den Augen mancher Demokraten Freistaaten sind, weil sie als echt konstitutionelle Musterstaaten gelten. Genügte die bloße politische Freiheit, dann dürfte die Lage der Arbeiter in der Schweiz und Amerika nichts zu wünschen übrig lassen. Wer das glaubt, irrt sehr. Die Arbeiterbewegung hat in Amerika in den letzten 3 Jahren kolossale Dimensionen angenommen, um so größere, da in Amerika als politischem Freistaate die Industrie sich riesenhaft entwickelte und ein massenhaftes Proletariat schuf, andererseits aber die politische Freiheit wieder der Arbeiterbewegung den nöthigen Spielraum ließ, sich zu entwickeln und Bahn zu brechen. Politische Bevormundungen, Knebelung der Presse, Unterdrückung der Berichterstattung kennt man dort nicht, wie auf unserem monarchisch-militärisch organisierten europäischen Kontinent. Das Gleiche sehen wir in der Schweiz. Der einzige, aber, wie wir nicht verkennen dürfen, immerhin bedeutende Unterschied ist, daß in einem Freistaate die Bewegung sich rascher Einfluß und Geltung verschaffen kann, als in einem halbfreien oder despotisch regierten Staat. Beweis: die gesetzliche Regelung der Nachtstundenarbeits-

zeit in Nord-Amerika, wenigstens für die Staatsverträglichkeiten, und die neue Verfassung in Zürich, welche starke Keime eines sozialistischen Staatswesens enthält.

Die Sozial-Demokratie betrachtet also nicht die politische Freiheit als Zweck, sondern als Mittel zum Zweck; als Zweck betrachtet die Sozial-Demokratie die Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errichtung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basirenden Staats- und Gesellschaftswesens. Die Freiheit hört da auf, wo sie hinübergreift in die Sphäre des Andern, d. h. wo sie durch ihre Uebergrenze die Gleichheit verlegt.

Die „Demokratische Korrespondenz“ will nun wissen, wie ich mir die Herstellung dieser ökonomischen Gleichheit gedacht oder — wie sie sich ausdrückt — wie ich mir die Anwendung der Staatshilfe gedacht; wo sie beginnen, wo sie aufhören und wie sie in's Leben gerufen, organisiert werden soll?

Ich bemerkte hier nochmals, daß ich mich aus zwei Gründen auf die Ausführung dieses Punktes in der Stuttgarter Versammlung nicht eingelassen habe. Erstens war es notwendig, in den Versammlungen das heute herrschende ökonomische System nach allen Seiten hin zu beleuchten und zu kritisiren, die Haltlosigkeit und Unnatürlichkeit desselben in allen Punkten darzuthun. Daß mir dies gelungen ist, dafür ist der beste Beweis, daß in den Entgegnungen, die nachträglich von allen Seiten auf mich einflüßten, nicht eine einzige auch nur den leisesten Versuch machte, meine Kritik der bestehenden Zustände zu widerlegen, sondern daß sich alle nur an die von mir erörterte Neuorganisation der Gesellschaft anknüpfen. Ferner mußte ich nicht allein das jetzige Produktionssystem selbst, sondern auch die Mittel kritisiren, die man vorgeschlagen, um seine größten Härten, die auch seine Verteidiger nicht leugnen können, zu beseitigen. Daß mir auch dies gelungen, dafür ist ebenfalls der Beweis das gänzliche Schwelgen der Gegner über diesen Punkt.

Ich mußte dies beides, um die Vorurtheile, die über System und Abhilfsmittel vorlagen, von Grund aus zu vernichten, um mir, so zu sagen, erst den Boden rein zu machen für unsere Prinzipien. Diese Kritik des Bestehenden und der mit ihr verknüpften historischen Entwicklung nahm so viel Zeit in Anspruch, daß ich für die positive Entwicklung unseres Programms wenig Zeit mehr übrig hatte. Dann hielt ich aber auch die sofortigen Ausführungen hierüber weniger für notwendig, weil sich aus der Kritik des Bestehenden die Forderung des Zukünftigen in großen Zügen ganz von selbst ergibt. Detailausmalung einer Sache aber, die erst in der Theorie vorhanden ist, ist insofern immer eine mühselige Aufgabe, als der Maßstab konkreter Verhältnisse abhandeln kommt, der Phantasie ein weiter Spielraum gelassen wird und dadurch Meinungs-differenzen hervorgerufen werden, die in dem Augenblick, wo es gilt, praktisch einzugreifen, ganz von selbst beigelegt werden, weil eben dann die momentanen Verhältnisse den naturgemäßen Weg vorschreiben. Wunderbar ist übrigens, daß die Gegner unserer Prinzipien stets daran mangeln und aussagen, daß das, was wir wollen, nicht mit Einem Male zu schaffen sei und nach dieser und jener Seite Blicken offen lasse. Warum verlangt man denn von uns die Herbeizauberung eines gewünschten Zustandes, während man uns einen mindestens Jahrhundertlangem faul

gewordenen Entwicklungsprozess zur Begräunung auf den Hals geladen hat? Diejenigen verrathen unbewußt eine große Schwäche, die, weil sie das Bestehende nicht vertheidigen können oder zu vertheidigen wagen, nur an den von unserer Seite vorgeschlagenen Mitteln zu mäkeln und zu mangeln haben, ihre eigene Weisheit aber, wie dem Schaden abgeholfen werden könne, hübsch für sich behalten. Wahrscheinlicher Weise nur, weil besseres Wissen ihnen abgeht.

Doch damit man mir nicht vorwerfe, ich wollte hinter allgemeinen Lebensarten die eigene Rathlosigkeit verbergen, will ich der ersten Frage der „Demokratischen Correspondenz“ näher treten. Dieselbe lautet: „Für wen die sogenannte Staatshilfe sein soll?“

Die Antwort hierauf habe ich schon in obigen Ausführungen gegeben. Ich verstehe eben unter der Arbeiterklasse nicht allein den Lohnarbeiter, sondern auch den Kleinhandwerker, den kleinen Bauer, und wohlgerneht, nicht allein den „Knecht“ und Tagelöhner. Der kleine Bauernstand befindet sich, wie ich weiter unten nachweisen werde, genau in derselben, ja theilweise noch schlimmeren Lage als der kleine Handwerker. Wie letzterer unter dem Druck der Großindustrie zu leiden hat, die seine Produkte für ihn mehr und mehr entwerthet, indem sie die Preise drückt, ihm andererseits die Arbeitskraft, wenn er außer seiner eigenen noch fremde braucht, vertheuert und verschlechtert: ähnlich leidet der kleine Grundbesitzer. Hohe Steuern an den Staat und hohe Zinsen für das Kapital, das er zum Ankauf eines Stückchen Landes oder zu besserer Bewirthschaftung seines Bodens geliehen hat und das die Industrie, der Papierschwindel und die Staatschuldenwirtschaft ihm vertheuert, zehren den größten Theil der überschüssigen Produkts auf. Zurückgedrängt in der Bodenproduktion, weil er die bessere Kultur des Großgrundbesitzes mit Maschinen etc. nicht betreiben kann, sein bißchen Land auch oft nicht hinreicht, das nöthige Vieh zu füttern, um genügenden Dünger zu erhalten, den er alsbald auch noch kaufen muß, sieht er sich auf die äußersten Entbehrungen angewiesen. Ein paar Miß- oder allzureichliche Ernten ruiniren ihn vollends. Er ist gezwungen, sein Gut zu verkaufen und als Tagelöhner bei dem großen Bauer oder als Arbeiter in der Industrie sein Unterkommen zu suchen.

Nicht die geringe Kenntniß bäuerlicher Verhältnisse, wie die „Demokratische Correspondenz“ meint, auch nicht das Gefühl des Egoismus, wonach der landwirthschaftliche Arbeiter dem industriellen Arbeiter nichts anginge, sondern einfach der Umstand, daß bisher das industrielle Proletariat, das intelligenter, massenweiser aufgehäuft, noch zu viel der Belehrung und Aufklärung bedurfte und alle Kräfte in Anspruch nahm, war es, was die Sozial-Demokratie veranlaßte, sich weniger mit der Lage der ländlichen Bevölkerung zu befassen. Was nützen auch alle Expektorationen über die Lage der ländlichen Arbeiter, so lange diese selbst noch gleichgültig ihre Lage hinnehmen und die Mittel der Sozial-Demokratie nicht ausreichen, die äußerst kostspielige, weil weitläufige und zerstreute Agitation unter dieselben zu tragen? Ich bin nicht wenig erstaunt, diesen Punkt gerade von der „Demokratischen Correspondenz“ so warm angeregt zu finden, und wie mir scheint, mit nicht geringer Kenntniß der Lage des ländlichen Proletariats; war

sie es doch, die nicht am wenigsten dagegen eijerte, als der Baseler Kongreß sich erlaubte, seine Meinung über die Grund- und Bodenfrage abzugeben. Doch man wird mir antworten: „Nicht, daß man sich in Basel mit dieser Frage beschäftigte, sondern wie man sich damit beschäftigte, hat unser Mißfallen erregt.“ Gut! Da die „Demokratische Correspondenz“ die Noth des ländlichen Proletariats nicht nur zugegeben hat, sondern auch genau kennt, so fragt sich's also einfach, ob man diese Noth durch andere Maßregel als die der Baseler Kongreß vorgeschlagen hat, aufheben kann. Das wollen wir am Schluß dieser Artikel untersuchen. Ich muß ferner bemerken, daß das, was die „Demokratische Correspondenz“ an meinem Vortrag „eigen“ fand, daß ich nämlich von allen bürgerlichen Verhältnissen abstrahirte, einestheils in der beschränkten Zeit zu suchen ist, die ich benutzen mußte, um dem vorzugsweise industriellen Publikum meinen Standpunkt klar zu machen; anderentheils und weitaus wichtiger aber auch darin, daß ich hoffte, einer Interpellation aus der Mitte der Versammlung betreffs der Baseler Beschlüsse zu begegnen. Daß das nicht geschah, hat Niemand mehr gewundert, als mich, das kann ich versichern. Doch es läßt sich diesem Mangel am Ende noch in diesen Ausführungen abhelfen.

Eine andere Seite der Frage, die ich nach Ansicht der „Demokratischen Correspondenz“ nicht berührt habe, betrifft die Stellung der Arbeiterinnen. Diese Frage wird mit der Frage der Stellung der männlichen Arbeitskraft ganz von selbst entschieden. Tritt durch die genossenschaftliche Arbeit an Stelle des Arbeitslohnes der Arbeitsertrag, dann hat die Frau nicht mehr nöthig, die Fabrik zu besuchen, und dem Manne Konkurrenz zu machen. Sie nimmt dann die Stelle ein, wo sie von Natur und Rechts wegen hin gehört. In die Familie, um die Kinder zu erziehen und die Häuslichkeit zu leiten. Die Nichtverheiratheten werden aus demselben Grunde während ihrer Jugendjahre, statt in der Fabrik zu sitzen und physisch und moralisch zu verkümmern, Zeit und Mittel haben, sich für ihren Beruf als künftige Hausfrauen und Mütter auszubilden und wird so das natürliche Verhältniß der Geschlechter wieder hergestellt werden. Diejenigen endlich, welche nicht heirathen wollen oder können, werden so gut wie die Männer gleichfalls den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhalten und dadurch eine menschenwürdige Existenz haben. Die Frauenarbeit in der Industrie wird unter solchen Verhältnissen nicht zur Regel, sondern nur als Ausnahme gelten.

Der Weg, den die „Demokratische Correspondenz“ andeutet zur Lösung der Frauenarbeitsfrage (Beschäftigung in Comptoirs, Bureaus und dergleichen) ist keine Lösung, sondern eine Verschlechterung. Nicht aus Humanität, aus Menschlichkeitsgefühl, beschäftigen Staat und Bourgeoisie außer in der Fabrik die Frauen auch in den angeedeuteten Stellungen, sondern aus Erieb zur Profitmacherei und aus Sparsamkeitsrückichten. Weibliche Arbeitskraft ist billiger als männliche, das ist des Pudels Kern. Führt die weibliche Arbeitskraft ein, und ihr entwerthet die männliche; schließlich verdienen Frau und Mann zusammen, was einst der Mann allein verdiente. Mann und Frau gehen zu Grunde und die Familie selbstverständlich mit. Ja, es lebe die „Freiheit“ der Arbeit! Ich wollte sagen der Ausbeutung.

Wie soll nun die Staatshilfe angewandt werden, wo zunächst, und wieviel ist erforderlich, um diese Hilfe zu gewähren? Das sind die Kardinalfragen, welche die „Demokratische Korrespondenz“ aufwirft.

Sie sagt: „Lassalle wollte die große Krankheit heilen mit hundert Millionen!“ Ich hätte die Zahl der Arbeiter auf circa 10 Millionen angeschlagen, das mache auf den Kopf 10 Thlr. Eine winzige Summe, die gar nicht in Betracht komme. —

Hören wir einmal Lassalle.

Er sagt in seiner Frankfurter Rede („Arbeiterlesebuch“) in der Polemik gegen Schulze-Delitzsch:

„Aber Herr Schulze hat ausgerufen: Woher sollen wir die Tausende von Millionen nehmen, die dazu erforderlich wären? Sie sehen, man will Ihre Phantasie erschrecken! Es sind keine Tausende von Millionen dazu erforderlich. Nehmen Sie einmal einen Moment an, wir hätten nur hundert Millionen Thaler zu unserm Zweck. Wir hätten dann sogar für die erste Zeit noch viel zu viel! Weit mehr, als wir im Anfang wirklich für Assoziationen verwenden könnten! Der Kapitalzins steht zu 5 Prozent im Allgemeinen. Dieser Kapitalzins ist nicht zu verwechseln mit dem Unternehmergewinn. Der Kapitalzins wird von dem Unternehmer selbst dem Kapitalisten bezahlt. Diese 5 Prozent geben jährlich 5 Millionen Thaler, die man gleichfalls von Neuem, wenn wir jene 100 Millionen hätten, zu demselben Zwecke, zur Gründung von Arbeiterassoziationen, ausstun könnte. Durch die Kraft des Zinseszinses würden binnen 14 Jahren diese jährlichen 5 Millionen das Kapital verdoppelt haben, und wir würden von da ab 200 Millionen haben, so daß wir von nun ab 10 Millionen jährliche Zinsen hätten, welche wir für Arbeiterassoziationen verwenden könnten. Nehmen Sie nun an, daß im Durchschnitt aller Gewerbe auf ein Kapital von einer Million Thaler ungefähr 4000 Arbeiter arbeiten können; dies ist eine ganz beispielsweise von mir gemachte Annahme, die wahrscheinlich eher eine viel zu geringe ist, als eine zu hohe. Die Zahl ist übrigens gleichgültig, sie dient hier nur als Beispiel. Auf Grund der 100 Millionen Thaler also könnten sich 400,000 Arbeiter assoziieren; das wäre mit ihren Familien, wenn wir sie durchschnittlich auf 5 Personen veranschlagen, eine Bevölkerung von 2 Millionen, mit 10 Millionen jährlichen Zinsen könnte neuen 40,000 Arbeitern jährlich die Möglichkeit der Freiheit und des Wohlstandes erblühen und somit neuen 200,000 Menschen, oder während der ersten 14 Jahre, so lange wir nur 5 Millionen jährlich annehmen, mindestens wiederum neuen 20,000 Arbeitern jährlich mit ihren Familien, und so wäre ein Weg gegeben, der in einer bestimmten Zeit Euch Alle aus der Wüste führt, alle arbeitenden Klassen der Gesellschaft ohne Ausnahme. Aber das ist noch Nichts! So viel seht Ihr doch ein, daß ein industrieller Gewerbezweig dem andern in die Hände arbeitet; was für den Einen sein Industrieprodukt ist, ist für den Andern der Rohstoff, auf und an welchem er seine Arbeit anfängt. Der Gerber arbeitet dem Schuhmacher in die Hand, der Tuchfabrikarbeiter dem Schneider, die Eisen- und Stahlarbeiter arbeiten dem Maschinenbauer, dieser wieder hundert anderen Gewerken in die Hand u. s. f. Wenn also z. B. erst 70 oder

80 Gewerke im Großen assoziiert wären, so brauchte das 71. gar kein neues Geld, sondern es brauchte nur den Kredit der 70 früheren und hätte an diesem Kredit die hinreichende Bedingung seiner Existenz, denn es bezieht von diesen bereits bestehenden Gesellschaften seinen Rohstoff und seine Maschinen. Und wenn nun 71 solcher Assoziationen bestehen, so kann eine 72. sich ohne neues Geld bilden, und wenn erst 130 bestehen, können neue 20 ohne neues Geld sich bilden und in jenem Kredit die Bedingung ihrer Arbeit haben. So sehen Sie, daß meine frühere Rechnung, es würden jedes Jahr auf Grund der neuen 5 oder 10 Millionen neue 20,000 oder 40,000 Arbeiter befreit werden können, noch eine viel zu geringe ist, und daß, wenn die Assoziation erst vorgeschritten wäre und sich entwickelt hätte, weit größere Massen sich jährlich assoziieren und zum Licht der Freiheit und des Wohlstandes hinführen könnten, weit größere Massen und in weit schnellerer Zeit, als durch mein früheres Rechenexempel gegeben ist. Darum habe ich Ihnen schon in meinem Antwortschreiben gesagt, daß alle diese Arbeiterassoziationen in einem Kreditverband unter einander zu stehen haben.

„Sie sehen also, es handelt sich nicht um so schreckliche Zahlen, um viele „Tausende von Millionen“; mit 100 Millionen für ganz Deutschland hätten wir nicht nur mehr als genug, sondern selbst zu viel für den Anfang. Woher aber die 100 Millionen nehmen? Stellt man sich die Sache wirklich so roh vor, der Staat müsse da aus seiner Tasche, aus den Steuern, 100 Millionen hinzahlen? Das wäre ein sehr großer Irrthum, meine Herren, und würde nur den Beweis bilden, daß diejenigen, welche so sprechen, nicht das Geringste von der Finanzwissenschaft, von der Funktion des Geldes und des Kredites, verstehen. Ich habe Ihnen schon in meinem Antwortschreiben gesagt, daß das erforderliche Geld, resp. der erforderliche Kredit, vom Staate auf die leichteste Weise von der Welt zu beschaffen wäre, ohne daß es irgend einem Menschen etwas kostet. Aber sehen wir davon ganz ab. Stellen Sie sich die Sache einmal einen Augenblick ganz roh und ganz falsch vor; stellen Sie sich vor, der Staat müsse die 100 Millionen auf den Tisch zahlen. Nun, meine Herren, noch ist kein Krieg geführt worden, der nicht über das Doppelte dieser Summe gekostet hätte, und wofür sind nicht schon Kriege geführt worden? Im vorigen Jahrhundert noch für jede Wittrennen-Liebhaberei; in diesem Jahrhundert noch für jede Eroberungslust der Fürsten oder für irgend ein beschränktes Absatzinteresse der Bourgeoisie. Der Opiumkrieg, den England in den vierziger Jahren mit China geführt, hat gewiß mindestens das Doppelte gekostet, und er ist nur geführt worden, um den Chinesen Opium in den Leib zu jagen; also für ein ganz spezielles Absatzinteresse der Bourgeoisie. Für Alles in der Welt also sind diese hundert Millionen und doppelt so viel dagewesen, für jedes beschränkte Absatzinteresse der bestehenden Klasse, wie für jede Fürstenlaune; nur wenn es sich um Erlösung der Menschen handelt, wären plötzlich diese Gelder nicht zu beschaffen?

„Man kann nun fragen: woher diese hundert Millionen nehmen? Meine Herren! Ich werde und kann Ihnen allerdings hier nicht eine lange finanzwissenschaftliche Theorie entwickeln, aber einen flüchtigen

Blick muß ich Sie doch darauf werfen lassen, wie leicht, ja wie spielend leicht es wäre, diese hundert Millionen zu beschaffen, ohne daß der arme Bauer, wie die liberale Presse gesagt hat, einen Pfennig aus seiner Tasche dazu herzugeben brauchte. Ich werfe die Frage auf: worauf beruhen die Banken, welche Banknoten ausgeben? Worauf, sage ich, beruht das Profitable eines solchen Unternehmens? Auf nichts Anderem als auf Folgendem:

„Wenn eine Bank z. B. hundert Millionen in ihre Kasse legt, so kann sie nun 400 Millionen in Banknoten ausgeben und dies beruht lediglich auf der Erfahrungsthatfache, daß nie mehr als ein Viertel der Banknoteninhaber sich gleichzeitig präsentiren, um ihre Zettel gegen bares Geld einzumecheln. Auf diesem einfachen Grundsatz, auf dieser Erfahrungsthatfache beruhen sämtliche Banken, die Banknoten ausgeben, in ganz Europa. Diese Thatfache ist ein soziales Faktum, eine in der Natur Aller liegende Thatfache. Keiner hat diese Thatfache gemacht, nicht Peter, noch Christoph, noch Wilhelm. Es ist ein soziales Elementargesetz, gerade so, wie es natürliche Elementargesetze giebt. Wer dieses Gesetz ausbeutet, der hat also im unterstellten Beispiel 300 Millionen zu seiner Benutzung, ohne daß sie ihm gehören, ohne aber auch, daß sie irgend ein Anderer entbehrt. Denn den Banknoteninhabern, den wirklichen Gläubigern dieses Instituts, vertreten die Banknoten denselben Dienst, den ihnen der Silberthaler geleistet hätte. Ueberdies, es ist noch einmal zu konstatiren: wer ist der Gläubiger dieser Bank? Ich, Sie, wir Alle, Jeder, der auf einen Monat lang einen Thaler in der Tasche hat, der in der nächsten Viertelstunde schon bei einem Andern ist.

„Ich sage also, wer diese soziale Thatfache ausbeutet, der hat zu seiner Benutzung im unterstellten Beispiel 300 Millionen, ohne daß er sie irgend einem Andern entzieht.

„Ist es nun nicht eine Sünde und Schande, daß man, wie gleichwohl heutzutage in den meisten Staaten der Fall ist, einzelnen Kapitalisten oder einzelnen Gesellschaften von Kapitalisten die Konzession erteilt, dieses in der Natur Aller wurzelnde Faktum für ihren besonderen Vortheil auszubeuten? Was in der Natur Aller wurzelt und nur durch diese, durch keine individuelle That, hervorgebracht ist, — das dürfte doch auch wieder nur Allen, d. h. dem Staate, zu Gute kommen! Der Staat dürfte also nicht, wie es jetzt in so vielen Ländern der Fall ist, Privatgesellschaften konzessioniren, die Banknoten ausgeben. Es dürften auch nicht, wie in Preußen, gemischte Banken bestehen, sondern wenn Etwas, so ist dieses, gerade so wie die Münze, ein notwendiges Staatsregal. Wir müßten also eine deutsche Staatsbank haben, eine Bank von Deutschland, — und dann, sehen Sie, meine Herren, dann hätte ja der Staat das Geld, das er für diese Assoziationen braucht, doppelt und dreifach, und ohne daß es dem „armen Bauer“, wie die Berliner „Volkszeitung“ gemeint hat, einen Pfennig kostete!“

Aus den obigen Ausführungen Lassalle's wird die „Demokratische Korrespondenz“ ersehen, daß auch die geringfügigen 100 Millionen eine ganz anständige Hilfe schon bieten, jedenfalls um der drückendsten Noth abzuhelfen. Hundert Millionen sind aber in Wirklichkeit eine

Kumperei für Deutschland. Der Krieg von 1866 hat nahe an vierhundert Millionen, dem Norddeutschen Bund sein Militärsystem in drei Jahren über zweihundert Millionen Thaler gekostet. Das sind Ausgaben, die im Volksstaat nicht vorkommen. Noch andere Ausgabequellen würden verstopft, andere Einnahmequellen eröffnet. Die Civilisten und Apanagen gewisser hoher Personen, denke ich, werden im Volksstaat wohl weggelassen, das machte verschiedene Millionen jährlich. Das Besizthum derselben Klasse wird Staatsseigenthum, bringt abermals Millionen. Es wäre zu untersuchen, in wie weit Staatsschulden im Interesse der Gesamtheit gemacht worden sind. Man würde da wahrscheinlich die für unproduktive Zwecke oder im Interesse der privilegierten Klassen gemachten Schulden durch Diejenigen tilgen lassen, welche sie ermöglicht haben — vielleicht noch einfacher — die ganze Schuld liquidiren (aufheben). Ebenso wird das Vermögen der Kirchen und Stiftungen einer Konfiskation zu unterwerfen sein.

Da es Grundsatz der Sozialisten ist, jedem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit, aber auch nur den vollen Ertrag derselben zukommen zu lassen, so wäre zu untersuchen, inwieweit dies bei unsern höheren Beamten und Staatsstellen aller Art der Fall ist. Das Resultat wird wahrscheinlich sein, daß die Tausende von Gehalt, die sie beziehen, in keinem Verhältnis zu ihrer Leistung stehen, weshalb der Abzug von oben und die Verteilung unten ein leidliches Gleichgewicht herstellen dürfte. Da nach unserer Ansicht Eisenbahnen und Verkehrswege, Bergwerke und Minen, von denen die ersteren dem allgemeinen Verkehr, der Verbindung Aller mit Allen dienen und zu Gute kommen, und die letzteren die Urprodukte enthalten, welche in der Erde, dem gemeinsamen Eigenthum Aller, ruhen, Eigenthum der Gesellschaft, d. h. des Staates sein müssen, so hat der Staat selbst Gelegenheit, die gesellschaftliche Arbeit und Nuznießung ohne weitere Umstände einführen zu können. Eisenbahnen, Salinen, Minen und Bergwerke sind das nächste Gebiet, auf dem sich mit Leichtigkeit die kooperative Arbeit einführen läßt. Die Staatsdomänen, die durch die oben ange deuteten Maßregeln bedeutend ausgedehnt werden, sind das erste Feld für die ländliche Kooperation (Ackerbau genossenschaft). Die Ersparungsmaßregeln auf der einen und das durch die demokratische Organisation auf der andern Seite gehobene Wohlbefinden des Staats schaffen im Ueberfluß die Mittel, um die immer massenweiser Organisation der Produktivgenossenschaften zu ermöglichen. In demselben Maße, wie diese sich ausdehnen, werden die Privatunternehmungen ganz von selbst aufhören. Alles Kapital der Privatunternehmer wird diesen nichts nützen, weil einfach die Arbeiter fehlen, welche dasselbe durch ihre Produktionskraft vermehren. Die Privatunternehmer müssen schließlich freiwillig ihr Kapital für die allgemeine Produktion hergeben, da sie es anders nicht mehr verwenden können. Die durch die allmähliche Beseitigung der Privatunternehmungen frei gewordenen leitenden kaufmännischen Kräfte werden für die Genossenschaften disponibel, und um so lieber zugreifen, da sie am vollen Ertrag des Geschäfts im Verhältnis ihrer Leistung participiren.

„Die kaufmännische Arbeit“, welche nach Ansicht der „Demokratischen Korrespondenz“ nur die Natur giebt, wäre also reichlich vorhanden,

ganz abgesehen davon, daß die im Volksstaat im höchsten Grade entwickelte Volksbildung zweifellos so viel „kaufmännische Ader“ entwickelt, daß der Bedarf reichlich gedeckt wird. Für die „Demokratische Correspondenz“ dürfte sich, soweit sie gesellschaftlich nützliche Arbeit liefert, sehr gut auch die Gelegenheit bieten, eine Assoziation mit Drucker und Verleger zu organisieren, wo sie und Hunderte ihrer Leidensgefährten nicht als abhängige Existenzen den Arbeitslohn für ihre geistige Arbeit, sondern den vollen Arbeitsertrag erhalten. Daß das schriftstellerische Proletariat solche Staatshilfe recht gut brauchen könnte, wird die „Demokratische Correspondenz“ nicht bestreiten.

An Mitteln fehlt's also wirklich nicht im „Volksstaat“. Zur Noth kann der „Volksstaat“ seinen Kredit gerade so gut in Anspruch nehmen wie der heutige reaktionäre Staat. Oesterreich hat glücklich eine Schuldenlast von 5000 Millionen Gulden zusammengebracht, und wahrhaftig nicht zum Besten des Volkes. Das zweite Empire (Kaiserreich) in Frankreich hat es bis auf 12,000 Millionen Francs gebracht: das sind Summen, mehr als hinreichend im „Volksstaat“ die Neuorganisation der Gesellschaft durchzuführen.

Die Organisation der Produktionsgesellschaften ist also unendlich leichter, als es auf den ersten Blick scheint. Was die Organisation noch wesentlich erleichtert, ist die in der modernen Industrie bereits vorhandene Arbeitsteilung, der Maschinenbetrieb, das organische Zueinandergreifen hunderter und tausender der verschiedenartigsten Arbeitskräfte zur Hervorbringung bestimmter Produkte. Je mehr und je rascher die Produktion in die Großproduktion (Fabrik- und Maschinenbetrieb) übergeht, um so besser für uns, es erleichtert uns den Uebergang. Ist die Industrie aufs höchste entwickelt, um so geringer ist dann die Zahl der Privatunternehmer und Eigenthümer, um so größer die Zahl der Besitzlosen, der Arbeiter, die Expropriation der Ersteren durch die Letzteren um so leichter. Im sozialen Staat ist also die moderne Produktionsweise, die Arbeitsteilung und der Maschinenbetrieb, nicht nur beizubehalten, sondern noch zu erweitern. Der Nutzen aber, der daraus entspringt, kommt nicht wie heute dem einzelnen Privatunternehmer, er kommt Allen zu Gute. Wird heute eine Maschine erfunden, welche die Arbeitskraft nur eines Menschen erfordert, und in derselben Zeit wie früher das 5—10fache schafft, der Arbeiter hat keinen Vortheil davon. Die Maschine bedarf nur Aufsicht, erfordert oft nur geringe Kraft, so daß an Stelle des erwachsenen Arbeiters sehr häufig eine billigere Arbeitskraft, eine Frau oder ein Kind, gesetzt werden kann. Liefert die Maschine nun gar das Fünf- und Zehnfache an Produkten mehr, so ist die Folge, daß die früher beschäftigten Arbeiter brodlos werden und, da sie leben wollen, sich selbst Konkurrenz machen und den Lohn herabdrücken. So bringt jeder Fortschritt, jede neue Erfindung dem kapitalistischen Unternehmer Nutzen, dem Arbeiter Schaden. Das hört in der gesellschaftlichen Produktion auf. Die Vortheile verbesserter Produktion haben Alle, den Gewinn vermehrter Produktion genießen Alle. Mehr Genuß, weniger Arbeit. Aber arbeiten müssen Alle, Faulenzer giebt's nicht. Letztere werden im sozialistischen Staat dieselbe Rolle spielen, wie die Diebe im heutigen; allgemeine Verachtung ist ihr Loos.

Im heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft ist's umgekehrt: wer am meisten faulenzet, weil er von der Arbeit Anderer sich mästet, ist am angesehensten; wer die Profitmacherei am besten los hat, wird bewundert, und der Mann, der vom frühesten Morgen bis in die späte Nacht oft mit Frau und Kind sich abrackern muß, verdient kaum so viel, um Tag für Tag das nackte Leben zu fristen. Es ist himmelschreiend.

Vergleichen wir nun das rührende Bild, das die „Demokratische Correspondenz“ von dem Fabrikanten, von dem Kaufmann entwirft.

„Der geschäftliche Großbetrieb, sagt sie, erfordert doch wahrlich noch etwas Anderes, als bloß den Kapitalisten und sein Kapital. Es heißt nicht nur menschlich ungerade sein, wenn man die Fabrikanten so mit nichts da nichts als große Herren hinstellt. Heutzutage wird Fabrikant Niemand zu seinem Bläse, zum Zeitvertreib. Gelernt haben diese Männer doch auch das Ihrige. Weber die technische, noch die kaufmännische Seite ihres Geschäfts darf ihnen fremd sein. Thätig sein müssen sie auch. Einen Stand mit politischen Vorrechten bilden sie nicht u. s. w.“

Es ist viel, sehr viel, was die „Demokratische Correspondenz“ da ruhig sagt. Untersuchen wir. Der Großbetrieb brauche mehr als den bloßen Kapitalisten und sein Kapital. Nein, Verehrte, der Großbetrieb braucht nichts weiter, als Kapital. Der Kapitalist bekommt durch sein Kapital alles Uebrige, was er haben will und braucht: technische und kaufmännische Leitung, Arbeitskraft, Maschinen, Rohmaterial, Alles, Alles bekommt er für Kapital und er hat, wenn er will, nichts weiter zu thun, als die Bücher zu prüfen und den Profit — und oft was für einen Profit! — einzustreichen. Gewiß eine kleine Arbeit und eine große Belohnung. Daß alle Fabrikanten nicht „große“ Herren sind, weiß ich recht gut. Namentlich haben die kleinen rechte Muthen, die Konkurrenz zu bestehen und sich zu halten. Das liegt in der Natur der heutigen Produktionsverhältnisse, wo die Konkurrenz das A und O der bürgerlichen Entwicklung auf dem Weltmarkt nothwendig sein muß, weil planlos in den Tag hinein produziert wird, kein Mensch eine Ahnung des wirklichen Bedürfnisses hat und eine in Folge dessen in einem Produktionszweig hervorgerufene Ueberproduktion das Produkt entwerthet, den Kleinen, der den Schlag nicht anhalten kann, ruiniert und dadurch auch in den anderen Produktionszweigen seine schlimme Rückwirkung ausübt.

Ich muß aber auch hier ein für alle Mal bemerken, daß unser Kampf nicht gegen den einzelnen Fabrikanten oder Kapitalisten, sondern gegen die ganze Klasse gerichtet ist. Der einzelne Fabrikant steht den heutigen Verhältnissen gerade so ohnmächtig gegenüber, wie der einzelne Arbeiter. Er muß sich den Gesetzen des Weltmarktes und der Produktion fügen, oder er geht zu Grunde; womit nicht gesagt sein soll, daß der einzelne Fabrikant nicht viel zur Milderung des Mißverhältnisses zwischen sich und seinen Arbeitern thun kann. So weit er dies nicht nur nicht thut, sondern wohl gar noch seine vortheilhafte ökonomische Stellung zu größerem Druck und größerer Ausbeutung benützt, ist auch der Einzelne unser Feind und wird rücksichtslos bekämpft.

„Heutzutage (aber wohl früher? Anmerkung des Verfassers) wird

Niemans Fabrikant zu seinem Pfäfer oder Zeitvertreib," behauptet die „Demokratische Correspondenz". Si, was hindert denn den Fabrikanten, Lohnarbeiter oder Kleinhandwerker zu sein? Nichts! Es muß also doch ein besonderes Vergnügen sein, Fabrikant zu werden, sonst wären ja viele Menschen nicht so erpicht darauf! Die durchschnittliche Lebensdauer der Fabrikanten und Kaufleute ist viel höher, als die Lebensdauer der arbeitenden Klasse. Die meist runden wohlgenährten Gesichter wie der kräftige Körperbau zeichnen sich ebenfalls sehr vortheilhaft aus vor den meist mageren, oft hohlkäugigen Gestalten der Arbeiter. Lange Lebensdauer und gute Genährtheit sind aber die sprechendsten Zeichen von geringer Sorge und gutem Leben. Es muß also da doch wohl keine Last sein, Fabrikant zu sein. Die „Demokratische Correspondenz" täuscht sich folglich auch hier.

„Gelernt haben diese Männer doch auch das Ihrige," fährt sie fort.

Dann, was man so lernen heißt. Ich habe schon oben gezeigt, wie wenig Wissen Jemand braucht, wenn er Kapitalist ist. Dinge Kapitalist zu sein vom Wissen, von der Bildung ab, dann müßten artige Veränderungen in der Welt vorgehen. Gar mancher Kapitalist würde zum Arbeiter degradirt und viele der ihm Untergeordneten könnten seine Kapitalistenstellung einnehmen. Die edelsten und größten Geister der Nation hätten Kapitalisten sein müssen; die „Demokratische Correspondenz" weiß noch viel besser als ich, daß sie das gerade Gegentheil in fast allen Fällen waren und sind.

„Die technische und die kaufmännische Seite des Geschäfts darf ihnen nicht fremd sein", meint die „Demokratische Correspondenz". Die Worte „nicht fremd sein" charakterisiren den Ausspruch, ich habe nicht nöthig, ihn weiter zu kritisiren. „Thätig sein müssen sie auch." O, und wie! die Wein- und Frühlücksstudien und die Böder und Vergnügungstouren geben die Antwort hierauf. „Einen Stand mit politischen Vorrechten bilden sie nicht." Wirklich nicht? und das schreibt ein „demokratisches" Blatt. Weiß die „Demokratische Correspondenz" wirklich nichts von dem Klassenwahlsystem in Preußen und Baden, dem Genjussystem in Sachsen, dem indirekten Wahlsystem in Bayern, der Diätenentziehung für Reichstag und Zollparlament? Si, wem kommt denn das Alles zu Gute, etwa dem Arbeiter? Und selbst da, wo Alles dies beseitigt ist, schafft der Kapitalist nicht schon durch das Kapital sich Vorrechte, hat er nicht den abhängigen Arbeiter, ist nicht die Presse in seiner Hand, womit die öffentliche Meinung gemacht, ja wohl, gemacht wird? Sind nicht die höheren Bildungsanstalten für seine Klasse da? Und dann Steuer-, Militär-, Rechtssystem — gewähren die keine Vortheile dem Kapitalisten? Wer das vertritt, der muß blind sein.

Die „Demokratische Correspondenz" ist fürwahr läßt, sehr läßt in ihren Behauptungen. Und durch das, was sie dann ferner über die Stellung des Kapitalisten zum Staat früher und jetzt sagt, beweist sie damit nicht gerade, was sie widerlegen will? Sie giebt vollständig zu, was ich schon oben ausgeführt, daß die Kapitalistenklasse durch den Staatsschutz und die Staatshilfe groß geworden, jetzt aber, nachdem sie groß gezogen und auf eignen Füßen stehen kann, drängt

sie ihren früheren Erzieher und Beschützer, den Staat, mehr und mehr bei Seite.

Wie wenig aber die Person des Kapitalisten, also seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten, beitragen, sein Kapital zu vermehren, das beweisen schlagend unsere Aktiengesellschaften. Ein Beispiel aus der Heimath der „Demokratischen Correspondenz" wird ihr das am besten beweisen. In Eßlingen besteht eine große Maschinenfabrik, in der circa 1500 Arbeiter beschäftigt werden. Die Fabrik ist Aktienunternehmung, d. h. eine Anzahl Kapitalisten haben sich vereinigt, eine bestimmte Summe Kapital zusammengehoßen und damit Arbeitsräume, Werkzeuge, Arbeitskraft, technische und kaufmännische Leitung gekauft. Am Ende des Jahres macht die Fabrik ihren Geschäftsschluß und es stellt sich heraus, daß die angewandte geistige und physische Arbeitskraft so viel Mehrwerth erzeugt hat, daß nach Deckung aller Unkosten jeder Aktionär auf eine 100 Gulden-Aktie 8 Gulden Dividende erhält. Innerhalb 12½ Jahren also hat sich das Kapital des Aktionärs, ohne eine andere Arbeit von Seiten seines Besitzers als die, welche ihm das Einsacken der Dividende verursacht, nicht nur ersetzt, er erhält sogar, wenn er seine Aktie dann verkauft, statt der früher eingezahlten 100 fl. vielleicht 150 oder 160 fl., hat also noch „Extra-Entbehrungslohn" von 50—60 fl. über den Kapitalbetrag. Wenn die ganzen Aktionäre Dummköpfe sind, kein einziger etwas von der technischen oder kaufmännischen Leitung versteht, wird doch der Profit derselbe sein. Keiner hat ja mitgearbeitet, keiner eine Faser seines kostbaren Hirns gespendet, und doch ist der Profit da. Die technische und kaufmännische Leitung aber ist, wie jede andere Arbeitskraft, nach ihrem Marktwert geäußt, d. h. bezahlt worden.

Die „Demokratische Correspondenz" sieht also, wie äußerst angenehm es ist, Kapitalist zu sein und daß das Arbeitervolk alle Ursache hat, rebellisch zu werden, da alles Kapital nur angesammelter fremder Arbeitsertrag ist.

Hierbei muß ich einen andern Irrthum der „Demokratischen Correspondenz" in der Auffassung meines Vortrags widerlegen. Meinen Ausspruch: an Stelle des Arbeitslohnes müsse der Arbeitsertrag treten, verwechselt sie mit: Antheil am Geschäft. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Beim vollen Arbeitsertrag des Arbeiters ist ein einzelner Geschäftsinhaber unmöglich, Jeder nimmt gleichen Theil am Geschäft nach dem Maßstab seiner Leistung. Beim „Antheil am Geschäft" aber muß ich einen Geschäftsinhaber, Fabrikanten oder Kaufmann voraussetzen, der einen Theil des Reingewinns, und zwar einen ihm beliebigen Theil, dem Arbeiter abgiebt. Das ist, wie die „Demokratische Correspondenz" ganz richtig bemerkt, ein „streies Kontraktverhältnis", ohne Darwischenkunft des Staats, und ich glaube recht gern, daß die Bourgeoisie diesen „Antheil am Geschäft" sehr bereitwillig einführen wird, wenn ihr die Regulirung der Produktionsverhältnisse durch den verhassten Staat auf den Hals zu rücken drohte. Aber zu solchen Kontrakten gehören zwei und die Arbeiter wären Narren, wenn sie mit einem Gnadenbroden süßlieb nähmen, wo sie das Ganze bekommen können, wenn sie, statt selbst Unternehmer und Gleichberechtigte zu werden, es vorziehen sollten, im Abhängigkeitsverhältnis zu bleiben

und mit dem theilweisen Ertrag ihrer Arbeit sich zufrieden zu geben. Die Bourgeoisie würde bei diesem „Antheil“ am Geschäft nicht einmal schlechter fahren, sie würde im Gegentheil nur profitieren, und da die Geschickteren das bereits begriffen haben, so ist die neu angegebene Lösung: „Antheil am Geschäft für die Arbeiter“ — Einführung des „Partnership-Systems“ wie man es in England nennt.

Sehen wir dem Ding einmal etwas näher auf den Grund.

Ich setze den Fall, eine beliebige Fabrik werje 20 Prozent Reingewinn ab. Der Fabrikant erbiethet sich 25 Prozent des Reinertrags seinen Arbeitern abzutreten und nach Verhältnis des Lohnes zu vertheilen. Der Arbeitslohn für 50 Arbeiter soll das Jahr über 10,000 Thlr. betragen haben, auf ebensoviel belause sich der Reingewinn. Da der Fabrikant ein Viertel hergeben will, so würden 2500 Thlr. unter die Arbeiter vertheilt werden. Es erhielte also jeder Arbeiter zu seinem Lohn von ca. 200 Thlr. noch 50 Thlr., also 250 Thlr. Der Fabrikant hätte 2500 Thlr. weniger, jeder Arbeiter 50 Thlr. mehr. Das wäre nicht übel, wenn die Verhältnisse in der alten Art blieben. Das ist aber nicht der Fall. Die Arbeiter, weil sie 25 Prozent vom Reinertrag des Geschäfts bekommen, arbeiten nun weit fleißiger, weil sie den Betrag der 25 Prozent möglichst groß machen wollen. Sie begreifen, daß Verschwendung des Rohmaterials, Licht, Del u. Geld kosten und bedeutend erspart wird, wenn sie vorsichtig damit umgehen. Noch mehr: der Eier, den die Arbeiter in Folge der Aussicht auf Gewinn an den Tag legen, ohne äußeren Zwang, setzt den Fabrikanten in die Lage, einen Werkführer zur Aufsicht weniger zu halten, es werden also abermals ein paar hundert Thaler erspart. Durch alle diese Umstände kommt es dahin, daß der Gewinn, statt 10,000 Thlr., das nächste Jahr 15,000 Thlr. beträgt. Da die Arbeiter $\frac{1}{4}$ bekommen sollen, erhalten sie 3750 Thlr. zusammen, jeder Einzelne, statt 50 Thlr. jetzt 60 $\frac{1}{2}$ Thlr.; er hat, wohlgemerkt, fleißiger gearbeitet, mit dem Rohmaterial gespart u. s. w. Der Fabrikant aber erhält statt 7 $\frac{1}{2}$ Tausend des vorhergehenden Jahres 11,250 Thlr., d. h. noch 1250 Thlr. mehr als er hatte, ehe er die Geschäftsanttheile einführte. Er hat diese 1250 Thlr. profitirt mit weniger Arbeit und wenig oder keinem Uerger. Auf wessen Vortheil läuft also das ganze Partnership-System hinaus? Wesentlich auf Vortheil der Fabrikanten. Da aber neben dem Partnershipsystem das Lohnsystem und die Gesetze, die es reguliren, nicht aufhören, so wäre die weitere Folge, daß die Lohnsätze mehr und mehr sinken und sehr bald der alte Zustand für die Arbeiter wieder hergestellt würde, während die Kapitalisten bedeutend reicher geworden wären. Das ganze Partnership-System wäre bald offen vor aller Welt, was es für den tiefer Blickenden heute schon ist, ein — Schwindel, ein Palliativmittel wie so viele andere, und würde nie und nimmer die Klassengegensätze ausgleichen. Weg damit! Der volle Arbeitsertrag bleibt unsere Lösung, die Organisation der genossenschaftlichen Arbeit durch die ganze Gesellschaft unser Feldgeschrei.

Der „Demokratischen Korrespondenz“ macht die „Vertheilung“ des Arbeitsertrages Kopfschmerzen, sie thut, als wären wir noch in so finstlichen Zuständen, daß ohne Eingriffe einer „höheren Gewalt“, und

sei es auch nur die eines Fabrikanten, sich das gar nicht machen ließe. Ich versichere der „Demokratischen Korrespondenz“, daß die Vertheilung uns den geringsten Kummer macht, wenn wir nur erst zu vertheilen haben. Die höhere Leistung wird selbstverständlich höher entschädigt, aber nur für die Leistung entschädigt. Wer mehr bekommt, kann mehr verbrauchen, aber das Schwelgen wird aufhören, die Armuth und das Darben aber auch. Sparen mag auch Jeder, so viel er Lust hat, aber sein Erspartes ist sein „Kapital“, er findet Niemand, den er exploitiren (ausbeuten) kann, durch den er sein Erspartes vermehren kann, ohne — persönliche Arbeit. Auch ist es erstaunlich, welche Fragen die „Demokratische Korrespondenz“ über die innere Einrichtung der Genossenschaften stellt! Sie, die sonst schon genug Diejenigen niederbannert, welche etwa zweifeln, daß das Volk im Stande sei, seine eignen Angelegenheiten im Staat zu ordnen — sie thut, als wenn das Volk aus lauter Kindern bestände, unfähig, eine Genossenschaft einzurichten und zu leiten. Die einfachste Produktivgenossenschaft auch unter den heutigen Zuständen, ja jeder Konsumverein, jeder Kreditverein sollte ihr schlagend beweisen, daß die Arbeiter allerdings im Stande sind, ihre Organisationen zu schaffen, und daß sie es doppelt im Stande sind in einem Staat, in dem allgemeine Bildung auf's höchste zu pflegen eine der Hauptaufgaben sein wird.

Da die genossenschaftliche Produktion eine „streng vorgeschriebene Nothwendigkeit“ werden soll — um mit der „Demokratischen Korrespondenz“ zu reden — so wird sie auch einsehen, daß die Leute mit der von „Natur angelegten kaufmännischen Ueber“, wenn sie nicht verhungern wollen, mit eintreten müssen. Ich denke, mit so viel „Intelligenz“ wird sich der rechte Weg leicht finden lassen, wenn er, was meine Ueberzeugung ist, sich nicht schon ganz von selbst aus den neuen Verhältnissen ergeben sollte.

Nachdem ich dargethan, daß nur die genossenschaftliche Produktion, eingeführt durch die ganze Gesellschaft, das Ziel und einzige Ziel sein kann, fallen die Fragen der „Demokratischen Korrespondenz“: „Welchen Antheil der Arbeiter an dem Risiko unglücklicher Konjunkturen haben soll“, ganz von selbst. Sie setzt bei all diesen Fragen ein Verhältniß von Arbeitern und Arbeitgebern voraus, welches dann gar nicht mehr existirt.

Das gefürchtete Risiko, Glüd und Unglück der Konjunkturen, wird in einer richtig organisirten Gesellschaft ganz oder so gut wie ganz verschwinden, da diese Uebelstände nur in einer Gesellschaft existiren können, wo planlos produziert wird, das Profitmachen gerade wesentlich davon abhängt, daß Einer den Andern tüchtig über's Ohr haut. In einer planmäßig geleiteten Produktion wird es durch statistische Erhebungen leicht sein, den Bedarf an Artikeln festzustellen und dadurch wird die Ueberproduktion, die Quelle aller Geschäftsstöckungen, aufhören; es wird das um so leichter sein, da eigentliche Luxusartikel, die heute nur eine kleine Minorität kaufen und genießen kann, verschwinden, dagegen aber die Zahl der wirklich nützlichen Bedürfnisgegenstände erhöht und vermehrt werden wird. Diese planmäßige Leitung der Produktion wird noch dadurch erleichtert werden, daß dieselben Maßregeln, welche bei uns durchzuführen sind, in andern

Kulturstaaten gleichfalls zur Geltung gebracht werden müssen. In einem internationalen Gesellschaftsrath, oder wie man diese Behörde sonst nennen wollte, ließe das ganze Material, das in den einzelnen Staaten gesammelt würde, zusammen. Eine solche Behörde würde vielleicht insgesammt so viel kosten, als heute ein paar unserer gänzlich unnützen Gesandtschaften erheischen, der Rußen lände aber im umgekehrten Verhältnis zu ihren Kosten. Wie sehr die Arbeiter die Nothwendigkeit einer solchen Organisation begriffen haben, bemerkt die Existenz der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“, die, jetzt allerdings als Kriegsmittel organisiert, in sich selbst das heilende Friedensmittel birgt.

In welcher Art die Vertheilung der Staatsmittel stattfinden soll, möchte die „Demokratische Korrespondenz“ noch wissen. Zunächst über die Summen zu bestimmen, ist Sache der Volksvertretung, resp. des Volkes selbst, das darüber sein Votum abzugeben hat. Die Vertheilung der Mittel für die einzelnen Zweige der Produktion hätte doch nur so lange stattzufinden, als auf Beschäftigung harrende Menschenkraft vorhanden ist. Die Genossenschaften, einmal organisiert, ergänzen sich selbst durch die nachwachsenden Generationen. Zurweilen durch Produktion neue Bedürfnisse zu befriedigen sind, darüber entscheidet die Gesamtheit. Die demokratischste Einrichtung von der Welt würde also bestehen.

Auf die so oft gehörte Frage, wie in einem Staat, wo das Kooperationsystem verwirklicht ist, Berufsarten unterkommen sollen, bei denen ein genossenschaftliches Zusammenwirken nicht möglich ist, z. B. bei Aerzten, Gelehrten u. s. w., erwidere ich, daß diese, als im Dienste der Gesamtheit wirkend, auf Kosten der Gesamtheit erhalten werden müssen. Sine qua non, welche, ohne Nutzen für das Ganze, auf Kosten der Gesamtheit existiren wollen, wie wir deren heute nicht wenige haben, als Diebe und Verbrecher am Gemeinwohl zu behandeln sind.

Bei der allmäligen Umwandlung der kapitalistischen Produktion in die genossenschaftliche kämen diejenigen Arbeitsbranchen zunächst an die Reihe, die am meisten leiden und so der Reihe nach die andern. Für die eigentliche geschäftliche Organisation werden die heute erst in den Windeln liegenden Gewerkschaften das prächtigste Mittel abgeben. Die Beamtenmaschinerie zur Beförderung des Volkswohlstandes würde bei weitem nicht so stark sein, wie die zur Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung, die wir heute haben und erhalten müssen; ihre Erhaltung, durch das erhöhte Wohlbefinden Aller, eine ungleich leichtere sein. Die Waffe gegen Uebergriffe der Behörden hat das Volk in sich selbst, es ist souverain; die Beamten sind seine Beauftragten, nicht seine Herren.

Die „Demokratische Korrespondenz“ wird hieraus ersehen, daß in der Wirklichkeit, wenn erst einmal der Wille des Volkes zu dieser Reorganisation da ist, sich alles Andere verhältnißmäßig leicht ergibt. Daß Fehler dabei gemacht werden können, das will ich nicht bestreiten; wo sind diese nicht gemacht worden? Heutzutage werden sie wahrhaftig nicht am wenigsten gemacht. Daß man unsere Vorschläge nicht bessere gegenüberstellen kann, will ich ebenfalls nicht behaupten, wer

bessere weiß — heraus damit! So lange aber nicht bessere gemacht werden, halten wir die unjeren für die besten, das wird uns Niemand verdenken. Unsere Vorschläge — und das giebt uns Ueberzeugung daß sie gut sind — sind nicht willkürlich aufgebaut, sie sind das natürliche Ergebnis der Prüfung der bestehenden Verhältnisse, sie haben also eine sehr reale Grundlage.

Die „Demokratische Korrespondenz“, die sich in 3 langen Zeitartikeln eheulich Mühe gegeben, unsern Vorschlag als unmöglich darzutun, hätte doch endlich selbst einen Vorschlag machen sollen. Was sie als solchen zu Tage fördert, ist so kläglich, daß man wohl in den Ausruf ausbrechen darf: Der freisende Berg gebar eine — Maus.

„Die Staatshilfe einer andern Fortbildung und Ausbildung“ verlangt die „Demokratische Korrespondenz“, aber auch wieder mit der Einschränkung, „soweit sie überhaupt thunlich ist“. Nun, ich habe bereits in diesem Artikel an einer andern Stelle auf den Einfluß und die Stellung, welche die Bildung unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen hat, hingewiesen; ich will nur noch eine Frage an die „Demokratische Korrespondenz“ richten. Von zwei Knaben, die geboren werden, lächelt dem einen bereits in der Wiege ein sicheres väterliches Vermögen von 25,000 Thln. entgegen, dem andern Nichts. Der reiche bleibt, wenn er erwachsen ist, trotz aller auf ihn angewandten Mühe — was man so nennt — ein Dummkopf, der andere ist ein geschickter, aufgeweckter Kerl. Welcher hat nun nach Ansicht der „Demokratischen Korrespondenz“ die meiste Aussicht, sich zu einem Hunderttausendthalermann zu werden? Ich bitte um Antwort, aber ohne Umschweife.

Die „Demokratische Korrespondenz“, welche ihre Artikel mit der Erklärung begann, daß sie ein ihr ganz fremdes Gebiet, tastend und suchend betrete, verfällt im Laufe derselben in eine Kritik unserer Vorschläge, die einem echten Manchestermann, einem Schulze-Delitzsch oder Faucher alle Ehre machen, und der „Stuttgarter Beobachter“ druckt die Artikel an bevorzugter Stelle so, jedenfalls als Zeichen seines vollen Einverständnisses. Man hat den genannten Blättern in der letzten Zeit von Seiten ihrer Gegner häufig sozialistische und — lächerlich genug — sogar kommunistische Umwandlungen vorgeworfen. Die Gegner werden sich mit Beschämung eingestehen müssen, wie bitter unrecht sie gethan. Was die „Demokratische Korrespondenz“ jetzt zu Markt gebracht und der „Stuttgarter Beobachter“ gläubig nachgedruckt, konnte jedes national-liberale Blatt mit gutem Gewissen aufnehmen. Hr. Dr. Eduard Pfeiffer in Stuttgart wäre sogar weiter gegangen.

Ich könnte nun meine Entgegnung schließen, ich bin aber der „Demokratischen Korrespondenz“ noch eine Antwort schuldig. Diese betrifft unsere Stellung zur Grund- und Bodenfrage, zur Lage des häuerlichen Proletariats.

Daß es ein solches giebt, hat die „Demokratische Korrespondenz“ selbst zugegeben. Daß dessen Lage eine oft noch schlimmere ist, wie die des industriellen Proletariats, das kennt und schildert sie so vortrefflich, daß ich es vorziehe, ihre eignen Worte statt der meinen zu gebrauchen. Sie sagt:

„Die ländlichen Arbeiter bleiben, soweit wir den Erörterungen auf Kongressen und in den Tagesblättern gefolgt sind, von vorn herein außer Frage. Und doch ist die Forderung der Selbstständigkeit für sie mit demselben Rechte zu stellen wie für die städtischen Arbeiter, und ebenso ist andererseits die Forderung der Staatshilfe an die ländliche Bevölkerung, die auch ihr Theil wird beitragen müssen, wenn's anders Staatshilfe sein soll, schlechterdings nicht zu stellen noch zu verantworten, wenn der Ertrag ausschließlich dem zu Gute kommen soll, was jetzt ausschließlich „Arbeiter“ heißt. Soll der Staat dafür sorgen, daß es in den Städten keine „Skaven“ — das ist nicht unser Ausdruck! — mehr giebt, so hat er gleicher Weise die Pflicht, auf dem Lande die „Knechte“ zu beseitigen. Unter dieser Bezeichnung fassen wir die Tagelöhner, Heuerlinge und sonstige Hinterlassen zusammen, die neben dem reicheren Bauer wahrlich oft eben so traurig dran sind, wie der städtische Arbeiter neben dem Fabrikherrn, und die vor allen Dingen, falls sie sich nicht von der Scholle losreißen, forterbend von Geschlecht zu Geschlecht an diese traurige Lage gekannt sind, während die Bauern in der besseren Lage neben oder über ihnen ausharren von Geschlecht zu Geschlecht und nicht, wie die Fabrikherren oft genug, wechseln.“

„Daß diese Frage des ländlichen Proletariats existiert, wird nur die Unkenntniß läugnen. Daß sie, wenn einmal die Arbeiterfrage in Form der Staatshilfe offiziell zur legislatorischen Erörterung und Entscheidung kommt, rasch genug sich herandrängen wird und in nicht grad freundlicher Gestalt, ist so zweifellos, wie, daß sie bisher sich nicht so geltend gemacht hat, erklärlich ist. Die soziale Frage ist zuerst gestellt von Gelehrten und Denkern, denen die ländlichen Verhältnisse fernere lagen; sie ist aufgenommen von städtischen Arbeitern, die in städtischer Luft geistig unabhängiger, im Zusammenleben mit den dicht gedrängten Arbeitermassen kühner und selbstbewusster auftraten; sie wird jetzt geführt von den Leitern und Angehörigen der Arbeiterkreise, die Beschäftigung und Interesse zusammengeführt und die allerdings mit der Noth und den Nothen, die ihnen zunächst liegen, hinlänglich zu schaffen haben, um die Arbeiterfrage, wie sie sich ihnen ausdrückt, nicht auch noch auf die zu erweitern, deren Lage sie wenig kennen und deren zusammenhangslose Existenz sie bisher noch nicht zu weithin sichtbaren und fühlbaren Korporationen hat gelangen lassen. Aber erklärlich wie das Alles ist, wir wiederholen: die Frage der Staatshilfe schlägt die ländlichen Arbeiter eld, und wer jene loyal behandeln will, hat dieser zu gebieten.“

Gegen den ersten Satz muß ich allerdings Verwahrung einlegen. Die Frage der Lage des ländlichen Proletariats ist erörtert worden, ich erinnere an Basel! Sie ist dort sehr ernst, vielleicht zu ernst erörtert worden. Wir werden darüber weiter sprechen.

Es passiert nun freilich bei „Demokratischen Correspondenz“, daß sie das ländliche Proletariat genau in dem beschränkten Sinn auffaßt, wie das industrielle. Wie der Kleinhandwerker in seiner meist kümmerlichen Existenz für sie immer noch als „Meister“, als „Selbstständiger“ so eine Art „Unternehmer“ gilt, dessen Lage nichts zu wünschen übrig lasse, ebenso sieht sie im ländlichen Proletariat nur den Tagelöhner,

Heuerling und Hinterlassen, — letztere sind ihr aus Preußen zweifellos genau bekannt — mit ihrem ganzen Jammer und ihrer ganzen Noth.

Den kleinen Bauer, wie er in Mittel- und Süddeutschland meist seine elende Existenz hialebt, rechnet sie nicht hinzu, obgleich diese Klasse im wesentlichen auf derselben Stufe, wie die vorher erwähnten Kategorien steht, und durch den Großgrundbesitz, ähnlich wie der Kleingewerbetreibende durch den Großindustriellen, mehr und mehr herabgedrückt wird, bis schließlich Räumung seines Ackerlandes und Eintritt als Tagelöhner bei dem Großgrundbesitzer oder Eintritt in die Fabrik als Lohnarbeiter ihn auf der untersten Stufe unserer sozialen Stufenleiter ankommen läßt.

Wie kommt das? Bei uns in Deutschland, wenigstens in den meisten Gegenden, ist nicht wie in England die Vererbung und damit die Zersplitterung des Grund und Bodens gehindert. In den meisten deutschen Ländern hat man die Beschränkungen des Erbrechts und Theilkaufs aufgehoben; in Sachsen, wo in dieser Beziehung noch eine Beschränkung in Bezug auf den Theilkauf oder Verkauf herrscht, hat die zweite Kammer kürzlich den Versuch gemacht, diese Beschränkungen zu beseitigen. Die Folge solcher Einrichtungen ist, daß der Grund und Boden in sehr viele Stücke zersplittert wird. Jeder möchte sein Bißchen Eigenthum haben, auf dem er das zur Befriedigung seiner Bedürfnisse Nothwendigste erbauen kann. Das geht aber nur bis zu einer gewissen Grenze. Wird das einzelne Besitzthum immer kleiner, dann reicht es schließlich nicht mehr aus, den Besitzer zu ernähren. Dieser will sich aber nicht bloß die nöthigsten Bodenerzeugnisse verschaffen, sondern es soll aus dem Ertrage noch ein Ueberschuß erzielt werden, den er verkaufen, mit dem er seine Steuern, etwa die Zinsen einer kleinen Schuld, Kleidung und sonstige Bedürfnisse bestreiten kann. Da ein wesentlicher Hebel für reichlicheren Ertrag des Bodens eine ordentliche Düngung ist, so muß er auch den nöthigen Dünger beschaffen. Um Vieh zu halten reicht sein Feld nicht, den Dünger zu kaufen fehlen ihm die Mittel, die natürliche Folge ist Verminderung des Ertrags. Der kleine Mann ist in Verzweiflung, er sieht sich nach Hilfe um. Da erscheint wie ein rettender Engel ein schlauer Unternehmer. Dieser hat bemerkt, daß das arme Volk in größter Noth lebt, er sieht, daß die Bestellung des Ackerchens ihm viel Zeit übrig läßt, als Mann mit einer „natürlichen kaufmännischen Ader“ hat er schnell berechnet, daß er diese freie Zeit gegen schlechten Lohn gut ausnützen könne.

Er errichtet irgend eine Manufaktur (Leinweberei, Baumwollenweberei, Strumpfwirkerie u. dgl.). Das arme Volk greift zu, es berechnet, wenn es neben dem Ertrag des Ackerchens noch Einiges durch Lohnarbeit verdiene, es seine Existenz schon fristen könne. Ein Hundelohn wird ihm geboten. Allein auch dieser sinkt sehr bald, erstens weil die Zahl der Arbeiter immer größer wird und sie sich Konkurrenz machen, zweitens, weil der Unternehmer erklärt, er könne für dasselbe Stück den alten Lohn nicht mehr zahlen, indem die Konkurrenz der Maschinen ihn zwingt, seine Waare billiger zu verkaufen. Der kleine Bauer rechnet, daß er bei dem geringen Lohn nur mehr heraus schlagen

Bibliothek
der Nationalbibliothek

Töme, wenn er länger arbeite; wenn er aber länger arbeiten will, bleibt ihm keine Zeit, den Acker zu bestellen. Er verkauft ihn, natürlich für geringen Preis. An wen? An einen größeren Besitzer, an einen Kapitalisten. Der hat gesehen, daß wenn die kleinen Bauern aufhören müssen mit dem Acker und industrielle Arbeiter werden, sie doch leben müssen. Er findet in den ehemaligen kleinen Bauern, jetzt industriellen Arbeitern, seine nächsten und besten Kunden. Er kauft ein Stückchen Land nach dem andern, so weit er kaufen kann. Mit jedem Kauf hört ein kleiner Bauer auf, ein Konkurrent verschwindet, ein Konsument für ihn entsteht. Da er einen anständigen Länderkomplex hat, begreift er, daß dieselben durch Tagelöhner zu bebauen ihm zu theuer kommt, er macht's daher wie der Industrielle: er legt sich Maschinen zu. Ein tüchtiger, mit den nöthigen technischen Kenntnissen versehener Verwalter ist auch zur Hand. So betreibt er den Ackerbau im Großen, rationell nach jeder Richtung und erhält einen verhältnißmäßig weit höheren Ertrag als die früheren Besitzer mit aller Noth und Mühe herauszuschinden konnten. Zudem, er möchte den Ertrag auch verkaufen, und zwar gut verkaufen, mit möglichst viel Profit verkaufen. Die expropriirten früheren Eigenthümer müssen zwar von ihm ihren Bedarf an Feldfrüchten entnehmen, allein wenn er ein weiteres Absatzgebiet hätte, könnte er die Preise höher stellen. Ist eine Eisenbahn in der Nähe, dann ist geholfen, er schafft seine Erträge fort nach der nächsten Stadt, den großen Centren der Industrie und des Handels, oder gar nach fremden Ländern. Billiger wird dadurch der Preis der Bodenprodukte für die eigene heimatliche Bevölkerung natürlich nicht. Hat er und seine Mitgenossen keine Bahn, die ihre Produkte fortzuschafft und ihnen sie höher verwerthen hilft, ist auch kein Unternehmer oder ein Konsortium derselben dazu bereit, eine solche zu bauen, weil sie zu wenig rentirt, dann wendet er sich mit seinen Kumpanen an den Staat. Die Wichtigkeit der Gegend für Handel und Verkehr wird in den rosigsten Farben geschildert, darauf hingewiesen, daß man da und dort auch schon eine Bahn aus Staatsmitteln gebaut, sie rentire zwar nicht, aber was dem Staat recht ist, ist dem Ackerbau billig. Der Minister überlegt sich, daß er die Bahn aus seinen Mitteln ja nicht baue, daß es aber für die Regierung, d. h. für ihn von Nutzen sei, die Stimme des Abgeordneten in dem betreffenden Kreise, der vielleicht gar der oben geschilderte Grundbesitzer selbst ist zu bekommen; daß bei der säkularisirenden Majorität in der Kammer dies aber für ihn wichtig sei. Gedacht, gethan! Das Projekt wird entworfen und der Kammer vorgelegt. Einzelne, namentlich die Vertreter der schon auf eigene Füße gestellten Städte und größeren Industriebezirke weigern sich und mäkeln, allein es sind schon so Viele in der Kammer, denen der Minister auf ähnliche Weise geholfen, die also ein sehr erklärliches Gefühl der Dankbarkeit gegen ihn haben, andere, die in ähnlicher Weise hoffen, geholfen zu bekommen und ihre Dankbarkeit schon im Voraus zu erkennen geben wollen, daß diese mit einigen in die Kammer glücklich hineingebrachten Bureauraten und großen Geldmännern, die schon wissen wofür sie es thun, dem Projekt die Majorität sichern. Die Bahn wird gebaut und damit bricht für unsern Großgrundbesitzer eine neue Aera an. Bisher hat er wesentlich nur Körner- und

Hilfsfrüchte gebaut und verkauft. Er rechnet aber und findet, daß es weit praktischer und profitlicher sei, wenn er einen Theil des Ackerslandes noch in Weizenbau- und Futterfrüchte-Kultur umwandle und sich mehr auf die Viehzucht lege.

Er findet, daß ihm dies weniger Mühe macht, weniger Betriebsmittel kostet und doch höheren Nutzen abwirft.

Er hat bisher zwar auch Viehstand gehabt; aber da er der mangelnden Verbindung wegen das Vieh nicht nach auswärts verkaufen konnte, die in der Gegend wohnende Bevölkerung, so weit sie als Konsument nicht nur, sondern auch als Käufer auftritt, nicht in Betracht kam, weil das arme Volk zu wenig Fleisch essen, d. h. nicht bezahlen kann, so hat er diese Seite der Wirtschaft wenig betrieben, höchstens nur insoweit, als sie ihm Dünger zu seinen Aedern lieferte, und die Abfälle in der Wirtschaft nützlich verbrauchen half. Jetzt ist das anders geworden. Er hat die Bahn, er kann sein Vieh für gute Preise anbringen, ergo ist die Viehzucht seine Hauptstärke. Schafe, Schweine und Rindvieh werden gezüchtet, da neben dem Fleisch Wolle, Borsten und Häute in guten Preisen stehen und für die Industrie stark gebraucht werden. Mit dem stets wachsenden Reichthum, den er durch diesen Handel einschließt, wird sein Vieh nach noch mehr Besitz natürlich erhöht.

Die kleinen Schlucker sind nach und nach verschwunden, jetzt nehmen die Stelle der früheren Kleinen die ehemaligen Mittellente ein. Sie haben zwar etwas mehr Land, sie können es aber den neuen Anforderungen gemäß nicht bewirtschaften und es weist deshalb weniger ab. An Maschinen, wie sie der große Nachbar hat, dürfen sie nicht denken, erstens weil sie viel Geld kosten und sie wenig haben, zweitens weil sie die Maschinen aus ihrem kleinen Besitz nicht ausnutzen können. Davon also müssen sie absehen. Sie wollen indeß wenigstens verbesserte Düngereinrichtungen und dergleichen schaffen, um einigermaßen wenigstens etwas mehr aus ihrem Besitze herauszuschlagen. Solche Einrichtungen kosten zwar Geld, das haben sie aber nicht, sie bergen dieses also. Da aber die Industrie riesenhafte Summen beständig absorbiert, die Aktien-Unternehmungen dem Kapitalisten einen Profit noch über den Zins meist einbringen, der Staat endlich für Militär und andere Zwecke unausgesetzt pumpt, und um Geld zu bekommen, die günstigsten Bedingungen auf Kosten des Volks stellt, so wird das Geld theuer. Der Bauer muß hohe Prozente zahlen, weit höhere, als sie sein Besitztum abwirft; er muß sich überarbeiten, um seinen höheren Zins zahlen zu können. Ist sein Geld so groß, daß er noch fremder Hilfe bedarf, um es bewirtschaften zu können, so muß er die Arbeitskraft verhältnißmäßig theuer bezahlen. So niedrig der Lohn auch steht in der Industrie, ist ihn, den kleinen Ackerbürger, ist er hoch; die Lebensmittel aber, die er nach landesüblicher Sitte geben muß, fallen für ihn um so höher in's Gewicht, als er sie ohne fremde Arbeitskraft verkaufen und somit höher verwerthen könnte.

So führt unser früher sich leidlich fühlender Bauer eine ärmliche Existenz, arbeiten muß er vom frühen Morgen bis zum späten Abend; und tritt nun gar der Fall ein, daß ihm sein kleines Capital gelündigt wird, durch eine Mißernte der erhoffte Ertrag ausbleibt, dann ist er ruiniert. Sein Gutchen muß er verkaufen, oder es wird subhastirt. Für

den landhungrigen, großen Nachbar ist der Moment gekommen, wo er seinen Appetit stillen kann — bis ein neues Opfer sich darbietet. Die meisten unserer ländlichen Auswanderer gehören der eben geschilderten Klasse an. Sie sehen ein, daß sie auf die Länge sich vor dem Untergang nicht retten können, da verkaufen sie ihr Wischen Habe, zahlen ihre Schulden, mit dem Rest suchen sie eine neue Heimath, was für die meisten freilich ein Wandern aus dem Regen unter die Trause ist.

Daß unsere politischen Zustände: hohe Steuerlast, Militärwesen u. sehr wesentlich die Lage des kleinen Bauern wie die Lage des Volks überhaupt verschlimmern, liegt auf der Hand.

Trifft der Fall ein, daß ein solches kleines Gut durch Erbschaft noch mehr zerstückelt wird, dann wird der Untergang noch beschleunigt. Wollte man es aber durch Zwangsgefesse zusammenhalten, so würde auch das nichts helfen: der Uebernehmer des Guts müßte die übrigen Erben durch Geld abfinden, er bekäme eine Schuldenlast an den Hals, die ihn nur um so schneller ruinirte.

Wir sehen also, wie den Bauernstand dieselben Ursachen zu Grunde richten, welche die Existenz des Kleinbürgers vernichten.

Sollen wir den Bauern untergehen lassen? Er ist ein Mensch so gut wie andere, er hat das Recht auf Existenz so gut wie der Größte und Reichste, und er hat das Recht so gut wie wir, von der Gesellschaft zu verlangen, daß Einrichtungen, die er nicht geschaffen, an denen er nicht Schuld, die ihm aber seine Existenz kosten, beseitigt, und solche geschaffen werden, die ihm und jedem Nothleidenden eine menschenwürdige Existenz, mit andern Worten: die Theilnahme an den Gütern dieser Erde sichern, die reichlich genug sind, um Jedem glücklich und zufrieden zu machen.

Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben,
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.
Es wächst hienieden Brod genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrthen, Schönheit und Lust
Und Zuckererbsen nicht minder.
Ja, Zuckererbsen für Jedermann,
Sobald die Schoten plagen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spagen. —

Sind aber unsere kleinen Bauern und Tagelöhner durch dieselben Ursachen wie der industrielle Proletarier in ihre heutige Lage gekommen, dann ergiebt sich von selbst, daß auch der Weg zur Hebung ihrer Lage derselbe sein muß. Ich habe schon bei Behandlung der Lage der industriellen Arbeiter angedeutet, wie der Staat mit seinen Domänen und den ihm durch Konfiskation oder Expropriation etwa zufallenden Fideikommissen, Kirchengütern, Schatullgütern u. s. w. in der Lage sei, die bäuerliche Assoziation (Agrikulturgenossenschaft) für Bebauung des Grund und Bodens einzurichten. Diese hätten natürlich in derselben Weise wie der heutige große Grundbesitz mit Maschinen u. den Boden zu bearbeiten und den Ertrag unter sich zu theilen nach Maßgabe der Leistung.

Weiter müßte der Staat gesetzlich die Zusammenfassung der kleinen Güter und deren gemeinsame Bebauung anordnen. Die Großgrundbesitzer würden entweder durch Entziehung der Arbeitskräfte in Folge der angedeuteten Maßregeln ganz von selbst genöthigt werden, ihre Güter an den Staat zu gesellschaftlicher Bewirtschaftung abzutreten, oder der Staat müßte dieselben expropriiren (des Eigenthums entledigen). Das Recht der Expropriation hat sich auch der heutige Staat gewahrt. Gilt es eine Chaussee, eine Eisenbahn anzulegen, dann hat er das Recht, gegen den Willen des Besitzers das betreffende Grundstück nach Abschätzung seines Werthes und Auszahlung desselben, zu expropriiren. Der heutige Staat thut dies im „Interesse der Gesamtheit“, wie er sagt, oft genug geschieht es indeß im „Interesse weniger Besitzenden“. Die Expropriation durch den Volksstaat geschähe aber zweifellos im Interesse und mit Zustimmung der ungeheuren Volksmehrheit, hätte also ihre volle Berechtigung in sich.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die hier angeführten Maßregeln die einzig möglichen für die Hebung der Nothlage der bäuerlichen Bevölkerung sind. Sie sind zugleich, weil auf weit einfacheren Verhältnissen beruhend, leichter durchzuführen, als die genossenschaftliche Organisation des industriellen Theils der Gesellschaft. Ueber die Organisation dieser ländlichen Genossenschaften, ob dieselben nach Gemeinden organisiert oder innerhalb der einzelnen Gemeinden in mehrere Genossenschaften zu theilen wären, über Größe des Grundbesitzes und so weiter hätte die Gesetzgebung zu bestimmen. Die für eine solche Organisation notwendige Fachbildung hätte hier eben so gut wie bei den industriellen Organisationen der Staat in entsprechenden Lehranstalten, die allen Theilnehmern zugänglich sein müssen, zu gewähren.

Was hat denn nun der so arg angefochtene Baseler Kongreß in dieser Frage beschlossen?

„Der Kongreß erklärt, daß die Gesellschaft das Recht besitzt, das Privateigenthum an Grund und Boden abzuschaffen und in gemeinsames Eigenthum umzuwandeln;

„Er erklärt ferner, daß diese Umwandlung eine Nothwendigkeit ist.“

Dieser Beschluß hat große Sensation erregt, Viele erschreckt. Sehr erklärlich. Einen Beschluß über eine Frage fassen, die bisher für weitere Kreise noch gar nicht erörtert wurde, als eine „brennende“ Frage für manche Länder nicht einmal gelten kann, und diesen Beschluß in schroffer Form ohne alle und jede Motivirung in die Welt hinauswerfen, mußte diese Wirkung haben.

Hätte der Kongreß, statt des citirten Wortlauts, den Antrag des Generalkonraths, wie er von Eccarins gestellt wurde, der einfache Bestätigung des Brüsseler Beschlusses verlangte, angenommen: die Beschlüßfassung wäre mit größerer Seelenruhe hingenommen worden. Die Menschen sind einmal so; giebt man ihnen die in ihren vorurtheilsvollen Augen schlimmste Sache in angenehmer Form zum Vorkommen, sie verziehen höchstens die Miene, würgen aber im Uebrigen den Bissen hinunter. Giebt man ihnen aber die Speise grobkörnig zugerichtet, versalzen gar mit einer Ohrfeige, dann bäumen sie sich auf und sind entrißet über das, was man ihnen zumuthet.

Wie lautet nun der Eccarins'sche Antrag?

„In Erwägung, daß die Erfordernisse der Produktion und die Anwendung der bekannten Gesetze der Agronomie (Landbaukunde) den Großackerbau erheischen und die Einführung von Maschinenarbeit und die Organisation ländlicher Arbeitskraft nothwendig machen, und daß im Allgemeinen die moderne ökonomische Entwicklung dem Großackerbau zustrebt;

„In Erwägung, daß demgemäß die ländliche (Ackerbau-) Arbeit und das Landeigentum auf denselben Fuß gesetzt werden muß, wie die Bergwerke (die ein früherer Beschluß für Gemeindegüter erklärt);

„In Erwägung, daß die produktiven Eigenschaften des Bodens das Urmaterial aller Produkte bilden, die Urquelle aller Produktionsmittel und aller brauchbaren Dinge, die keine Arbeit erheischen;

„Ist der Kongreß der Meinung, daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Nothwendigkeit machen wird, das Ackerland in gemeinschaftliches gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln und den Boden von Staatswegen an Ackerbau-gesellschaften (Genossenschaften) zu verpachten, unter ähnlichen Bedingungen wie die Bergwerke und Eisenbahnen.“

Das ist der Sache nach genau dasselbe, wie der auf dem Baseler Kongreß angenommene Antrag, er ist nur in der Form anders, sagt warum es so sein soll und wie es sein soll; das leuchtet denn auch den weiniger Eingeweihten ein.

Ueber die Art, wie der Beschluß ausgeführt werden soll, hat sich der Kongreß vorläufig nicht ausgesprochen; es liegt aber auf der Hand, daß die Ausführung sich nach den jeweiligen Verhältnissen der einzelnen Länder zu richten hat. In England liegen die Dinge anders als in Frankreich, in Frankreich anders als in Deutschland. In der Sache sind die Dinge überall die gleichen; die Masse, sie leidet in England wie in Frankreich, in Belgien wie in Deutschland Noth. Die Formen, durch welche die Noth drückt, sind nach dem spezifischen, historischen Entwicklungsgange der einzelnen Länder verschieden, und diesen verschiedenen bestehenden Formen gemäß hat auch die Form der Aenderung sich anzupassen. Eine Expropriation der gesamten Grundeigentümer in England mit einem Federzug würde mit verhältnismäßiger Veldtigkeit gegenüber einem ähnlichen Vorgehen in Deutschland möglich sein. In England bestehen, durch einen historischen Entwicklungsgang, den hier weiter auszuführen mich zu weit führen würde, nicht viel über 35.000 Grundeigentümer. 35.000 Besitzer, die Familie zu 4 Köpfen berechnet, 140.000 Menschen sind es, die den Grund und Boden eines Landes im Besitz haben und dessen Ertrag genießen, auf dem 30 Millionen Menschen leben. Das Land ist bewirtschaftet mit den vervollkommensten Einrichtungen durch große Pächter, die eine leidliche Mittelstufe einnehmen; die ganze übrige bäuerliche Bevölkerung befindet sich in der grauenhaftesten Lage.

Gewalthätigkeiten und Verbrechen, wie sie die englische Geschichte — ich erinnere an die Behandlung von Irland, an die gewalthätige Ausbeutung der Kolonien — vielfach aufweist, haben die ländliche Bevölkerung auf eine entsetzliche Stufe moralischer und physischer Verkommenheit gebracht. Eine gewaltsame Expropriation dieser Landlords wäre eine

Sühne für die Menschheit, ein Akt, der sich zwar an Umfang dem der französischen Revolution von 1789 nicht an die Seite stellen könnte, an innerer Berechtigung ihm mindestens gleich stände.

Anders als in England liegen die Dinge in Frankreich. In Frankreich hat die durch die Revolution von 1789 an die Herrschaft gelangte Bourgeoisie das Expropriationsgeschäft an adeligen und geistlichen Gütern im großartigsten Maßstab ins Werk gesetzt. Der gesammte Grund und Boden wurde theils gratis, theils zu wahren Schleuderpreisen an die Bauern, die früheren Leibeigenen und Hörigen des Adels und der Geistlichkeit, vertheilt. Durch die Gesetzgebung wurde zugleich die Assimilierung (Zusammenlegung) größerer Grundbesitze verhütet. Die Herrschaft des Feudaladels und der Geistlichkeit hatte der Bourgeoisie einen so heilsamen Schocken und Abscheu eingeößt, daß sie die Wiederkehr ähnlicher Zustände auf jede Art zu verhindern suchte. Während in England also eine sehr kleine Zahl von Großgrundbesitzern herrscht, giebt es in Frankreich umgekehrt eine sehr große Zahl kleiner Eigenthümer. Diese leiden aber in ihrer Vereinzeltung wesentlich an demselben Gebrechen, wie der kleine Bauer bei uns. In welcher Lage sich der Bauernstand in Frankreich befindet, das wird am besten bewiesen durch den Ausspruch einer offiziellen Person, den ich der Schrift von Freund Ecarius „Eines Arbeiters Widerlegung der national-ökonomischen Lehren John Stuart Mill's“ entnehme. Herr de Beance sagte 1866 in der französischen Deputirtenkammer: „Nach dem Census von 1851 betragen die Hypothekenschulden, welche auf dem Grundbesitz lasteten, zehntausend Millionen Francs. Die Sache hat sich seitdem bedeutend verschlimmert, aber alle Versuche, die Regierung zu bewegen, die Berichte von 1861 zu veröffentlichen, sind bisher gescheitert. Viele, die ihre Güter gern verkaufen möchten, können keine Käufer finden. Werden dagegen größere Güter, hauptsächlich in der Nachbarschaft von Städten, in kleine Stücke vertheilt, so wird jedes zu einem hohen Preise verkauft. Um einen kleinen Streifen Land zu kaufen, borgen die Leute häufig doppelt so viel, als sie selbst besitzen, in der Absicht, die Schuld nach und nach abzuführen. Diese Verkäufe im Kleinen führen zu neuen Hypotheken. Von den 7,846,000 Grundbesitzern in Frankreich ist nicht weniger als 3,600,000 von den Gemeinderäthen attestirt worden, daß sie sich in einem solchen Zustande der Dilettanz befinden, daß sie keine persönlichen Steuern bezahlen können.“ Diese Zahlen sprechen Bände. — Dasselbe giebt an, daß nach einer statistischen Aufstellung (1861) in Frankreich 346000 ländliche Wohnungen gar keine Fenster, sondern nur eine Thür hatten; 1,817,838 ländliche Wohnungen nur ein Fenster und eine Thür hatten. Das sind 2,163,828 Wohnungen mit circa 10 Millionen Menschen, die sich im höchsten Elend befinden. Und doch ist Frankreich uns um 30 Jahre in der „Freiheit der Arbeit“ voraus, steigt ja auch dort der „Nationalreichthum“ von Jahr zu Jahr!

Die Lösung der Frage in Frankreich müßte also ganz ähnlich wie in Deutschland, wo wir weder das englische noch französische Grundbesitzsystem, sondern ein gemischtes System haben, in Angriff genommen werden.

Die französischen Deputirten enthielten sich in Basel der Abstimmung aus zwei Gründen. Erstens war ein Theil nicht dem Gesellschaftsgegen-

thum, sondern dem Individualismus, wie ihn Bronckson gelehrt, der allen Besitz, beweglichen und unbeweglichen, zerschlagen und Einzelexistenzen zugewiesen haben will, zugeneigt; andern Theils fürchteten die Franzosen, die Bauern durch diesen Beschluß zu erschrecken und sie in das reaktionäre Fahrwasser zu treiben, was bei einer bevorstehenden revolutionären Bewegung in Frankreich von sehr nachtheiligem Einfluß sein könnte.

Und dieser letztere Umstand ist es auch, der die Frage für Deutschland vorsichtig anzufassen erheischt. Der Bauer ist in seinen Ansichten sehr befangen, in seinen Eigenthumbegriffen verbohrt. Abgeschlossen vom großen regen Verkehr, in seiner Vereinzelung dahinglebend, treten neue Ideen selten an ihn heran, zugänglich ist er ihnen noch weit schwerer. Wenig lesend und jedenfalls nicht das, was er sollte, ohne lebendigen Ideenaustausch, der nur durch dichtes Zusammenleben befördert wird, dabei durch den früher auf ihm lastenden Druck im höchsten Grade mißtrauisch gemacht, ist er ganz der Mensch, der mit Leichtigkeit gegen eine Idee, wie die oben ausgeführte, feindselig fanatisirt werden könnte. Eine genossenschaftliche Bebauung des Grund und Bodens ist unsern Bauern ein böhmisches Dorf. Unter solchen Umständen zu operiren, ist allerdings keine leichte Sache. Und doch ist es notwendig, soll der Bauernstand nicht von einer vom industriellen Proletariat ausgehenden Bewegung überrascht, kopfschütteln und dadurch zu ihrem Gegner aufgestachelt werden, — daß auch er in die Bewegung hineingezogen, daß auch ihm nicht allein eine neue Idee (denn für die allein schlägt er sich nicht), sondern auch sein eigenes Interesse klar gemacht, und aus einem Gegner ein Bundesgenosse gewonnen wird. Ueber das „Wie?“ läßt sich streiten und viel sprechen, und es wird gut sein, wenn Jeder, der den Weg zu haben denkt, ihn vorschlägt.

Nothwendig ist, daß wir, die industrielle Arbeiterklasse, uns zunächst vollständig klar werden über die Agrikulturfrage. Sind wir dies, dann müssen wir, so oft wir Gelegenheit haben in Versammlungen bäuerliche Elemente zu sehen, zu diesen über ihre eigenen Verhältnisse sprechen. Die Städte müssen die Agitation hinausbringen in die nächsten Dörfer und so den Anfang machen.

Doch ich komme von der eigentlichen Sache ab. Ich wollte nur die Stellung, die wir meines Erachtens zu den Agrikulturarbeiten einnehmen müssen, darlegen. Ich habe dies, glaube ich, hinlänglich gethan. In der Sache haben wir mit den Baseler Beschlüssen, in einfacher Konsequenz unserer Stellung in der Frage der Besserstellung des industriellen Proletariats uns einverstanden zu erklären. Die Form hat eine andere, unseren Verhältnissen angepaßte zu sein.

„Da haben wir ja die Bescheerung!“ höre ich die „Demokratische Correspondenz“ rufen; „da kommt der „kommunistische“ Wiederfuß zum Vorschein. Vor ein paar Monaten nimmt man in Eisenach ein Programm an und jetzt tritt man es mit Füßen.“ Gemach! gemacht!

Wie lautet denn das Eisenacher Programm? Das ganze abzudrucken ist nicht nöthig. Im Punkt II-Linea 3 heißt es:

„Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form und es erstrebt deshalb die sozial-demokratische

Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.“

Das ist genau das, was ich oben durchgelehrt. Kann mir Jemand einen andern Weg, ein anderes Mittel für die Befreiung des Arbeiters in seiner ökonomischen Abhängigkeit vom Kapitalisten angeben: herans damit, ich bin begierig, es zu hören. Weiß Jemand in anderer Form „den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter“ zu erzielen: er trete auf; wir werden seine Vorschläge mit Spannung anhören und sie prüfen.

Kommt aber die „Demokratische Correspondenz“ und sagt, das Eisenacher Programm sei also ihr unbezweifeltes „kommunistisches“, das habe man zum Glück noch nicht anerkannt; dann antworte ich, daß Satz 3 des Eisenacher Programms conform ist dem § 2 des Nürnberger Programms, welcher lautet:

„Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.“

Hier ist also klar und scharf ausgesprochen, daß der ausschließliche Besitz der Arbeitsinstrumente in den Händen Einzelner aufhören muß, wenn der Arbeiter frei werden soll. Ob diese Arbeitsinstrumente in Maschinen und Werkzeugen und sonstigem Material, oder in Grund und Boden bestehen, ist gleich.

Der Wortlaut des Punkt II-Linea 3 des Eisenacher Programms und der Sinn des § 2 II des Nürnberger Programms stimmen also genau überein.

Zwei Wege giebt es nur, unser Ziel zu erreichen. Der eine ist, nach Herstellung des demokratischen Staates die allmähliche Verdrängung der Privatunternehmer durch die Gesetzgebung. Dieser Weg würde eingeschlagen werden, wenn die beteiligten Kreise, gegen welche die sozialistische Bewegung gerichtet ist, bei Zeiten zur Einsicht gelangten und auf dem Wege des Kompromisses ihren Untergang als exploitirte Klasse und ihren Uebergang als Gleiche in die Gesamtheit zu bewerkstelligen suchten. Der andere entschieden kürzere, aber auch gewaltthätigere Weg wäre die gewaltthätige Expropriation, die Beseitigung der Privatunternehmer mit einem Schlage, einerlei durch welche Mittel. Darnach hängt also der Ausgang der Krise von der Kapitalistenklasse selbst ab, der Charakter der Krise wird bestimmt durch die Art, wie sie die in ihren Händen befindlichen Machtmittel anwendet. Läßt sie es auf die physische Gewalt ankommen — auf wessen Seite bei diesem Messen der physischen Kräfte endlich der Sieg fallen wird, darüber ist kein Zweifel. Die Masse ist auf der Seite des arbeitenden Volkes, das sittliche Recht auch. Nur die nöthige Einsicht in die Masse gebracht und der Kampf ist entschieden.

Man entsehe sich nur nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt, zeterne nicht über Unterdrückung berechtigter Existenzen, gewaltthätige Expropriation und dergleichen. Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel erst durch gewaltthätigen Kampf ihrer Vertreter mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangten und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Ver-

gangenheit so tödlich als möglich zu treffen suchten. Ich erinnere wiederholt an 1789, bis zu einem gewissen Grad an 1830 bezüglich Frankreichs; an 1848 für Deutschland, wo das Bürgerthum den Kampf ebenfalls ausnahm, aber durch den Mangel an revolutionärer Energie am deutlichsten seine geistige Impotenz (Ohnmacht) als Klasse darthat, auf halbem Wege stehen blieb und durch das Schiboleth des Konstitutionalismus mit den Resten des Feudalismus und dem Königthum Frieden schloß. Wären die Arbeiter damals in ihrer Zahl die von heute gewesen, der politische Kampf wäre entschieden, für den sozialen wäre die Bahn frei.

So sehen wir also in den verschiedenen Geschichtsperioden, wie die Gewalt ihre Rolle spielt, und nicht mit Unrecht ruft da wohl Karl Marx aus, in seinem Buch „Das Kapital“, wo er den Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktion schildert: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz.“

Ich empfehle der „Demokratischen Correspondenz“ das eben angezogene Werk zum Studium, nicht minder empfehle ich ihr die Schriften desselben Verfassers, als: „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, erschienen bei F. Duncker in Berlin 1859, „Der 18. Brumaire des Louis Napoleon Bonaparte“, erschienen 1852, 2. Auflage 1870; ferner „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ von Friedrich Engels, Leipzig 1844, die bereits zitierte Schrift von Cécarius und die Schriften des so viel verkletzten Lassalle, dem ich einstmal auch bitter Unrecht gethan.

Die „Demokratische Correspondenz“ hat selber eingestanden, daß sie die Frage nicht verstehe; nun, sie weiß aus eigener Erfahrung auf andern Gebieten, daß man weit besser über eine Sache urtheilen kann, wenn man sie kennt. Die oben zitierten Schriften liefern dafür das beste Material, noch mehr Quellen finden sich in denselben angezogen. — Ich bin zu Ende.

Eins aber drängt sich nach dieser Polemik mir unwillkürlich auf, das ich nicht verschweigen kann. Wenn ein Blatt, wie die „Demokratische Correspondenz“, das in gewissem Sinne als leitendes Blatt der Volkspartei besteht, aus dem viele Parteigenossen erst ihre sozial-politische Wissen schöpfen, sein Nicht-Wissen in einer Frage offen bekennen, welche die breitenendste Frage der Welt ist: wie muß es da um das Wissen und Urtheil der Masse der Parteimitglieder bestellt sein? Ja, es sind Viele, die Herr! Herr! sagen, aber nicht wissen, was sie wollen.

Preisverzeichnis von Schriften sozial-politischen Inhalts

zu beziehen durch C. E. Seifert, Windmühlenstr. 23, Leipzig.

A. Schriften von J. Lassalle:

Nr.	Titel	Preis für	
		Arbeiter:	Buchhändlerpreis:
1.	Arbeiterprogramm	1 1/2	5
2.	Antwortschreiben	1	3
3.	Leipziger Rede	1	2
4.	Arbeiterlesebuch	2 1/2	5
5.	An die Arbeiter Berlins	1	2
6.	Die Feste, die Presse u.	1 1/2	5
7.	Bastiat-Schulze	7 1/2	1
8.	Honoldorfer Rede	2 1/2	5
9.	Ueber Verfassungswesen	1 1/2	3
10.	Was nun?	2	6
11.	Macht und Recht	1/2	2
12.	Die Wissenschaft und die Arbeiter.	1. Heft	2
13.	Criminalprozeß	2. "	5
14.	"	3. "	6
15.	Indirekte Steuern. (Prozeß.)	4. "	5
16.	Hochverrathprozeß	3	6
17.	Düsseldorfprozeß.	2	3
18.	Der Italienische Krieg	8	15
19.	Fichte's Philosophie. (Vergrißen.)	8	15
20.	Kranz v. Sickingen. Histor. Tragödie.	12 1/2	15
21.	System der erworbenen Rechte. 2 Bde.	5	5
22.	Herakleitos der Dunkle	7	10
23.	Wissenrede von 1849.	2 1/2	5
24.	Julian der Literaturhistoriker. (Vergrißen.)		
25.	Fichte's politisches Testament.	1	2

B. Schriften von verschiedenen Verfassern:

Nr. 26.	Bebel, A. , Unsere Ziele. Eine Streifschrift.			
27.	Borntau, C. , Die religiöse Frage und die Arbeiter	Lhr.	— 1 ¹ / ₂	— 2 ¹ / ₂
28.	Secarius, J. G. , Widerlegung Mill's	—	6	— 12
29.	Siehoff, W. , die Int. Arbeiterassoziation	—	6	— 12
30.	Engels, F. , die Lage der arbeitenden Klasse Englands.	—	20	— 20
31.	— der deutsche Bauernkrieg.			
32.	Gelenz, C. , Wer und was ist das Volk?	—	2	— 3
33.	Sirch, C. , die deutsche Arbeiterpartei.	—	2	— 4
34.	— die Organisation der deutschen Arbeiterpartei.	—	2 ¹ / ₂	— 5
35.	Rühl, A. , Offener Brief.	—	1	— 1
36.	Liebknecht, B. , Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie.	—	1	— 2
37.	— Was ich im „Reichstag“ jagte.	—	1 ¹ / ₂	— 2 ¹ / ₂
38.	Mary, K. , das Kapital.	2	6	3 10
39.	— der 18. Brumaire des Louis Bonaparte	—	12	— 15
40.	National-Oekonomisches. Zwei Vorträge von Diebgen.	à	— 1 ¹ / ₂	— 1
41.	Otto-Walster, A. , der Schutz des Arbeiters in der in internationalen Arbeiter-Gewerkschaftsgenossenschaft	—	1	— 1 ¹ / ₂
42.	Protokoll des Eisenacher Kongresses.	—	2	— 2 ¹ / ₂
43.	— des Stuttgarter Kongresses.			
44.	Mittinghausen, M. , sozial-demokratische Abhandlungen. 4. Heft: Ueber direkte Gesetzgebung.	—	2 ¹ / ₂	— 4
45.	Sozial-Demokratisches. Inhalt: 1. Jacoby's Rede. 2. Manifest an die Landarbeiter. 3. Erster Vortrag von Diebgen u.	—	2	— 2 ¹ / ₂
46.	Wetz, Zur Arbeiterfrage. Ein Vortrag.	—	1	— 1

Photographieren von Cassalle, Marx, Liebknecht u. à 1¹/₂ Sgr., in Folioformat à 5 und 10 Sgr.

Fotomechanischer Nachdruck

Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1969
Printed in the German Democratic Republic
Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1
Reproduktion und Druck: F. Ullmann KG, Zwickau
Bindarbeit: Föste, Lüddecke, Böhnisch & Co., Leipzig
ES 6 B 6 · 14,80

Rolf Dlubek / Ursula Herrmann

Nachwort zur
originalgetreuen Reproduktion
der Schrift

UNSERE ZIELE

von
AUGUST BEBEL

Dietz Verlag Berlin 1969

A30445

Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1969
Printed in the German Democratic Republic
Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1
Reproduktion und Druck: F. Ullmann KG, Zwickau
Bindearbeit: Föste, Lüddecke, Böhmisch & Co., Leipzig
ES 6 B 6

K 2173 FES 25. 4. 74

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die vorliegende originalgetreue Reproduktion macht eine längst zur bibliophilen Seltenheit gewordene Schrift jenes Mannes wieder zugänglich, der wie kein anderer als Schüler und Anhänger von Karl Marx und Friedrich Engels das Streben und Wirken der revolutionären deutschen Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts geprägt hat.¹ „Unsere Ziele“ ist die erste theoretische Arbeit August Bebels und somit ein höchst wertvolles Zeugnis seiner beginnenden Entwicklung zur hervorragenden marxistischen Führerpersönlichkeit. Als erste Programmschrift der 1869 in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat die kleine Broschüre zudem eine bedeutende Rolle in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gespielt. Sie trug dazu bei, Generationen von Arbeitern an den Marxismus heranzuführen und mit der historischen Mission ihrer Klasse sowie der Rolle ihrer revolutionären Partei vertraut zu machen.

In scharfer Auseinandersetzung mit kleinbürgerlichen Angriffen begründet August Bebel das große Ziel des proletarischen Klassenkampfes, die kapitalistische Ausbeutergesellschaft zu beseitigen und eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten, in der das Wohl des Volkes oberstes Gesetz ist, den Sozialismus. Er zeigt, daß dazu die Arbeiterklasse, von einer revolutionären Partei geleitet, den junkerlich-großbourgeoisien Militärstaat stürzen und die politische Macht erobern muß. Diese von August Bebel vor 100 Jahren umrissene Ziel-

stellung ist fest verwurzelt in der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, unter deren Führung die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen den ersten sozialistischen Staat deutscher Nation geschaffen hat. Sie wird mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik voll verwirklicht.

Die erneute Veröffentlichung von Bebel's Programmschrift ist um so zeitgemäßer, als heute in der Bundesrepublik rechte Führer der Sozialdemokratischen Partei im trauten Verein mit imperialistischen Ideologen Bebel's Namen schamlos mißbrauchen. Sie scheuen sich nicht, den leidenschaftlichen proletarischen Revolutionär als Ahnherrn ihres sogenannten demokratischen Sozialismus hinzustellen, welcher in Wahrheit die Ideologie und Politik der Unterordnung unter das staatsmonopolistische Herrschaftssystem Bonns und der Diversion gegen die DDR und andere sozialistische Länder ist. Schon die erste theoretische Arbeit Bebel's zeigt, wie haltlos und verlogen diese Bestrebungen sind.

Herausgegeben in jenem Jahr, da die Entstehung dieser sozialistischen Programmschrift zum 100. Male wiederkehrt und zugleich der erste sozialistische deutsche Staat seinen 20. Gründungstag begeht, ist die originalgetreue Reproduktion von „Unsere Ziele“ ein Beitrag dazu, das revolutionäre Vermächtnis des großen Führers der deutschen Arbeiterbewegung für die Gegenwart zu erschließen und zu nutzen.

I

August Bebel's Programmschrift „Unsere Ziele“ entstand Ende 1869 im Kampf um die Befreiung der fortgeschrittenen deutschen Arbeiter von allen bürgerlichen Einflüssen. Sie

entstand im Kampf um die Bildung einer selbständigen proletarischen Partei, welche der erste Schritt auf dem langen Weg der Arbeiterklasse zur politischen Macht und zum Sozialismus ist. Schon in den vierziger Jahren hatten Marx und Engels die wissenschaftliche Theorie des proletarischen Befreiungskampfes begründet. Mit dem Bund der Kommunisten hatten sie auch die erste, noch kleine revolutionäre Partei der deutschen und internationalen Arbeiterklasse geschaffen. Nach einer fast zehnjährigen Reaktionsperiode war Ende der sechziger Jahre das Ringen um die Verselbständigung der Arbeiterbewegung in eine neue Etappe getreten.²

Mit dem Kapitalismus erstarkte unaufhaltsam das Proletariat, entfaltete sich sein Klassenkampf. Vergeblich hatte die Reaktion gehofft, durch den Kölner Kommunistenprozeß von 1852 die politische Organisation und revolutionäre Ideologie der Arbeiterklasse für immer vernichtet zu haben. Im Jahre 1863 wurden in Deutschland erstmals wieder zentrale Arbeitervereinigungen gebildet. Das geschah freilich noch nicht auf marxistischer Grundlage; der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war zwar politisch selbständig, wurde aber durch die kleinbürgerlich-sozialistischen Ideen Ferdinand Lassalles zu einer Arbeitersekte, und im Verband Deutscher Arbeitervereine konnten sich zunächst bürgerliche Liberale und kleinbürgerliche Demokraten die Führung sichern. Doch es war töricht, wenn noch 1865 lassalleanische Führer großmäulig erklärten, die „Partei Marx“ bestehe aus ganzen drei Mann, Marx als ihrem Chef, Engels als ihrem Sekretär und Liebknecht als ihrem „Agenten“ in Deutschland.

Sehr bald erwies sich, daß das Vordringen des Marxismus weder durch den Terror der Reaktion noch durch die Demagogie bürgerlich-liberaler und opportunistischer Kräfte in der Arbeiterbewegung aufgehalten werden konnte. In politischen Aktionen für die demokratische Einigung Deutschlands und

in ökonomischen Kämpfen gegen die Bourgeoisie überzeugten sich immer mehr Arbeiter davon, daß nur die Politik von Marx, Engels und ihren Anhängern den Interessen des Proletariats entsprach. Sie lösten sich einerseits vom bürgerlichen Liberalismus und von der kleinbürgerlichen Demokratie und andererseits vom Lassalleanismus. Insbesondere durch die 1864 gegründete Internationale Arbeiterassoziation und durch den 1867 erschienenen ersten Band des „Kapitals“ gewannen Marx und Engels und ihre Lehren wachsenden Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung.³

Auf dem Eisenacher Kongreß im August 1869 schlossen sich die fortgeschrittenen Kräfte der deutschen Arbeiterklasse aus den verschiedensten Organisationen erneut zu einer revolutionären proletarischen Partei zusammen — die Mehrheit des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, die proletarische Opposition aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, politisch bewußte Mitglieder der Gewerkschaften und die Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation. Unter dem Banner der Internationale und unter dem direkten Einfluß von Marx und Engels entstanden, entwickelte sich die in Eisenach gebildete Sozialdemokratische Arbeiterpartei auf marxistischer Grundlage, wenn sie zunächst auch noch stark mit lassalleianischen und kleinbürgerlich-demokratischen Auffassungen behaftet war. Und in ihren Reihen vereinigte sie bereits etwa 10 000 Mitglieder aus allen Schichten des Proletariats und aus den verschiedensten Gebieten Deutschlands. Zum erstenmal entstand eine im nationalen Rahmen organisierte revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Das war ein Markstein in der gesamten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Eisenacher Partei, die das Erbe des Bundes der Kommunisten weiterführte, bildete das Fundament der revolutionären deutschen Sozialdemokratie, deren von den

Opportunisten und Revisionisten verratene marxistische Traditionen durch die Kommunistische Partei Deutschlands und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands bewahrt und fortgesetzt wurden.⁴

Neben Wilhelm Liebknecht kam keinem der Anhänger von Marx und Engels ein so bedeutender Anteil an der Schaffung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu wie August Bebel. Während Wilhelm Liebknecht seine Schule als proletarischer Revolutionär schon im Bund der Kommunisten und im engen Umgang mit Marx in der Londoner Emigration durchlaufen hatte, war der vierzehn Jahre jüngere August Bebel Repräsentant jener neuen Generation, die Anfang der sechziger Jahre in die Arbeiterbewegung eingetreten war. Zunächst in Vorstellungen des bürgerlichen Liberalismus befangen, hatte er sich, aus den Erfahrungen des Klassenkampfes lernend und von Wilhelm Liebknecht gefördert, in wenigen Jahren über einen radikal-demokratischen Arbeiterpolitiker zum Sozialisten entwickelt. Schon 1866 war Bebel der Internationalen Arbeiterassoziation beigetreten. Ihre marxistischen Prinzipien waren zur Richtschnur seines politischen Wirkens geworden. Unter Leitung Bebels hatte sich der Verband Deutscher Arbeitervereine, der ihn 1867 zum Präsidenten gewählt hatte, auf dem Nürnberger Vereinstag im September 1868 von der Bourgeoisie losgetrennt. Der Verband hatte sich der Internationale angeschlossen und ein Programm angenommen, das auf deren von Marx verfaßten Statuten beruhte.

In den anschließenden Auseinandersetzungen um den politischen Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung erwarb sich August Bebel so große Anerkennung, daß ihm die verantwortungsvolle Aufgabe übertragen wurde, das Programm und die Statuten für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu entwerfen. Auf dem

Eisenacher Kongreß hielt der 29jährige das Hauptreferat, worin er diese grundlegenden Dokumente der Partei erläuterte. Mit Recht konnte Friedrich Engels daher August Bebel zusammen mit Wilhelm Liebknecht als „Stifter der Partei“⁵ bezeichnen.

August Bebel bestimmte auch maßgeblich Denken und Handeln der revolutionären deutschen Sozialdemokratie.⁶ Als Organisator und als Politiker, als Theoretiker und als Agitator entfaltete er überragende Fähigkeiten. Er trug schon 1869/1870 zur Festigung der Grundlagen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei entscheidend bei. Dabei kam seiner ersten selbständigen Schrift eine hervorragende Rolle zu.

Da die Mitglieder der Eisenacher Partei aus den verschiedensten Richtungen der Arbeiterbewegung kamen, war es eine wichtige Aufgabe, die Ziele des proletarischen Klassenkampfes im einzelnen zu erläutern und zu begründen und dabei lassalleanische Ideen wie kleinbürgerlich-demokratische Auffassungen zurückzudrängen.⁷ Vordringlich war zunächst die endgültige ideologische Abgrenzung und vollständige organisatorische Trennung der Arbeiterpartei von der kleinbürgerlichen Demokratie, mit der die von Bebel und Liebknecht geführte Richtung der deutschen Arbeiterbewegung jahrelang eng verbunden gewesen war. Diese Notwendigkeit wurde deutlich, als der Basler Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation im September 1869 — einen Monat nach dem Eisenacher Gründungsparteitag — die Überführung von Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum als notwendig bezeichnet.⁸

Schon ein Jahr zuvor hatte zwar der internationale Kongreß in Brüssel gefordert, das Privateigentum an Grund und Boden, Bergwerken, Bodenschätzen usw. aufzuheben.⁹ Aber damals hatten die Gegner der Arbeiterbewegung in Deutschland darin noch keinen Grund zu großer Beunruhigung

gesehen: denn ein Beschluß der Internationale schien für Deutschland belanglos zu sein. Inzwischen verfügte die deutsche Arbeiterklasse über eine revolutionäre Partei, die sich in ihrem Programm ausdrücklich zum Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation erklärt hatte. Der Basler Beschluß wirkte daher in Deutschland, „als ob in die bürgerliche Gesellschaft eine Bombe gefallen wäre, die, zerplatzend, ringsum Tod und Verderben austreut und zugleich mit Blitzhelle furchtbare Schrecknisse dem Blicke erschließt, welche die Dunkelheit bisher verschleiert hatte“¹⁰. Konservative, Liberale und kleinbürgerliche Demokraten erhoben ein vielstimmiges Geschrei der Empörung.

Wie häufig in Zeiten zugespitzten Klassenkampfes, traten beim Angriff der Reaktion auf die revolutionäre Arbeiterpartei kleinbürgerliche Ideologen und Politiker als Stoßtrupp auf. Die Vertreter der Volkspartei in Süddeutschland zeterten am lautesten über den Basler Beschluß. Entsprechend ihrem kleinbürgerlichen Klassencharakter erschien es der Volkspartei geradezu als Frevel, das Privateigentum irgendwie anzutasten. Sie übersah dabei, wie bedeutungsvoll die Stellungnahme der Internationale zur Grund-und-Boden-Frage für den allgemein-demokratischen Kampf gegen das preußische Junkertum — das Hauptbollwerk der Reaktion in Deutschland — war, und erblickte in dem Beschluß nur eine Gefahr für ihren Anhang unter der Bauernschaft. Vor allem befürchteten aber die kleinbürgerlichen Kräfte, daß die Arbeiterbewegung nun völlig ihrem Einfluß entgleiten würde. Sie forderten von den Eisenachern, sie sollten sich von dem Basler Beschluß distanzieren, womit diese ihre sozialistischen Prinzipien preisgegeben hätten. Die Volkspartei drohte sogar, die württembergischen Arbeitervereine, die neben den sächsischen die Hauptstütze der Eisenacher waren, von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei abzusprengen.

In dieser Situation zeigten sich in der noch ungefestigten Eisenacher Partei Unsicherheit und Schwankungen. Wilhelm Liebknecht wollte eine Auseinandersetzung mit der kleinbürgerlichen Volkspartei vermeiden. Er hielt das teils im Interesse des gemeinsamen Kampfes mit dem demokratischen Kleinbürgertum gegen den preußischen Militarismus und die Politik Bismarcks für nötig, teils befürchtete er, die süddeutschen Arbeiter seien noch zu sehr in kleinbürgerlich-demokratischen Vorstellungen befangen, als daß sie schon jetzt für den Beschluß zur Grund-und-Boden-Frage gewonnen werden könnten. Dieses Zurückweichen machten sich die lassalleanischen Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins um Johann Baptist von Schweitzer zunutze. Sie verleumdete die Eisenacher als Ableger der kleinbürgerlichen Demokratie in der Arbeiterbewegung und wollten durch ein demagogisches Bekenntnis zu den Basler Beschlüssen ihre bismarckfreundliche Politik tarnen.

August Bebel bewies in dieser Lage seine revolutionäre Prinzipienfestigkeit. Ihm wurde klar, daß sich die Arbeiterpartei von allen nichtproletarischen Gruppierungen und Ideologien grundsätzlich abgrenzen muß und vor keinerlei ideologischem Druck zurückweichen darf. Er erkannte, daß die Arbeiterpartei ihre sozialistischen Ziele rückhaltlos verfechten muß, wenn sie ihre Aufgabe als Vorhut der Arbeiterklasse erfüllen will, und daß auch eine erfolgreiche Bündnispolitik mit den kleinbürgerlichen Schichten nur auf dieser Grundlage möglich ist. Vom 5. bis 30. November 1869 unternahm Bebel eine Agitationsreise durch Süddeutschland. In 18 Volksversammlungen und in 2 kleineren Beratungen erläuterte er die Ziele der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den Basler Beschluß der Internationale und verteidigte sie energisch gegen die kleinbürgerlichen Angriffe.¹¹ Er errang dabei einen durchschlagenden Erfolg. Die württembergischen Arbeiter-

vereine trennten sich von der Volkspartei und gliederten sich endgültig der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ein.

Daraufhin unternahm ein offizielles Organ der Volkspartei, die in Stuttgart erscheinende „Demokratische Correspondenz“, nochmals den Versuch, die erlittene Niederlage wettzumachen. Diesem Unterfangen widmete sich der Redakteur des Blattes, Julius Frese, der bezeichnenderweise ein Jahr später offen in das Lager der Reaktion überlief und seine Feder in den Dienst der Habsburger Monarchie stellte. Frese veröffentlichte Ende 1869 eine später von anderen bürgerlichen Zeitungen nachgedruckte Artikelserie, die die sozialistischen Bestrebungen der Arbeiterbewegung diskreditieren und verleumden sollte.¹²

August Bebel mußte zu dieser Zeit, Anfang Dezember 1869, im Leipziger Bezirksgerichtsgefängnis wegen „Verbreitung staatsgefährdender Lehren“ seine erste Haft antreten. Wie auch bei jedem späteren Gefängnisaufenthalt nutzte er die erzwungene Muße, um sich theoretische Kenntnisse anzueignen; so studierte er zum erstenmal gründlich Marx' „Kapital“¹³. Sofort nach dem Erscheinen der Artikel Freses griff Bebel zur Feder und schrieb eine Antwort „Gegen die „Demokratische Correspondenz““. Die Arbeit war bereits am 24. Dezember 1869 fertiggestellt und erschien im Februar und März 1870 im Parteiorgan „Der Volksstaat“.¹⁴ Noch im gleichen Jahr wurde sie als Broschüre veröffentlicht, nun mit dem Haupttitel „Unsere Ziele“ versehen.

So entstand Bebels erste theoretische Arbeit in Polemik gegen kleinbürgerliche Angriffe auf die Partei der Arbeiterklasse. Sie trug wesentlich dazu bei, die Arbeiter im Geist revolutionärer Prinzipienfestigkeit zu erziehen. Dabei ging ihre Bedeutung weit über eine Zurückweisung der Angriffe der Volkspartei hinaus. Sie war die erste zusammenfassende Darlegung und Begründung der Ziele der revolutionären

deutschen Sozialdemokratie aus der Feder eines ihrer Führer. Sie erlangte eine große Wirkung, weil sie sich durch die besten Züge marxistischer Publizistik auszeichnete. Unmittelbar aus den Bedürfnissen der politischen Praxis entstanden, war sie eine leidenschaftliche Streitschrift, die sich bemühte, die Grundfragen des Klassenkampfes theoretisch fundiert zu beantworten.

Bebels Entwicklung zum gebildeten Marxisten war allerdings ein längerer Prozeß, der damals erst begonnen hatte und Ende der siebziger Jahre einen gewissen Abschluß erreichte.¹⁵ Ende 1869 stand Bebel zwar in entscheidenden Grundfragen bereits fest auf dem Boden des Marxismus, doch war er in verschiedener Hinsicht noch in kleinbürgerlich-demokratischen und lassalleanischen Vorstellungen befangen. In seinen Vorworten zu den späteren Auflagen von „Unsere Ziele“ hat Bebel selbst ausdrücklich darauf hingewiesen, daß seine erste Schrift notwendigerweise ihre Grenzen hatte. Dennoch zeugt schon „Unsere Ziele“ davon, daß der junge Arbeiterpolitiker schnell in den Marxismus einzudringen begann. Zu den Werken der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, mit denen sich Bebel vertraut gemacht hatte und die er auch seinen Lesern empfahl (S. 38), gehörten der erste Band des „Kapitals“, „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ und „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ von Marx sowie „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ von Engels.

„Unsere Ziele“ beweist vor allem, daß August Bebel den Marxismus von Anfang an nicht nur passiv aufnahm, sondern ihn auf die Aufgaben des Klassenkampfes in Deutschland anzuwenden suchte. In dieser Beziehung ist die Schrift in dreifacher Hinsicht eine bemerkenswerte Leistung: Erstens grenzte August Bebel die Partei der Arbeiterklasse weltanschaulich-theoretisch von der kleinbürgerlichen Demokratie

und vom bürgerlichen Liberalismus ab. Zweitens begründete er die Hauptforderungen des in Eisenach angenommenen Parteiprogramms, wobei er sie zugleich konkretisierte und weiterentwickelte. Drittens schuf er wichtige politisch-ideologische Ausgangspositionen für die Einbeziehung der Landarbeiter in die sozialistische Bewegung und für die Gewinnung der Bauern zu Bundesgenossen der Arbeiterklasse.

II

Gerade die Aneignung der weltanschaulich-theoretischen Grundlagen des Marxismus durch die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie wird von den imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Historikern in Westdeutschland eifrig bestritten, angezweifelt oder allenfalls als zeitweiliger Irrweg hingestellt. Diese Geschichtsklitterung gehört zu den reaktionären Bestrebungen, die Einheit von Arbeiterbewegung und marxistischer Weltanschauung aufzulösen. Sie dient einerseits der ideologischen Diversion gegen die marxistisch-leninistischen Parteien, gegen die führende Kraft in den sozialistischen Ländern. Andererseits soll sie den Eindruck erwecken, die Übernahme reaktionärer imperialistischer Ideologien durch die rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei sei die logische Konsequenz aus der Erfahrung der deutschen Arbeiterbewegung. Solche Geschichtsfälschungen werden mit Vorliebe gegenüber August Bebel betrieben, da er in besonderem Maße jene Epoche der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verkörpert, in der die Sozialdemokratie zur Massenpartei aufstieg. Häufig unterstellen westdeutsche Historiker mit Susanne Miller, Bebels Weltanschauung sei nicht der Marxismus, sondern ein eklektizistisches Gemisch von Chiliasmus und modernen wissenschaftlichen

Erkenntnissen gewesen.¹⁶ In neueren Arbeiten von Hirsch, Langner und Schraepfer wird Bebel auch als ein der Theorie abholder Empiriker, geradezu als Praktiker par excellence ausgegeben.¹⁷

Doch in Wirklichkeit bestand die Größe August Bebels, wie Rosa Luxemburg treffend schrieb, gerade in der „Vereinigung des gegenwärtigen Tageskampfes mit dem revolutionären Prinzip, der Praxis mit der wissenschaftlichen Theorie“¹⁸. Seine erste Programmschrift zeigt, wie intensiv er schon in den Anfängen seiner politischen Tätigkeit um eine wissenschaftliche Weltanschauung rang und daß er diese im Marxismus fand, den er sich immer fester aneignete. Überzeugt, daß eine revolutionäre Politik nur durch eine wissenschaftliche Weltanschauung ermöglicht wird, bemühte sich Bebel in „Unsere Ziele“, die junge Sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht nur politisch, sondern auch weltanschaulich-theoretisch von der kleinbürgerlichen Demokratie abzugrenzen. Das geschah vor allem im einführenden Teil der Arbeit, in dem Bebel im wesentlichen die Vorträge während seiner Agitationsreise durch Süddeutschland rekapituliert. Er trug damit erheblich dazu bei, in der deutschen Arbeiterklasse Grundgedanken des historischen Materialismus zu verbreiten.¹⁹

„Unsere Ziele“ war eine der ersten Schriften in Deutschland, die den Gegensatz zwischen proletarischem Sozialismus und bürgerlichem Liberalismus von den weltanschaulichen Voraussetzungen her sichtbar machten. War doch der Ausgangspunkt Freses die idealistische These, das höchste menschliche Gut sei die Freiheit des Individuums, die sich auf die „Idee des Privateigentums“ gründe. Der Fortschritt der Menschheit war für diesen Apologeten des Kapitalismus also identisch mit der „Entwicklung des gleichen und freien Eigentumsrechts“. Dadurch suggerierte er, die kapitalistische Gesell-

schaftsordnung entspreche der Natur des Menschen und wäre daher in ihren Grundlagen unüberwindlich. Mit diesen idealistischen Abstraktionen zog er gegen die sozialistischen Ziele der Arbeiterklasse und ihrer Partei zu Felde und suchte sie als widernatürlich und unrealisierbar zu diskreditieren.

In der Polemik mit Frese enthüllte Bebel den Klassencharakter und die Unwissenschaftlichkeit der idealistischen Freiheitsauffassung, die heute von Apologeten des Imperialismus immer wieder aus dem verstaubten Arsenal der bürgerlichen Ideologie hervorgeholt und in neuem Aufputz gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung ausgespielt, ja von revisionistischen Kräften heute sogar als „moderner Marxismus“ angepriesen wird. In seiner Auseinandersetzung ging Bebel, bereits mit wichtigen Schriften von Marx und Engels bekannt, weder von einer „reinen Idee“ noch vom einzelnen Individuum, sondern von der Gesellschaft in ihrer materiellen Existenz und ihrer historischen Entwicklung aus. Er unterzog die auf dem Privateigentum beruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse einer materialistischen Analyse und wies dabei nach, daß in allen ihren Entwicklungsstufen die arbeitenden Klassen durch eine Minorität von Ausbeutern und Unterdrückern unterjocht wurden. Bei kapitalistischem Privateigentum an den Produktionsmitteln, so enthüllte Bebel, kann es daher keine wirkliche Freiheit für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen geben. Selbst unter bürgerlich-demokratischen Verhältnissen sind sie sozial unfrei; erst durch das Gemeineigentum an Produktionsmitteln, erst durch den Sozialismus erhalten sie die notwendigen materiellen Voraussetzungen für ihre wirkliche Freiheit. Sozialismus und Demokratie sind daher keine Gegensätze, sondern eine untrennbare Einheit.

Das weltanschauliche Hauptanliegen Bebels war es, die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und

dadurch die Unvermeidlichkeit des Sieges der Arbeiterklasse und des Sozialismus aufzuzeigen. Er bemühte sich daher, „klar und scharf nachzuweisen, daß unsere heutigen gesellschaftlichen Zustände selbst das Produkt eines langen geschichtlichen Entwicklungsprozesses sind, daß die Existenz- und Erwerbsverhältnisse früher wesentlich von den heutigen verschieden waren, daß es also Torheit ist, zu behaupten und zu glauben, die heutigen sozialen Zustände seien in ihrer Grundlage unabänderlich“ (S. 3). In seinem historischen Abriss entwickelte er: Das kapitalistische Privateigentum ist einerseits das Resultat der Entwicklung der materiellen Produktion, schafft aber andererseits die materiellen Voraussetzungen für seine Überführung in gesellschaftliches Eigentum. Die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion gerät in immer schärferen Gegensatz zum Privateigentum an den Produktionsmitteln und drängt gesetzmäßig dazu, den Kapitalismus durch eine höhere Gesellschaftsordnung abzulösen. Zugleich führt der Kapitalismus zur „Teilung der Gesellschaft in zwei voneinanderscharf getrennte... Klassen“, „die Unternehmerklasse“ und „die Arbeiterklasse“ (S. 4). In der Arbeiterklasse erzeugt der Kapitalismus seinen eigenen Totengräber. Privateigentum und gesellschaftlicher Fortschritt haben einander nur zeitweilig und relativ bedingt. Die Gesellschaft kann sich nur weiterentwickeln, wenn das kapitalistische Privateigentum beseitigt wird. Dieses wird jedoch, so zeigte Bebel weiter, durch den bestehenden Staat, der das Machtinstrument der herrschenden Minorität ist, gestützt und verteidigt. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, „daß die Arbeiterklasse sich die Macht erobern muß“ (S. 10), um ihre großen Ziele verwirklichen zu können.

In Babels weltanschaulicher Begründung der Ziele der Partei der Arbeiterklasse wird der Leser vielfach die von Marx im „Kapital“ aufgedeckten Gesetzmäßigkeiten der

kapitalistischen Gesellschaft wiederfinden. Allerdings griff Bebel auch auf Ideen Lassalles zurück, wie sie unter anderem in dessen Vortrag „Über den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ („Arbeiterprogramm“) entwickelt waren; doch im Wesen war Babels Geschichtsbild bereits dem Lassalles entgegengesetzt. Lassalle hatte zwar einzelne Gedanken von Marx und Engels übernommen, sie aber in eine idealistische Gesamtkonzeption, in eine vor allem von Hegel übernommene Begriffsdialektik eingeordnet.²⁰ Bebel vertrat dagegen einen Entwicklungsgedanken, der trotz noch vorhandener idealistischer Beimengung im ganzen materialistisch-dialektisch war.

In seiner Schrift „Unsere Ziele“ erkannte August Bebel bereits, daß die gesamte gesellschaftliche Entwicklung durch den Fortschritt der Produktion bestimmt wird, sich im Klassenkampf durchsetzt und in der sozialen Revolution zum Sieg der neuen Gesellschaftsordnung über die alte führt. Jedoch verwandte er die Grundbegriffe des historischen Materialismus noch keineswegs theoretisch sicher. So engte er die Produktivkräfte noch auf die Produktionsinstrumente und die Produktionsverhältnisse noch vorwiegend auf die Eigentumsverhältnisse ein. Auch sein Klassenbegriff war vielfach noch unscharf. Doch hatte er sich bereits wesentliche Grundgedanken des historischen Materialismus angeeignet.

Besonders verdient es hervorgehoben zu werden, daß Bebel in „Unsere Ziele“ als einer der ersten deutschen Sozialisten die zentrale Kategorie des historischen Materialismus verwandte, die Kategorie „Gesellschaftsformation“, die Marx in der klassischen Definition des historischen Materialismus, im Vorwort seines Buches „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, entwickelt²¹ und im „Kapital“ inhaltlich umfassend bestimmt hatte. Zwar gebrauchte Bebel daneben noch die Begriffe „Gesellschaftszustand“ und „Gesellschaftsform“, doch der ent-

scheidende weltanschauliche Ausgangspunkt war gewonnen: Bebel hatte sich die Marxsche Auffassung angeeignet, daß die gesellschaftliche Entwicklung im wesentlichen der Prozeß der Ablösung einer ökonomischen Gesellschaftsformation durch eine neue, höhere ist. Diese grundlegende Einsicht in die gesellschaftliche Entwicklung ermöglichte es ihm, die historische Mission der Arbeiterklasse zu erkennen. Davon ausgehend, konnte Bebel die Partei der Arbeiterklasse von allen anderen politischen Kräften abgrenzen und ihr Programm begründen.

III

Die Erläuterung des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dessen berufener Interpret sein Verfasser August Bebel war, steht im Mittelpunkt der Schrift „Unsere Ziele“. Dabei konzentrierte sich Bebel auf jene entscheidenden Forderungen, die den Sozialismus als das große Ziel der Arbeiterklasse und den Sturz der politischen Herrschaft des Junkertums und der Großbourgeoisie als die unabdingbare Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels betrafen. Er beschränkte sich nicht darauf, das Parteiprogramm zu begründen und gegen die kleinbürgerlichen Angriffe entschieden zu verteidigen, sondern konkretisierte es zugleich und entwickelte es damit weiter.

Das gilt zunächst für die politische Hauptforderung der Eisenacher, obwohl diese an sich zeigt, daß Bebel und die Partei als Ganzes den Marxismus noch nicht fest beherrschten: die Forderung nach der „Errichtung des freien Volksstaats“. In der Erkenntnis, daß der Kampf um den Sozialismus den Sturz des junkerlich-großbourgeoisien Militärstaates notwendig machte, hatte die Sozialdemokratische Arbeiter-

partei diese Forderung an die Spitze ihres Programms gesetzt.²² Ihrem Zentralorgan hatte sie ebenfalls den Namen „Der Volksstaat“ gegeben. Schon deshalb mußte sich Bebel die Aufgabe stellen, diesen Begriff zu erläutern. Darüber hinaus war das noch aus einem anderen Grund notwendig. Die „Volksstaat“-Losung, die in die deutsche Arbeiterbewegung seit Mitte der sechziger Jahre durch revolutionäre Sozialisten wie Wilhelm Liebknecht und Johann Philipp Becker Eingang gefunden hatte²³, wurde auch von weiteren politischen Richtungen propagiert, die ihr jeweils eine andere Bedeutung gaben. Zuerst waren Forderungen wie „Selbstregierung des Volkes“, „Volksfreiheit“ und „Volksstaat“ in Deutschland von kleinbürgerlichen Demokraten erhoben worden. Schon 1848 hatten sie weite Verbreitung gefunden²⁴, und in den sechziger Jahren figurierten sie in programmatischen Dokumenten der kleinbürgerlichen Volkspartei²⁵. Aber auch bei den Lassalleanern hörte man nun die „Volksstaat“-Losung. Zwar ist die in der marxistischen Literatur mitunter anzutreffende Bemerkung, sie gehe auf Lassalle zurück, unrichtig, doch war diese Losung vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein später übernommen worden²⁶. In seiner Schrift „Unsere Ziele“ gab August Bebel der „Volksstaat“-Forderung der Eisenacher einen Inhalt, der sie sowohl von jener der kleinbürgerlichen Demokraten als auch von der der Lassalleaner unterschied.

Die kleinbürgerlichen Demokraten, die von idealistischen Positionen ausgingen und den Klassencharakter des Staates verkannten, betrachteten den „Volksstaat“ als Verwirklichung der bürgerlichen Idee, der individuellen Freiheit. Sie erstrebten damit eine demokratische Republik oder eine konstitutionelle Monarchie, in der das Kleinbürgertum und fortschrittliche Bürgertum den bestimmenden Einfluß ausübten. Dieser Staat sollte allenfalls durch Volksbildung und

Progressivsteuern die Auswüchse des Kapitalismus beseitigen; die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft sollten aber keineswegs angetastet werden.

Dagegen verstand August Bebel den von den Eisenachern angestrebten „Volksstaat“ als eine Republik, in der das werktätige Volk Herr seiner Geschichte ist und die Arbeiterklasse das entscheidende politische Gewicht besitzt. Eine solche Republik war zudem nicht das Endziel, sondern sollte als Mittel dienen, um eine völlige sozialökonomische Umgestaltung der Gesellschaft zu vollziehen, den Sozialismus zu errichten. (S. 10,12.) Damit grenzte August Bebel die Partei der Arbeiterklasse deutlich von der kleinbürgerlichen Volkspartei ab. Das war besonders wichtig, weil letztere die endgültige Verselbständigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufzuhalten versuchte, indem sie den „Volksstaat“ als das identische Ziel von Arbeitern und kleinbürgerlichen Schichten herausstellte²⁷.

Aber auch der lassalleanischen „Volksstaat“-Auffassung wirkte Bebel entgegen. Wie die Eisenacher verbanden die Lassalleaner mit dem „Volksstaat“ sozialistische Bestrebungen; da sie jedoch von Lassalles idealistischer und opportunistischer Staatsauffassung ausgingen, waren für die meisten von ihnen die wichtigsten Kriterien eines Volksstaates das allgemeine Wahlrecht und die Vertretung der Arbeiter im Parlament. Dadurch glaubten sie den bestehenden junkerlich-großbourgeois Ausbeuterstaat so reformieren zu können, daß er Mittel für Produktivgenossenschaften gewähre, mit deren Hilfe es möglich würde, friedlich in den Sozialismus hineinzuwachsen. Diese verderbliche reformistische Auffassung lehnte Bebel strikt ab.

„Unsere Ziele“ vermittelte den deutschen Arbeitern wichtige marxistische Erkenntnisse über den Klassencharakter des bestehenden Staates. Dieser wird eindeutig charakterisiert

als Machlinstrument, mit dem Großbourgeois und Junker ihre Klassenherrschaft aufrechterhalten und sichern (S. 7–10). Daraus leitete Bebel die Erkenntnis ab, daß die Arbeiterklasse sich mit diesem Staat niemals aussöhnen kann, sondern ihn unversöhnlich bekämpfen muß. „Um den Volksstaat zu bekommen“, so betonte er, „dazu muß die Herrschaft der privilegierten Klassen und Personen gebrochen werden.“ (S. 11.) Zwar in einer vorsichtigen Sprache, zu der ihn die bestehenden reaktionären Presse- und Vereinsgesetze zwangen, aber dennoch unmißverständlich bekräftigte der junge Sozialist die Entschlossenheit seiner Partei, die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft mit revolutionären Mitteln durchzusetzen. Auch auf das Zetern gegen eine Gewaltanwendung im Interesse des Fortschritts hat schon Bebel die richtige Antwort gegeben. Er erklärte, in welchem Maße die Arbeiterklasse Gewalt anwenden werde, hänge wesentlich von den Ausbeuterklassen selbst ab: „Je heftiger der Widerstand, um so gewalttätiger die Herbeiführung des neuen Zustandes. Mit Sprengen von Rosenwasser wird die Frage auf keinen Fall gelöst.“ (S. 11.)

Das alles zeigt eindeutig, daß Bebels politische Ziele sich schon zu Beginn seiner Tätigkeit als Parteiführer keineswegs auf eine „Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie“²⁸ oder auf ein „handlungsfähiges Parlament und Verantwortlichkeit der Regierung“²⁹ beschränkten, was heute rechtssozialdemokratische Historiker wie Balser, Grebing und andere behaupten. Solche Geschichtsfälschungen dienen nur dem Ziel, die westdeutschen Arbeiter, die nach wie vor bei August Bebel Rat und Vorbild für ihr politisches Handeln suchen, von einer selbständigen Klassenpolitik abzuhalten und dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem einzugliedern.

Der von Bebel erstrebte „Volksstaat“ sollte durch die revolutionäre Entmachtung der Junker und Großkapitalisten entstehen, der Arbeiterklasse das entscheidende politische Gewicht sichern und als Instrument zur Errichtung des Sozialismus dienen. Deshalb hat er ganz und gar nichts gemein mit dem heute von rechtssozialdemokratischen Führern propagierten „sozialen Rechtsstaat“, der nur ein beschönigender Ausdruck für das notdürftig parlamentarisch verbrämte staatsmonopolistische Herrschaftssystem ist. Bebel selbst hat sich ausdrücklich dagegen verwahrt, „die Neuorganisation der Gesellschaft . . . nur als ein Flickwerk an der heutigen bürgerlichen Gesellschaft“ (S. 10) hinzustellen.

Obwohl Bebel's „Volksstaat“-Konzeption die revolutionäre Grundorientierung der Eisenacher Partei ausdrückte, hatte sie auch ernste Mängel.³⁰ Zunächst sprachen die Eisenacher die Forderung nach der demokratischen Republik nicht offen aus, sondern umschrieben sie nur. Vor allem aber erkannten sie nicht die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats. Sie glaubten noch, eine demokratische Republik werde allein schon der Arbeiterklasse die Herrschaft sichern und den Aufbau des Sozialismus gewährleisten. Die „Volksstaat“-Losung spiegelte also Überreste vulgärdemokratischer Ansichten wider und begünstigte opportunistische Auffassungen. Insofern in dieser Losung das demokratische Etappenziel und das sozialistische Endziel vermengt wurden, behinderte sie zugleich die Entwicklung einer breiten Bündnispolitik für den Kampf um eine bürgerlich-demokratische Republik.

Marx und Engels haben deshalb die „Volksstaat“-Losung nachdrücklich kritisiert, vor allem, nachdem die Pariser Kommune die praktischen Erfahrungen geliefert hatte, um die Frage nach dem Weg der Arbeiterklasse zur Macht konkret zu beantworten. Mit aller Schärfe wandten sich die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus gegen diese Losung in

inrer Kritik am Entwurf des Gothaer Programms³¹, zumal in diesem die lassalleianische Variante der „Volksstaat“-Konzeption Eingang gefunden hatte. Auf die Kritik von Marx und Engels stützte sich Lenin, als er die Lehre von der Diktatur des Proletariats gegen die Revisionisten verteidigte und sie weiterentwickelte.³² Durch die praktischen Erfahrungen der sozialistischen Länder ist heute bewiesen, daß ein Staat des ganzen Volkes, wie ihn Bebel erstrebte, sich nur durch die Diktatur des Proletariats entwickeln kann, und zwar als „die politische Organisation der Werktätigen, die unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei die Macht ausüben“³³.

Wenn aber die „Volksstaat“-Losung der Eisenacher auch theoretisch unzulänglich war, so darf doch nicht übersehen werden, daß sie zunächst eine „zeitweilige agitatorische Berechtigung“³⁴ hatte, wie kein Geringerer als Friedrich Engels anerkannte. Die Forderung nach dem Volksstaat, wie sie von Bebel und den Eisenachern erhoben wurde, war aus zwei Gründen zeitweise agitatorisch berechtigt. Erstens orientierte sie auf den Sturz des junkerlich-großbürgerlichen Ausbeuterstaates als die zentrale Aufgabe des Klassenkampfes. Zweitens brachte sie zum Ausdruck, daß die Arbeiterklasse im Gegensatz zu allen vorangegangenen Klassen durch ihre Klassenherrschaft eine wahre, sozialistische Menschengemeinschaft schaffen will — eine Menschengemeinschaft, wie sie sich heute in der Deutschen Demokratischen Republik immer deutlicher herausbildet.

Einen besonders wertvollen Beitrag zur revolutionären Erziehung der Arbeiterklasse leistete August Bebel bei der Behandlung der zweiten programmatischen Hauptfrage, auf die er in seiner Schrift „Unsere Ziele“ einging, der Eigentumsfrage. Die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung kann nicht beseitigt werden, ohne das Privateigentum an den

Produktionsmitteln aufzuheben und diese in gesellschaftliches Eigentum überzuführen. Daher ist die Eigentumsfrage eine Grundfrage der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Schon im Nürnberger Programm und im Eisenacher Programm war in Anlehnung an die von Marx verfaßten Statuten der Internationale das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage jeder Knechtschaft gekennzeichnet worden.³⁵ Daraus ergab sich zwar die Schlussfolgerung, daß dieses Privateigentum aufgehoben werden müsse; jedoch war eine solche Forderung dort noch nicht direkt ausgesprochen worden.

Die Bedeutung von „Unsere Ziele“ besteht nicht zuletzt darin, daß die Schrift das Eisenacher Programm auch in diesem wichtigen Punkt konkretisierte und damit weiterentwickelte. Die entscheidenden Anregungen dazu erhielt Bebel durch die Beschlüsse der Kongresse von Brüssel 1868 und Basel 1869, in denen die Internationale Arbeiterassoziation zum erstenmal direkt das sozialistische Grundprinzip proklamiert hatte, sowie durch Marx' „Kapital“, in dem diese Forderung theoretisch umfassend begründet worden war. Aber auch auf Schriften Lassalles griff Bebel in diesem Punkt besonders ausgiebig zurück.

Ferdinand Lassalle hatte bekanntlich eine heftige Polemik gegen Hermann Schulze-Delitzsch geführt, jenen Apostel der liberalen Bourgeoisie, der den Arbeitern einreden wollte, sie könnten durch fleißiges Arbeiten und eifriges Sparen sowie durch die Bildung von Genossenschaften allen Mißständen des Kapitalismus entgehen. Dabei hatte Lassalle gezeigt, daß die Arbeiter ihre Lage nicht grundlegend ändern können, solange sie von den Kapitalisten ausgebeutet werden, und daß sie niemals mit Hilfe ihrer Spargroschen eine genossenschaftliche Produktion in großem Maßstab zu organisieren vermögen. Bebel konnte daher in seiner Polemik gegen Frese,

welcher sich Schulze-Delitzsch soziale Heilslehren weitgehend zu eigen gemacht hatte, auf viele Argumente Lassalles zurückgreifen. Dabei bezog er jedoch keineswegs die Position des Lassalleanismus.

Weltanschaulich ging Bebel — wie schon dargelegt — im Gegensatz zu Lassalle von materialistischen Positionen aus. In seinen ökonomischen Auffassungen stand Bebel ebenfalls im wesentlichen auf dem Boden von Marx. Zwar verwandte er noch einzelne ökonomische Schlagworte Lassalles, insbesondere die Forderung nach dem „vollen Arbeitsertrag“, deren wissenschaftliche Unzulänglichkeit Marx später nachwies³⁶. Doch hatte sich Bebel bereits die grundlegende Entdeckung von Marx zu eigen gemacht: Während Lassalle — wie die klassische englische Ökonomie und auch Marx in früheren Schriften — immer vom Verkauf der Arbeit durch den Arbeiter an den Kapitalisten sprach, hatte Bebel bereits begriffen, daß der Arbeiter dem Kapitalisten in Wahrheit seine Arbeitskraft verkauft. Bebel hatte die Marxsche Mehrwert- und Akkumulationstheorie aufgenommen.

Entscheidend sind aber zwei andere Unterschiede zwischen den Auffassungen Bebels und Lassalles. Während Lassalle unter den Arbeitern die trügerische Hoffnung auf Hilfe durch den bestehenden preußischen Junkerstaat geweckt hatte, ließ Bebel keinerlei Zweifel daran zu, daß erst nach dessen Sturz die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft möglich war. Und Bebel erkannte auch, daß die kapitalistische Produktionsweise dann nicht einfach — wie es Lassalle gepredigt hatte — von Arbeiterproduktivgenossenschaften im Konkurrenzkampf verdrängt werden konnte. Zwar zitierte Bebel auch diesbezügliche Äußerungen Lassalles; doch war für ihn die Konkurrenz nur eine der Maßnahmen, die das kapitalistische Privateigentum vernichten sollten. Nach Bebels Meinung mußten die großen Produktionsmittel auf jeden Fall aus

Privateigentum in gesellschaftliches, staatliches Eigentum übergeführt werden, so Grund und Boden, Bergwerke, Minen, Eisenbahnen und Verkehrswege. (S. 19.) Das forderte die Internationale, Lassalle dagegen hatte es in keiner seiner Agitationsschriften verlangt. Im Gegenteil, er hatte alles Eigentum für „unantastbar und rechtmäßig“³⁷ erklärt. Auch bei der weiteren Verdrängung der kapitalistischen Betriebe wies Bebel nicht wie Lassalle der ökonomischen Konkurrenz, sondern dem Eingreifen der revolutionären Staatsmacht die entscheidende Rolle zu.

Ob das allmählich und relativ friedlich vor sich gehen könne, hänge ebenfalls von der Einsicht der ausbeutenden Klassen ab. Der „entschieden kürzere, aber auch gewalttätigere Weg wäre die gewaltsame Expropriation, die Beseitigung der Privatunternehmer mit einem Schlage, einerlei durch welche Mittel. Darnach hängt also der Ausgang der Krise von der Kapitalistenklasse selbst ab.“ (S. 37.) Bebel beendete diesen Abschnitt mit den Worten: „Nicht mit Unrecht ruft da wohl *Karl Marx* aus, in seinem Buch ‚Das Kapital‘, wo er den Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktion schildert: ‚Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz.‘“ (S. 38.)

Wenn Bebel später bemerkte, seine Schrift „Unsere Ziele“ zeige noch, wie er „von Lassalle beeinflusst worden“³⁸ war, so ist das gewiß richtig; zu weit geht dagegen Franz Mehrings Urteil, daß sie „im wesentlichen . . . noch auf den Agitationsschriften Lassalles fuße“³⁹. Wie gezeigt, entnahm Bebel den Schriften Lassalles zwar Gedanken, die antikapitalistisch, die sozialistisch waren, dagegen nichts von dem, was *bismarckfreundlich* und reformistisch war. Während Lassalle die schädliche Illusion von einem friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus geweckt hatte, verfocht Bebel einen ent-

gegengesetzten, revolutionären, den einzig möglichen Weg zum Sozialismus. August Bebel war einer der ersten deutschen Sozialisten, die aus Marx' Ausführungen im „Kapital“ über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation Schlußfolgerungen für den proletarischen Klassenkampf zogen. Seine Schrift „Unsere Ziele“ trug erheblich dazu bei, daß die revolutionäre Sozialdemokratie auf ihr Banner die marxistische Losung schrieb: „Expropriation der Expropriateure!“

Diese sozialistische Grundforderung hat sich in der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung als ein Prüfstein erwiesen, an dem sich erkennen ließ, ob eine Partei die Interessen der Arbeiterklasse vertrat oder nicht. Sie ist es erst recht heute, wo in den imperialistischen Ländern die Monopole, deren Macht mit der des Staates verschmolzen ist, das gesamte gesellschaftliche Leben ihren zutiefst volksfeindlichen Interessen unterordnen. Um so bezeichnender ist es, wenn rechtssozialdemokratische Ideologen eifrig versuchen, diese revolutionäre Forderung in Verruf zu bringen und möglichst auch aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu tilgen. So behauptete Karl Anders schon 1963 unverfroren, die Sozialdemokratie habe ursprünglich „kein besonderes Interesse an den Produktionsmitteln der kapitalistischen Klasse“ bekundet, „also nichts enteignen“ wollen.⁴⁰ Ähnlich verfuhr die westdeutsche Sozialdemokratische Partei 1968, als sie den 100. Jahrestag des Nürnberger Vereinstags zum Anlaß nahm, um sich auf ihrem Parteitag in Nürnberg als Erbe Babels und Liebknechts zu gerieren. Löwenthal als Festredner reduzierte deren Ziel in sozialökonomischer Hinsicht einfach auf eine „gesellschaftliche Kontrolle der wirtschaftlichen Macht“⁴¹, die er im Sinne eines demokratisch verbrämten staatsmonopolistischen Kapitalismus interpretierte. Auch in solchen groben Entstellungen erweist sich, wie

die rechten Führer der westdeutschen Sozialdemokratie die großen Ziele der Arbeiterbewegung mit Füßen treten. Im Sinne Bebel's handeln in Westdeutschland dagegen jene Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Jungsozialisten und Studenten, die gemeinsam mit den Kommunisten fordern: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein.“ Sie werden darin durch das Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik bestärkt.

Geführt von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, haben die Werktätigen in unserem Staat auch diese alte Arbeiterforderung erfüllt. Junker und Monopolherren wurden enttrünet. In der Verfassung der DDR ist das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln wie die politische Herrschaft der Arbeiterklasse fest verankert als „unantastbare Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung“⁴². Auf dieser Grundlage konnten im ersten sozialistischen Staat deutscher Nation auch all die anderen Forderungen verwirklicht werden, für die die deutsche Arbeiterbewegung seit mehr als hundert Jahren gekämpft hat. Damit bestätigen sich ebenfalls Erkenntnisse, die schon August Bebel vermittelte.

Die programmatische Bedeutung von Bebel's Schrift „Unsere Ziele“ besteht nicht nur darin, daß sie einzelne Hauptforderungen der Arbeiterklasse begründete. Darüber hinaus wies Bebel immer wieder darauf hin, daß die Arbeiterklasse nach der politischen und ökonomischen Entmachtung der Junker und Großbourgeois alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umgestalten wird. Er trug so dazu bei, ein wissenschaftliches Gesamtbild vom Sozialismus zu vermitteln. Obgleich die noch unvollkommene Beherrschung des Marxismus, aber auch der erreichte Stand der gesellschaftlichen Entwicklung diesem Bemühen Bebel's noch Grenzen zogen, vermochte er in „Unsere Ziele“ bereits wesentliche Züge der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft zu umreißen: das gesellschaftliche

Eigentum an den Produktionsmitteln auf dessen Basis erst eine wahrhaft demokratische Gesellschaftsordnung sich herausbilden kann; die leitende Rolle des Staates, der unter dem bestimmenden Einfluß der Arbeiterklasse die Organisation des werktätigen Volkes wird; die planmäßige Leitung der Produktion und die Entscheidung der Volksvertretung über die gesamtgesellschaftlichen Festlegungen; die ständige Weiterentwicklung der Produktivkräfte, der Ausbau der großen Maschinerie und die „im höchsten Grade entwickelte Volksbildung“, wobei im Gegensatz zum Kapitalismus „die Vorteile verbesserter Produktion . . . alle“ genießen (S. 20); die Entlohnung nach der Leistung; die internationale Kooperation der sozialistischen Staaten, geleitet durch einen „internationalen Gesellschaftsrat“ (S. 26). Dabei betonte August Bebel ausdrücklich die Aufgabe und die Fähigkeit der Arbeiterklasse, die sozialistische Produktion wie die neue Gesellschaft überhaupt zu lenken und zu leiten. Alle diese Voraussetzungen des großen Führers der deutschen Arbeiterbewegung bestätigen sich heute bei der Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vollauf.

IV

Da Bebel bereits in die marxistische Weitanschauung eintrat und revolutionär-sozialistische Ziele verfocht, konnte er in seiner Schrift „Unsere Ziele“ auch wesentlich zur Beantwortung einer Frage beitragen, die für einen erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse um Demokratie und Sozialismus von zentraler Bedeutung ist: die Frage nach ihrer Politik auf dem Lande.⁴³ Auf sie waren die in der Internationalen Arbeiterassoziation vereinigten Arbeiter durch den Basler

Kongreß hingelenkt worden, der in einem seiner Beschlüsse die Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden als notwendig bezeichnete. Eine richtige Politik auf dem Lande war in Deutschland für die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei besonders wichtig, denn hier war das preußische Junkertum das Hauptbollwerk der Reaktion.

Der Ausarbeitung der Bündnispolitik gegenüber der Bauernschaft standen in der deutschen Arbeiterbewegung aber starke ideologische Hemmnisse entgegen. Der Lassalleanismus hatte die sektiererische Auffassung verbreitet, der Arbeiterklasse stehe eine einzige reaktionäre Masse gegenüber, und vulgär-demokratische Einflüsse behinderten ebenfalls eine proletarische Bündnispolitik. Außerdem ergaben sich objektive Schwierigkeiten. Die Klassenstruktur auf dem Lande war in den verschiedenen Gebieten Deutschlands außerordentlich unterschiedlich; während in Ostelbien der junkerliche Großgrundbesitz vorherrschte, bestanden in anderen Gegenden, vor allem im Süden, noch viele kleine und mittlere Bauernwirtschaften. Schon wegen dieser gemischten Agrarstruktur war es recht kompliziert, ein konkretes Agrarprogramm auszuarbeiten. Zudem fehlte der jungen Arbeiterpartei noch die Kraft, eine ausgedehnte Landagitation zu entwickeln und in ihr Erfahrungen zu sammeln.

Wenn sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei dennoch schon im ersten Jahr ihrer Existenz wichtige Ausgangspositionen für eine revolutionäre Politik auf dem Lande schuf, so ist das in hohem Maße das Verdienst August Bebel's. Als in der Partei Meinungsverschiedenheiten über den Basler Beschluß der Internationale aufgetaucht waren, hatte er Ende 1869 beim Parteiausschuß beantragt, die Grund- und Boden-Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteikongresses zu setzen⁴⁴. Im letzten Teil der Schrift „Unsere Ziele“ entwickelte er — wenige Monate vor diesem Kongreß — seine

Auffassung, daß sich die deutsche Arbeiterbewegung zu dem Basler Beschluß bekennen und wie sie ihn auf die Verhältnisse in Deutschland anwenden müßte.

Der Parteiausschuß übertrug Bebel dann auch das Referat zur Grund- und Boden-Frage auf dem Parteikongreß, der im Juni 1870 in Stuttgart, der Hochburg der Volkspartei, abgehalten wurde. Die Delegierten stimmten Bebel's Referat zu und nahmen die von ihm eingebrachte Resolution an.⁴⁵ Hatte die Schrift „Unsere Ziele“ den Stuttgarter Kongreß mit vorbereitet, so führten Bebel's Referat und die darin vorgeschlagene Resolution die Erörterungen in der Broschüre weiter. Von der zweiten Auflage an fügte Bebel daher seiner Schrift als Anhang die Stuttgarter Rede bei. Bebel's Arbeit „Unsere Ziele“ wurde auf diese Weise auch eine der wichtigsten Grundlagen für die sozialistische Landagitation in der Frühzeit der Sozialdemokratie.

August Bebel trug zur Ausarbeitung des ersten Agrarprogramms der deutschen Sozialdemokratie vor allem in zweierlei Hinsicht bei:

Erstens zeigte er, gestützt auf Marx' „Kapital“ und auf Schriften von Johann Georg Eccarius und Johann Philipp Becker⁴⁶, daß sich in der Landwirtschaft ebenso wie in der Industrie eine ständige Konzentration von Produktion und Kapital vollzieht, die immer mehr Bauern ihrer selbständigen Existenz beraubt und proletarisiert (S. 28—32). Diese Erkenntnis, die die Revisionisten später zu bestreiten suchten, wird heute in Westdeutschland unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus deutlicher denn je bestätigt. Schon Bebel zog aus ihr die Schlußfolgerung, daß es nicht nur notwendig, sondern auch möglich sei, „auch die ländlichen Arbeiter in das sozialistische Lager herüberzuziehen“⁴⁷ und zu erreichen, daß im Bauern „ein Bundesgenosse gewonnen“ (S. 36) wird.

Zweitens arbeitete August Bebel in seiner Schrift die sozialistische Perspektive für die Entwicklung auf dem Lande aus. Schon er erkannte klar, daß auch in der Landwirtschaft die Zukunft dem modernen Großbetrieb gehört, der kapitalistische Großgrundbesitz aber den Interessen der Landbevölkerung und des ganzen Volkes widerspricht. Als Forderung der Arbeiterbewegung formulierte er, „das Ackerland in gemeinschaftliches Eigentum zu verwandeln und den Boden von Staats wegen an Ackerbaugenossenschaften zu verpachten, welche verpflichtet sind, das Land in wissenschaftlicher Weise auszubeuten und den Ertrag der Arbeit nach kontraktlich geregelter Übereinkunft unter die Genossenschaftler zu verteilen“⁴⁸. Bebel hatte entscheidenden Anteil daran, daß die deutsche Arbeiterbewegung sich diese Forderung zu eigen machte. Er rief die Parteimitglieder dazu auf, sich über das Agrarprogramm der Arbeiterbewegung Klarheit zu verschaffen und die sozialistischen Ideen auf das Land zu tragen.

Wenn Marx und Engels betonten, daß zwischen den verschiedenen Klassen auf dem Lande unterschieden werden und sich die Forderung nach Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden vorrangig gegen die Junker richten müsse⁴⁹, so wurde Bebel dieser Notwendigkeit in gewissem Maße gerecht. Das zeigt insbesondere seine Kritik an dem Großgrundbesitz in England, mit der er offenbar zugleich die preußischen Junker treffen wollte. „Eine gewaltsame Expropriation dieser Landlords“, betonte Bebel, „wäre eine Sühne für die Menschheit, ein Akt, der sich zwar an Umfang dem der französischen Revolution von 1789 nicht an die Seite stellen könnte, an innerer Berechtigung ihm mindestens gleich stände.“ (S. 34/35.) In Deutschland sollten zuerst die Staatsdomänen, Schatullgüter, Fideikomnisse, Kirchengüter, Gemeindeländereien usw. für landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften in Anspruch genommen werden.⁵⁰ Nach

der Machtergreifung werde die Arbeiterklasse dann nicht davor zurückschrecken, den Großgrundbesitz zu expropriieren (S. 33).

Insgesamt differenzierte Bebel allerdings zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten auf dem Lande noch ungenügend. Das wird deutlich, wenn man Bebel's Schrift mit der Vorbemerkung von Friedrich Engels zur Neuausgabe seiner Arbeit „Der deutsche Bauernkrieg“⁵¹ vergleicht, die 1870, kurz nach „Unsere Ziele“, erschien. Der Hauptmangel des Agrarprogramms von Bebel und der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Etappe bestand jedoch darin, daß sozialistische Produktivgenossenschaften als erster Schritt zur Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande angesehen und keine allgemein-demokratischen Forderungen aufgestellt wurden. Hierin zeigte sich wiederum das ungenügende Verständnis für die Dialektik des Kampfes um Demokratie und des Kampfes um Sozialismus, das schon im Zusammenhang mit der „Volkstaat“-Konzeption festgestellt wurde.

Dennoch waren wichtige ideologische Ausgangspositionen dafür geschaffen, die Landarbeiter in die proletarische Bewegung einzubeziehen und die Bauernschaft als Bundesgenossen der Arbeiterklasse zu gewinnen. Das war eine der bedeutendsten Leistungen des jungen August Bebel. Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat bewiesen, daß die Arbeiterklasse nur siegen kann, wenn sie auch auf dem Lande eine politische Macht wird und das Bündnis mit der Bauernschaft schmiedet. Heute ist durch die Praxis ebenfalls bestätigt, daß sich auch der Bauernschaft nur eine glückliche Zukunft eröffnet, wenn sie gemeinsam mit der Arbeiterklasse und unter deren Führung den Sozialismus erkämpft. Wie es Bebel erstrebte und noch reicher, als er es voraussehen konnte, entfaltet sich in den sozialistischen Ländern auch auf dem

Lande ein neues Leben. In den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten sozialistische Genossenschaftsbauern, die nichts mehr gemein haben mit den geknechteten Landarbeitern und den vom Ruin bedrohten Bauern der Zeit des Kapitalismus. Der gesicherten Perspektive gewiß, entwickeln sie als Meister der sozialistischen Großproduktion und der modernen Technik ihre schöpferischen Fähigkeiten. Sie sind gleichberechtigte Mitglieder der sozialistischen Menschengemeinschaft und bewußte Träger der sozialistischen Staatsmacht.

V

In scharfer Auseinandersetzung mit kleinbürgerlichen Angriffen auf die Arbeiterbewegung entstanden, kam August Bebel's Arbeit „Unsere Ziele“ eine bedeutende Rolle im ideologischen Klassenkampf in Deutschland zu. Wegen ihrer revolutionären Zielstellung rief die Programmschrift bei der Reaktion wütende Empörung hervor. Im Leipziger Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Hepner 1872 gehörte sie zum Belastungsmaterial.⁵² Nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes wurde die Broschüre verboten, weil sie die „auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Forderungen der Sozialdemokratie zu entwickeln und zu begründen“⁵³ suche. Gerade weil sie das überzeugend tat, fand die Schrift bei den Arbeitern größtes Interesse. In den siebziger Jahren veröffentlichte die Partei fast jedes Jahr eine neue Auflage, und selbst unter den schweren Bedingungen des Sozialistengesetzes wurde die Broschüre zweimal herausgegeben. Sie war mehr als ein Jahrzehnt die verbreitetste Arbeit Bebel's, bis sie dann an Wirkung von seinem Hauptwerk, „Die Frau und der Sozia-

lismus“, übertriften wurde. Zu Lebzeiten Bebel's erreichte „Unsere Ziele“ nicht weniger als 14 Auflagen.⁵⁴ So hat die Schrift dazu beigetragen, Zehntausende von deutschen Arbeitern im Geist des revolutionären Klassenkampfes um den Sozialismus zu erziehen.

Die schöpferische theoretische Arbeit, der die kleine Schrift ihre große Wirkung verdankte, veranlaßte Bebel auch dazu, die hier wiedergegebene erste Ausgabe in den folgenden Auflagen verschiedentlich abzuändern und zu ergänzen.⁵⁵ Der zweiten Auflage von 1871 gab er, wie schon erwähnt, als Anhang sein Referat auf dem Stuttgarter Kongreß zur Grund- und Boden-Frage bei. Er fügte weiter die Mehrzahl der Fußnoten zu, in denen er Personen, Ereignisse und Begriffe erläuterte sowie verschiedene Thesen durch Hinweise auf die Entwicklung seit dem Deutsch-Französischen Krieg und der Reichsgründung erhärtete.

Für die dritte Auflage, die im Sommer 1872 erschien, nahm Bebel einige inhaltliche Präzisierungen vor, die davon zeugen, daß er weiter in die marxistische Theorie eingedrungen war. Wegen seiner aufrechten Haltung während des Deutsch-Französischen Krieges und der Pariser Kommune von der Reaktion erneut eingekerkert, hatte Bebel die unfreiwillige Muße wieder dazu benutzt, sich theoretisch weiterzubilden. Er faßte daher in der dritten Auflage einige Begriffe und Formulierungen exakter. So bezeichnete er den Mittelstand bzw. die Handwerker nicht mehr als Klasse. Vor allem kennzeichnete er den herrschenden Ausbeuterstaat schärfer als Machtapparat der Bourgeoisie. Er distanzierete sich nun auch ausdrücklich vom Lassalleanismus. Anschließend an ein längeres Zitat aus Lassalles „Arbeiterprogramm“ betonte Bebel in einer Fußnote, daß er keineswegs der Ansicht sei, die soziale Frage könne im Sinne Lassalles gelöst werden; er halte vielmehr „eine radikalere Lösung für notwendig“⁵⁶.

Einen wichtigen Passus seiner Schrift arbeitete Bebel für die dritte Auflage vollständig um, die Ausführungen über die gesellschaftliche Stellung der Frau. Die Neufassung⁵⁷ spiegelt wider, daß sich Bebel inzwischen die Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus auch in dieser Frage zu eigen gemacht hatte, wozu ebenfalls das tiefere Studium des „Kapitals“ beigetragen hatte. Bebel, der später mit seinem Werk „Die Frau und der Sozialismus“ eine seiner bedeutendsten theoretischen Leistungen vollbrachte, entwickelte schon hier die wichtige Erkenntnis, daß erst die sozialistische Gesellschaft die gleichberechtigte Stellung der Frau ermöglichen wird. Die Klassengesellschaft habe die Frau zur Hausklavinia degradiert, der Sozialismus werde die Bedingungen schaffen, um die Probleme der Kindererziehung und der häuslichen Pflichten im Interesse der Frau, der Familie und der Gesellschaft zu lösen.

Später erhob sich Bebel auch über jenen Erkenntnisstand, den er 1872 erreicht hatte. Doch nahm er nun an seiner Schrift keine grundlegenden Änderungen mehr vor, da „Unsere Ziele“ ein historisches Dokument geworden war. Nachdem der Erfurter Parteitag von 1891 ein Programm angenommen hatte, das die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung widerspiegelte, wies Bebel den Leser 1893 in der Vorbemerkung zur 10. Auflage seiner Broschüre ausdrücklich darauf hin, daß die Schrift im einzelnen weder seinen eigenen „vorgeschrittenen Anschauungen noch denen der Partei“ entspreche. Zugleich unterstrich er aber, was an der Arbeit von Bestand war und noch heute in erster Linie ihr Interesse ausmacht: „Über aller Änderung der Anschauungen und Auffassungen im einzelnen, ich möchte sagen im Detail, bleibt die Anschauung von der Notwendigkeit einer Umgestaltung der Gesellschaft von Grund aus, im Sinne der Aufhebung der Klassengegensätze und der Grün-

ung einer Gesellschaftsordnung auf dem Boden der Gleichberechtigung aller, nicht nur bestehen, sie befestigt sich mit jedem Tage mehr.“⁵⁸

August Bebels Schrift „Unsere Ziele“ spiegelt jene Etappe in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung wider, in der die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus durch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei aufgenommen und in die Massenbewegung getragen wurden, sich in ihr durchzusetzen begannen. Die Streitschrift Bebels zeugt von der Überlegenheit des Marxismus über alle bürgerlichen Ideologien. Die wichtigste Lehre, die sie für die Gegenwart vermittelt, besteht darin, die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse gegen alle Angriffe zu verteidigen und in der Praxis schöpferisch anzuwenden.

Die fortschreitende Aneignung des Marxismus durch die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie ermöglichte ihren Aufstieg im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zur stärksten Partei der internationalen Arbeiterbewegung, in der Sozialisten aller Länder ein Vorbild sahen. Dagegen führte der Verrat an den Ideen des Marxismus durch die Revisionisten später zum politischen Zusammenbruch vom 4. August 1914 und auf jenen verhängnisvollen Weg, der die rechtssozialdemokratischen Führer zu Erfüllungsgehilfen des deutschen Imperialismus machte und die Sozialdemokratie immer tiefer in die Krise führte. Aber von den revolutionären Kräften der deutschen Arbeiterbewegung, den Anhängern von Karl Marx, Friedrich Engels und des Verteidigers und Fortsetzers ihrer Lehre, W. I. Lenin, wurde das Erbe der Partei Bebels und Liebknechts immer hochgehalten. Es wurde weitergeführt von der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Dank der Führung durch die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiter-

klasse konnten in der Deutschen Demokratischen Republik die Werktätigen die größten revolutionären Umwälzungen der deutschen Geschichte vollbringen und den ersten sozialistischen Staat deutscher Nation errichten.

In unserer Zeit steht die Entwicklung in der ganzen Welt im Zeichen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Jeder, der Augen hat, zu sehen, Ohren, zu hören, und vor allem einen Kopf, zu denken, kann nicht umhin zu erkennen: Die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus, die Ideen von Marx, Engels und Lenin, haben die Probe der Geschichte bestanden. Sie haben die Massen ergriffen und verändern unaufhaltsam das Antlitz der Erde. Sie sind die schärfste Waffe der Arbeiterklasse. Mögen sich auch die westdeutschen Arbeiter klar bewußt werden, daß sie ihrer Verantwortung im Kampf gegen das anachronistische, volksfeindliche staatsmonopolistische Bonner Herrschaftssystem, das die europäische Sicherheit und den Frieden in der Welt bedroht, nur gerecht werden können, wenn sie im Geist des Marxismus handeln und sich auf die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung besinnen. In der Deutschen Demokratischen Republik finden sie dabei eine verlässliche Stütze.

Im sozialistischen Staat deutscher Nation sind die revolutionären Ideen, die die deutsche Arbeiterbewegung seit Karl Marx und Friedrich Engels, seit August Bebel und Wilhelm Liebknecht geleitet haben, Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung geworden. Unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei übt die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und allen anderen Werktätigen die Macht aus. Ausbeutung und Unterdrückung des werktätigen Volkes sind für immer beseitigt. Bei uns entwickelt sich die sozialistische Menschengemeinschaft gleichberechtigter Staatsbürger, die die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse verstehen und

freudig gesellschaftliche Verantwortung ausüben. Wir widerstehen den offenen Angriffen wie den versteckten Diversionen gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse, gegen ihre Partei und ihre revolutionäre Theorie; denn diese haben sich als Seele unserer neuen Ordnung erwiesen. „Indem wir unbeirrt den bewährten Weg an der Seite der Sowjetunion fortsetzen und dem Banner des Marxismus-Leninismus die Treue halten, schaffen wir die Voraussetzung weiterer großer Erfolge bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Uns erfüllt die Gewißheit, daß die Zukunft der ganzen Menschheit Sozialismus heißt, daß wir zu den Siegern der Geschichte gehören.“⁵⁰

Die Werktätigen unserer Republik erweisen sich als Erben und Vollstrecker des revolutionären Vermächtnisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und verwirklichen auch jene großen Ideale, die August Bebel vor 100 Jahren in seiner Schrift „Unsere Ziele“ formulierte.

Quellennachweis

- 1 Der originalgetreuen Reproduktion liegt die erste Auflage zugrunde. Die Vorlage wurde dankenswerterweise vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU in Moskau zur Verfügung gestellt.
- 2 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Bd. 1: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1966, S. 1.
- 3 Vgl. Rolf Dlubek/Hannes Kambraks: „Das Kapital“ von Karl Marx in der deutschen Arbeiterbewegung (1867 bis 1878). Abriß und Zeugnisse der Wirkungsgeschichte, Berlin 1967.
- 4 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 1, S. 298 ff.
- 5 Engels an August Bebel, 20. Juni 1873. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 33, Berlin 1966, S. 588.
- 6 Vgl. August Bebel. Eine Biographie, Berlin 1964.
- 7 Vgl. Eldor Grohner: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und ihr Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung (August 1869 — Juli 1870), Phil. Diss., Berlin 1961 (Ms.), S. 39 ff.
- 8 Vgl. Beschluß des Basler Kongresses über das Eigentum an Grund und Boden. In: Die I. Internationale in Deutschland (1864—1872). Dokumente und Materialien, Berlin 1964, S. 427.
- 9 Vgl. Beschluß des Brüsseler Kongresses über das Eigentum an Grund und Boden, Bergwerken, Eisenbahnen usw. In: Ebenda, S. 263 ff.

- 10 Wilhelm Liebknecht: Zur Grund- und Bodenfrage, 2. vervollständigte Auflage, Leipzig 1876, S. 20.
- 11 Vgl. Der Volksstaat (Leipzig), 13., 17., 20., 24.; 27. November, 1., 4., 18., 25. Dezember 1869. — Nach dem Agitationsbericht im „Volksstaat“ sprach Bebel in Stuttgart am 21. November 1869.
- 12 [Julius Frese]: Die Frage der Staatshilfe. In: Demokratische Correspondenz (Stuttgart), 26., 30. November, 3. Dezember 1869.
- 13 Vgl. August Bebel: Aus meinem Leben, Berlin 1964, S. 131.
- 14 August Bebel: Gegen die „Demokratische Korrespondenz“. In: Der Volksstaat, 9., 12., 16., 19., 23., 26. Februar, 2., 5., 12., 16. März 1870.
- 15 Vgl. Heinrich Gemkow: August Bebel — Freund und Schüler von Marx und Engels. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin), 1963, H. 4, S. 632 ff. — Vera Wrona: Die weltanschauliche Entwicklung August Bebels (Über die Stufen und Etappen der Aneignung und Anwendung des historischen Materialismus durch August Bebel in den Jahren 1868/69 bis 1878/79), Phil. Diss., Berlin 1966 (Ms.), S. 6 ff.
- 16 Vgl. Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Frankfurt (Main) 1964, S. 287.
- 17 Vgl. August Bebel. Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften, hrsg. von Helmut Hirsch. Mit einem Geleitwort von Willy Brandt, Köln, Berlin 1968. — Politik als Theorie und Praxis. Ausgewählte Reden und Schriften, eingel. und hrsg. von Albrecht Langner, Köln 1967. — Ernst Schrepler: August Bebel. Sozialdemokrat im Kaiserreich, Frankfurt, Zürich 1966.
- 18 Rosa Luxemburg: Der Führer der deutschen Arbeiterklasse. In: Die Gleichheit (Stuttgart), 1. September 1913.
- 19 Vgl. Vera Wrona: Die weltanschauliche Entwicklung August Bebels, S. 31 ff. — Dieselbe: August Bebel und der historische Materialismus. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie (Bonn), 1965, H. 2, S. 148 ff. — Dieselbe: Die theoretisch-weltanschauliche Entwicklung August Bebels. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin), 1968, H. 3, S. 347 ff.

- 20 Vgl. Klaus Lingner: Ferdinand Lassalle und die proletarische Revolution. Der unversöhnliche Gegensatz der philosophischen Grundlagen der Marxschen und der Lassalleschen Revolutionenauffassung, Phil. Diss., Berlin 1964 (Ms.).
- 21 Vgl. Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 8 ff. — Bebel hatte die Arbeit als eine der ersten Schriften von Marx schon Mitte der sechziger Jahre in die Hände bekommen, damals allerdings noch „nicht ... geistig zu verdauen“ vermocht. (August Bebel: Aus meinem Leben, S. 131.)
- 22 Vgl. Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programm). In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1967, S. 45.
- 23 Das erste programmatische Dokument der deutschen Arbeiterbewegung, das die „Volksstaat“-Losung enthielt, war das von Wilhelm Liebknecht beeinflusste erste Redaktionsprogramm der „Social-Demokrat“ von 1864. (Vgl. Heinz Hümmeler: Opposition gegen Lassalle. Die revolutionäre proletarische Opposition im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1862–63–1866, Berlin 1963, S. 103 ff. — Über die Propagierung der „Volksstaat“-Losung durch Becker und Liebknecht Mitte der sechziger Jahre vgl. ebenda, S. 72 f. u. 149 f.)
- 24 Vgl. Offenburger Programm des radikalen Liberalismus. In: Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815 bis 1849 in zeitgenössischen Dokumenten dargestellt und eingeleitet von Karl Obermann, Berlin 1950, S. 214.
- 25 Vgl. Rolf Weber: Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–1866, Berlin 1962, S. 181, 235.
- 26 Die „Volksstaat“-Losung stand beispielsweise in den „Grundzügen der Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“, die von der Generalversammlung in Braunschweig am 19. Mai 1867 angenommen worden waren. (Vgl. Social-Demokrat [Berlin], 23. Mai 1867.)

- 27 Vgl. Demokratische Correspondenz, 13. August 1869.
- 28 Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1966, S. 66.
- 29 Frolinde Balsler: Aufbruch zur Freiheit. 1863—1963. Wege zu Mitverantwortung und sozialer Sicherheit, Hannover 1963, S. 59.
- 30 Vgl. Erich Kundel: Marx und Engels im Kampf um die revolutionäre Arbeitereinheit. Zur Geschichte des Gothaer Vereinigungskongresses von 1875, Berlin 1962, S. 180 ff. — Eberhard Hackethal: Zur Entwicklung der Staatsauffassung in der deutschen Arbeiterbewegung nach der Pariser Kommune (1871—1878). In: Staat und Recht, 1966, Nr. 6, S. 914 ff.
- 31 Vgl. Friedrich Engels: [Brief an Bebel] 18./28. März 1875. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 6 f. — Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: Ebenda, S. 27 ff.
- 32 Vgl. W. I. Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution. In: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 453 ff. u. 470 ff.
- 33 Walter Ulbricht: Die Rolle des sozialistischen Staates bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. In: Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, H. 6, 3. Wahlperiode 1968, (Berlin) 1968, S. 9.
- 34 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“). In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 262.
- 35 Vgl. Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 45. — Programm des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, angenommen auf dem Nürnberger Vereinstag. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 249.
- 36 Vgl. Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, S. 18 ff.
- 37 Ferdinand Lassalle: Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiter-

- standes. In: Gesammelte Reden und Schriften, hrsg. u. eingel. von Eduard Bernstein, 2. Bd., Berlin 1919, S. 174.
- 38 August Bebel: Aus meinem Leben, S. 131.
- 39 Franz Mehring: Gesammelte Schriften, hrsg. von Thomas Höhle, Hans Koch, Josef Schleifstein. Bd. 2: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Zweiter Teil: Von Lassalles „Offenem Antwortschreiben“ bis zum Erfurter Programm. 1863 bis 1891, Berlin 1960, S. 352. (Hervorhebung von uns — R. D./U. H.)
- 40 Karl Anders: Die ersten hundert Jahre. Zur Geschichte einer demokratischen Partei, Hannover 1963, S. 94.
- 41 Richard Löwenthal: Ursprung, Ziel und Weg. Festvortrag in der Feierstunde in Erinnerung an den Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine unter der Präsidentschaft August Bebels in Nürnberg 1868, 17. März 1968, S. 6.
- 42 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1968, S. 9/10.
- 43 Vgl. Fritz Schaaf: Der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um die Landarbeiter und werktätigen Bauern 1848—1890, Berlin 1962, S. 85 ff.
- 44 Vgl. August Bebel: Aus meinem Leben, S. 314.
- 45 Vgl. Protokoll über den ersten Congreß der social-demokratischen Arbeiterpartei zu Stuttgart am 4., 5., 6. und 7. Juni 1870, Leipzig 1870, S. 15 ff.; auch in: Die I. Internationale in Deutschland (1864—1872), S. 477—482.
- 46 Vgl. J[ohann] George Eccarius: Eines Arbeiters Widerlegung der national-ökonomischen Lehren John Stuart Mill's, Berlin 1869. — [Johann Philipp Becker:] Manifest an die landwirtschaftliche Bevölkerung, Genf [1869]; auch in: Der Vorbote (Genf), Dezember 1869.
- 47 Protokoll über den ersten Congreß der social-demokratischen Arbeiterpartei, S. 15.
- 48 Ebenda, S. 16a.
- 49 Vgl. Marx an Engels in Manchester, 30. Oktober 1869. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 32, Berlin 1965, S. 380 f. — Engels an Marx in London, 1. November 1869. In: Ebenda, S. 382 f.

- 50 Vgl. Protokoll über den ersten Congreß der social-demokratischen Arbeiterpartei, S. 16a.
- 51 Friedrich Engels: Vorbemerkung [zum zweiten Abdruck (1870) „Der deutsche Bauernkrieg“]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 16, Berlin 1968, S. 399 ff.
- 52 Vgl. Der Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872. Neu hrsg. von Karl-Heinz Leidigkeit, Berlin 1960, S. 38, 231 ff.
- 53 Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878—1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission. Hrsg. v. Prof. Dr. Leo Stern. Quellenmaterial bearbeitet von Herbert Buck (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3/1), Berlin 1956, S. 470.
- 54 Als Broschüre erschien „Unsere Ziele“ zu Lebzeiten Bebels in folgenden deutschen Auflagen: 1. Aufl. Leipzig 1870; 2. Aufl. Leipzig 1871; 3. Aufl. Leipzig 1872; 4. Aufl. Leipzig 1874; 5. Aufl. Leipzig 1875; 6. Aufl. Leipzig 1877; 7. Aufl.: Freie Bearbeitung von „Unsere Ziele“ unter dem Titel: „Die Ziele der Arbeiterbewegung“. Nach der 6. Aufl. vom Jahre 1877 kritisch revidiert und herausgegeben von Adolf Hepner, New York 1863; 8. Aufl. Hottingen-Zürich 1886; 9. Aufl. Hottingen-Zürich 1886; 10. Aufl. Berlin 1893; 11. Aufl. Berlin 1903; 12. Aufl. Berlin 1906; 13. Aufl. Berlin 1910; 14. Aufl. Berlin 1913.
- 55 Nach der letzten von Bebel betreuten Ausgabe wird „Unsere Ziele“ in Bd. 1 der „Ausgewählten Reden und Schriften“ August Bebels, der demnächst erscheint, wiedergegeben.
- 56 August Bebel: Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“, 3. Auflage, Leipzig 1872, S. 24.
- 57 Anstelle des 2. Absatzes auf S. 15 der 1. Auflage fügte Bebel in der 3. Auflage folgenden Passus ein: „Eine andere Seite der Frage, die ich nach Ansicht der ‚Demokratischen Korrespondenz‘ nicht berührt habe, betrifft die Stellung der Arbeiterinnen. Diese Frage wird mit der in der sozialistischen Gesellschaft durchgeführten veränderten Produktionsweise ganz von selbst entschieden. Die Frau hört dann auf, die

Konkurrentin des Mannes zu sein, damit aber auch ihr Abhängigkeitsverhältnis zum Manne. Die Geschlechter gelten als vollständig gleichberechtigte, jedes derselben erlangt naturgemäß denjenigen Wirkungskreis, der seinen natürlichen Fähigkeiten und Neigungen am meisten entspricht und das möglichst höchste Wohlbefinden der Gesamtheit am besten fördert. Die sozialistische Gesellschaft wird so wenig wie sie den Mann zum Fabrikklaven, die Frau zur Hausklavin degradieren wollen. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit, durch die zweckmäßigste Organisation und die stetige Einführung verbesserter Produktionswerkzeuge und Methoden auf ein Minimum im Verhältnis zu heute reduziert, wird nicht eine Plage, sondern eine Erholung sein, keins der in seiner Art beschäftigten Geschlechter überanstrengen. Häusliche Einrichtungen und Vorrichtungen werden den neuen Verhältnissen entsprechend einen von den heutigen weit verschiedenen, aber veredelten und verbesserten Charakter annehmen. Für die Kindererziehung werden ohne übergroße Inanspruchnahme des einzelnen Zeit und Mittel reichlich vorhanden sein und in dem frühzeitigen gesellschaftlichen Verkehr der Kinder untereinander unter zweckmäßiger gemeinschaftlicher Beaufsichtigung und Erziehung, wie das durch unsere Bourgeoisie in sogenannten Kindergärten und Pensionen ja heute schon geschieht — freilich ein gutes Prinzip oft schlecht ausgeführt —, auch nach dieser Seite der Frau eine menschenwürdige Stellung geben. Im sozialistischen Staat wird die Frau die Gefährtin des Mannes im edelsten Sinne des Wortes sein, nicht unter ihm, sondern ihm gleich stehen. Sie wird weder — wie die Frau des Arbeiters von heute — Arbeitssklavin und Hauslasttier spielen und, solange sie jung und hübsch ist, Gefahr laufen, von übernütigen Bourgeois und ihren Helfershelfern verführt und entehrt zu werden. Noch wird sie — was meist die Frau des Bourgeois heute ist — ein Schaustück für die Putzstube, ein Gegenstand der Geschäftsspekulation oder eine Kindergebärmachine sein, die dazu benutzt wird, ihrem Ehemann zu legitimen Erben seiner aufgespeicherten Schätze

zu verhelfen." (August Bebel: Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“, 3. Auflage, Leipzig 1872, S. 20/21.)

58 August Bebel: Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“, 10. Auflage, Berlin 1893, S. 5 f.

59 20 Jahre Deutsche Demokratische Republik. Thesen. In: Neues Deutschland (Berlin), 16. Januar 1969.